

Preußische Allgemeine



Nr. 13 · 29. März 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Welt ohne Ordnung

Der Politologe **Herfried Münkler** im großen PAZ-Interview über den Niedergang alter und den Aufstieg neuer Mächte – sowie die Rolle der deutschen Außenpolitik dabei **Seiten 2 und 3**



Schrecken Vor 125 Jahren kam Stalins Handlager Beria zur Welt **Seite 11**



Heimat Osterbräuche in Pommern und Ostpreußen **Seiten 19 und 23**

FOTOS: IMAGO/TELEPRESS; AKG IMAGES; SEEGERT

VON RENÉ NEHRING

TERRORISMUS

Ein böses Erwachen in einer zeitweilig verdrängten Realität

Das jüngste Attentat in Krasnogorsk bei Moskau zeigt auf brutale Weise, dass Russland gegen die Ukraine den falschen Krieg führt

Es scheint wie ein Ruf aus einer anderen Zeit. Am Abend des 22. März drangen bewaffnete Terroristen in das Veranstaltungszentrum „Crocus City Hall“ in Krasnogorsk bei Moskau ein, schossen mit automatischen Waffen auf die Gäste eines Rockkonzerts und sprengten die Konzerthalle in die Luft, töteten mindestens 139 Personen und verletzten 182 weitere Opfer. Wenige Stunden später meldete Russland die Verhaftung von elf Personen – den vier Haupttätern und ihren Unterstützern. Da die Verdächtigen im Gebiet Brjansk aufgegriffen worden und auf dem Weg Richtung Westen gewesen seien, bezichtigte der Kreml umgehend die Ukraine, hinter dem Anschlag zu stecken. Viel plausibler ist indes die Version, dass die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) oder einer ihrer Ableger für das Massaker verantwortlich ist. Immerhin veröffentlichte der IS sowohl ein Bekennerschreiben als auch ein Video von dem Verbrechen aus der Perspektive der Täter.

Insofern ist der Anschlag von Moskau letztlich doch kein Ruf aus einer anderen Zeit, sondern vielmehr eine brutale Erinnerung daran, dass trotz der scheinbaren Auszeit der Corona-Jahre die Geschichte des islamischen Terrors keineswegs stehenblieb: So ermordete unter anderem ein IS-naher Amokläufer im November 2020 in Wien vier Personen, so wurden im August 2021 bei einem Bombenanschlag auf dem Flughafen von Kabul 183 Menschen getötet und über 200 verletzt, so ermordeten muslimische Gotteskrieger im Juni 2022 bei einem Anschlag auf die Kirche von Owo in Nigeria 40 Christen und verletzten 61. Mag die Weltöffentlichkeit in der Pandemiezeit auch andere Schwerpunkte gehabt haben, so hat sich doch im Grunde wenig verändert.

Verändert haben sich allerdings einige Begleitumstände. Allen voran, dass das vom jüngsten Terroranschlag getroffene

Russland seit zwei Jahren einen Krieg gegen die Ukraine führt, die wiederum vom Westen in ihrem Abwehrkampf unterstützt wird, wodurch sich Russland und der Westen quasi in einem Stellvertreterkrieg befinden. Deshalb auch schlugen russische Sicherheitsbehörden Warnungen der US-amerikanischen und der britischen Botschaft in Moskau in den Wind, die diese Anfang März aufgrund von Erkenntnissen der Sicherheitskreise ihrer Länder erhalten und an die Russen weitergegeben hatten. Den Schaden dieser Ignoranz tragen nun die Opfer von Krasnogorsk und deren Angehörige.

Die eigentliche Bedrohung

Der russische Präsident Putin begründete die Invasion der Ukraine vor zwei Jahren unter anderem damit, ein weiteres Vordringen der NATO abwehren zu wollen. Abgesehen davon, dass er selbst unlängst in einem Interview mit dem US-Journalisten Tucker Carlson diese Argumentation in seiner Antwort auf die Frage nach den Motiven für den Krieg mit seinen Ausführungen über die historische Zugehörigkeit der Ukraine zu Russland widerlegte, sollte der Anschlag von Krasnogorsk die Führung in Moskau daran erinnern, dass sie in der Ukraine den falschen Krieg führt – und die eigentlichen Bedrohungen für ihr Land ganz woanders liegen. Seit dem Zerfall des Sowjetimperiums wurde Russland immer wieder von Terroranschlägen heimge-

sucht, hinter denen keine westliche Macht stand. Dass davon für die russischen Bürger eine weitaus direktere Gefahr ausgeht als von der Ukraine oder der NATO, zeigt der Abend des 22. März.

Die Frage, die sich seit zwei Jahren Woche für Woche unter immer wieder neuen Gesichtspunkten stellt, ist, wie die Beteiligten aus der verfahrenen Situation des Ukrainekriegs herausfinden. Auf westlicher Seite sollte allmählich die Erkenntnis reifen, dass weder neue vermeintliche Wunderwaffen noch naive Träume von einem „Einfrieren“ des Konflikts zu einem tragfähigen Frieden führen werden. Klar ist, dass Russland den Krieg gegen die Ukraine angefangen hat und dass es nur dann bereit sein wird, diesen zu beenden, wenn die Gründe, die dazu geführt haben, den Krieg zu beginnen, nicht mehr gegeben sind (der Traum, Russland militärisch besiegen zu können, dürfte hoffentlich ausgeträumt sein).

Eine wesentliche Ursache für die Verwerfungen zwischen Russland und dem Westen ist die Zerstörung des gegenseitigen Vertrauens, das es in den 1990er Jahren für kurze Zeit gab. Dieses Vertrauen wurde auf westlicher Seite untergraben durch diverse russische Militäraktionen nach 1991, unter anderem in Abchasien, Dagestan, Kasachstan, Ossetien, Syrien, Tadschikistan, Transnistrien, Tschetschenien und zuletzt in der Ukraine. Hinzu kommt der kontinuierliche Abbau demo-

kratischer Standards in Russland, einschließlich einer langen Liste gefangener Regimekritiker und ungeklärter Todesfälle sowohl unter Gegnern als auch Dienern des politischen Systems. Doch auch auf russischer Seite ging Vertrauen in den Westen verloren, allem voran durch die einseitige US-amerikanische Aufkündigung aller Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen, die einst überhaupt erst ein zartes Pflänzchen des Vertrauens zwischen den Gegnern des Kalten Krieges geschaffen hatten. Auch die Beteiligung der USA am Sturz des prorussischen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch beschädigte das Vertrauen in die Absichten der Amerikaner massiv.

Dass nun westliche Dienste und Botschaften Russland vor dem terroristischen Anschlag bei Moskau gewarnt haben, zeigt indes, dass trotz aller politischen Verwerfungen zumindest auf der Arbeitsebene staatlicher Behörden noch immer eine stabile Zusammenarbeit besteht. Diese könnte ein Ansatz sein, auch auf anderen Ebenen eingefrorene Kontakte wiederzubeleben und einen Weg des Neustarts zu gehen. Dass ein solcher Weg alles andere als leicht sein wird, versteht sich von selbst. Doch gibt es keine sinnvolle Alternative dazu. Der Anschlag vom 22. März erinnert jedenfalls daran, dass jenseits des jetzigen Konflikts zwischen Russland und dem Westen noch ganz andere Konflikte lauern.

IN DIESER AUSGABE

Politik

In acht sudetendeutschen Landkreisen erhält Deutsch einen Schutzstatus **Seite 6**

Kultur

Musikalische Sensation – die Uraufführung von Bachs fehlender „Lukas-Passion“ **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Vor den Kommunalwahlen in der Woiwodschaft Ermland und Masuren **Seite 13**

Reise

Zu Besuch in Kaub, wo Marschall Blücher einst den Rhein überquerte **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt



„Ein deutscher Sonderweg“: Während Länder wie die USA, Russland oder Großbritannien ihre Außen- und Sicherheitspolitik an geostrategischen Interessen ausrichten, verfolgt Deutschland eine „wertgeleitete Außenpolitik“. Allerdings basiert diese Vorgabe, die Außenministerin Baerbock (hier vor der UN-Vollversammlung) bei ihrem Amtsantritt 2021 verkündete, auf einer Weltordnung, die es zu jenem Zeitpunkt schon nicht mehr gab Foto: imago

„Unsere Vorstellungen haben zumeist etwas Biedermeierliches“

Über den Niedergang der bestehenden und das Entstehen einer neuen Weltordnung, die Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sowie den Zustand der westlichen Bündnisstrukturen zum 75. Jahrestag der Gründung der NATO

IM GESPRÄCH MIT
HERFRIED MÜNKLER

Die Weltpolitik steht an einem Scheideweg. Während die alte Führungsmacht USA müde erscheint, stellen neue Akteure die bestehende Ordnung offen infrage. Und während Russland Krieg gegen die Ukraine führt, wird es im eigenen Land von einem schweren Terroranschlag getroffen. Zeit für eine Einordnung des Geschehens mit einem der renommiertesten politischen Theoretiker und Ideengeschichtler unserer Zeit.

Herr Professor Münkler, während in Europa ein Krieg tobt, widmen Sie sich in Ihrem jüngsten Buch einer „Welt in Aufruhr“ und – im Untertitel – der „Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert“. Worum geht es in Ihrem Buch genau?

Im Grunde geht es um den Verfall jener Weltordnung, die noch die vorherrschende ist. Diese ist geprägt durch die US-amerikanische Dominanz, die jedoch zusehends schwächer wird – und zwar nicht nur von den ökonomischen und militärischen Ressourcen her, sondern auch in Teilen der politischen Elite der USA selbst. Dort ist die gezeigte Bereitschaft, Hüter der bestehenden Weltordnung zu sein, massiv gesunken. Der Name, der dafür steht, heißt Donald Trump.

In einer solchen Situation der Instabilität gerät die Welt in Aufruhr. Es kommt zu be-

waffneten Konflikten, in denen einzelne oder mehrere Akteure die bestehende Ordnung offen infrage stellen und die Konflikte von den Peripherien in die Zentren der Ordnung tragen. Wir sehen das nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Gaza, rund um die Arabische Halbinsel und gerade erst in Moskau.

Allerdings muss eine solche Lage wie die jetzige nicht zwangsläufig zu immer mehr Kriegen führen. Vielmehr ist zu erwarten, dass in dem Maße, in dem sich eine neue Ordnung der Mächte bildet, auch die Konflikte wieder rückläufig sind.

Auffällig an der von Ihnen skizzierten neuen Weltordnung ist, dass diese nicht mehr von einer einzigen Macht getragen wird, sondern von mehreren Mächten.

Richtig. Noch vor wenigen Jahren meinten viele, wenn das amerikanische Jahrhundert zu Ende gehe, werde – wie bei einer Staffelholz-Übergabe – ein chinesisches Jahrhundert folgen, in dem es weiterhin eine einzelne globale Ordnungsmacht gäbe. Ich glaube nicht, dass es so kommen wird. Die Chinesen betreiben zwar eine zielstrebige Einflusszonenpolitik, doch zeigen sie keine Anzeichen, globale Verantwortung übernehmen zu wollen. Insofern wird die postamerikanische Weltordnung wahrscheinlich von mehreren Mächten geprägt sein.

Zu diesen Mächten wird neben den USA und China sicherlich auch Russland gehören. Wobei ich nicht sicher bin, ob es wirklich so wiedererstarkt ist, wie es mit Blick auf den Ukrainekrieg in manchen Kommentaren

heißt. Der Terroranschlag von Moskau vor wenigen Tagen hat auf schreckliche Weise daran erinnert, dass auch Russland mit schweren inneren Konflikten zu kämpfen hat. Außenpolitisch tritt es gleichwohl aggressiv und revisionistisch auf und droht permanent mit seinen Nuklearwaffen. Als vierte Macht kann die Europäische Union ein Faktor der zukünftigen Weltordnung sein, wenn sie es denn schafft, ein politischer Akteur zu werden, was sie zurzeit nicht ist.

Als fünfte Macht dürfte Indien dazukommen, das zunehmend einen Platz in der vorderen Reihe sucht, wofür man die erfolgreiche Mondlandung als Indiz anführen kann, die indischen Bewerbungen um große Sportereignisse und vor allem den Umstand, dass Indien seit Kurzem das bevölkerungsreichste Land der Erde ist. Zudem würde Indien in einer solchen Weltordnung den globalen Süden repräsentieren, ohne den eine neue Weltordnung kaum vorstellbar ist.

Wie stark die Russen sind, ist in der Tat schwer einzuschätzen. Fakt ist, dass sie mit ihrem Angriff auf die Ukraine bislang die einzigen sind, die die bestehende Weltordnung offen infrage stellen.

Durchaus. Wir sollten jedoch nicht nur auf den Angriff vom 24. Februar 2022 selbst blicken, sondern auch auf die Reaktion der Weltgemeinschaft darauf. Diese hat in der Abstimmung über eine UN-Resolution gegen die russische Verletzung der UN-Charta keineswegs einhellig reagiert, sich vielfach enthalten und sogar einige Gegenstimmen ge-

—
„Man sollte im Zusammenhang mit dem 24. Februar 2022 auch die Ereignisse um den 15. August 2021 bedenken, als die US-Amerikaner und ihre Verbündeten überstürzt aus Afghanistan abzogen und das Land einfach aufgaben“

zeigt. Hier ist gewissermaßen der zweite Pfeiler der bestehenden Ordnung weggebrochen – der Respekt vor der Charta der Vereinten Nationen, die einen Angriffskrieg verbietet.

Man sollte jedoch im Zusammenhang mit dem 24. Februar 2022 auch die Ereignisse um den 15. August 2021 bedenken, als die US-Amerikaner und ihre Verbündeten überstürzt aus Afghanistan abzogen und das Land nach fast zwei Jahrzehnten, nach Investitionen von vielen Milliarden Euro und Dollar sowie nach dem Verlust von einigen Tausend getöteten und gefallenen Soldaten einfach aufgaben. Die Herren im Kreml – und nicht nur sie – haben dies als Zeichen der Schwäche wahrgenommen.

Ein Kapitel Ihres Buches ist der Geopolitik gewidmet. Diese Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik entlang geographischer Gegebenheiten war in Deutschland lange verpönt. Sie hingegen verweisen seit Langem auf die Notwendigkeit geopolitischen Denkens. Hat es in dieser Hinsicht in Deutschland in den letzten Jahren einen Lernprozess gegeben?

Nein, im Grunde hat es sogar einen Prozess des Entlernens gegeben, in dem in der deutschen Außenpolitik Werte an die Stelle geostrategischer Überlegungen getreten sind.

Das ist in der Tat ein deutscher Sonderweg. Die Briten und die Franzosen haben immer geopolitisch gedacht, erst recht die USA, siehe die maritimen Geopolitikkonzeptionen des Admirals Alfred T. Mahan oder die Heartland-Theorie von Halford Mackinder. Eine

zentrale Frage war und ist für die Amerikaner immer, wie sie als maritime Macht von außen die „Weltinsel“ kontrollieren können, weshalb sie sowohl im Westen Europas als auch auf der Gegenseite in Ostasien präsent sind.

Derlei grundsätzliche strategische Denkschulen gibt es in Deutschland nicht.

Zur geopolitischen Grundkonstellation Deutschlands gehört seine zentrale Lage in Europa. Aus ihr resultiert – auch das haben Sie wiederholt beschrieben – der Auftrag, sich jedem Konflikt auf diesem Kontinent zu stellen, weil er früher oder später auch unser Land erreichen wird. Hat Deutschland in diese Rolle hineingefunden?

Grundsätzlich ja. Die Europäische Union ist geprägt durch starke zentrifugale Kräfte. Als die Deutschen um 2010 herum in der Frage der Überschuldung der südlichen EU-Länder ihre wirtschaftliche Stärke in politische Macht transferierten und deutlich machten, dass sie eine Vergemeinschaftung nationaler Schulden nicht akzeptieren werden, war dies ein harter Schlag gegen die Achse Berlin-Paris.

Noch stärker wirkten die Zentrifugalkräfte in der Migrationskrise von 2015. Während damals die südlichen EU-Länder – vor allem Italien und Griechenland – der unkontrollierten Zuwanderung nicht mehr Herr wurden, lehnten die Skandinavien und Ostmitteleuropäer die Aufnahme von Migranten ab. Deutschland war hier mit seinem Ansatz, über eine Million Migranten aufzunehmen, nicht nur geographisch, sondern auch konzeptionell in der Mitte.

Etwas flapsig könnte man sagen: Die Deutschen haben nicht nur aufgrund ihrer Größe, sondern auch aufgrund ihrer Lage die Aufgabe, diesen schwierigen Laden namens EU zusammenzuhalten. Im Großen und Ganzen meistern sie dies ganz ordentlich. Beim Ukraine-Konflikt haben sie jedoch zu spät erkannt, welches Zerstörungspotential darin steckt. Die fatalen Folgen können wir jeden Tag beobachten.

Ist der von der deutschen Außenministerin Baerbock verkündete Ansatz einer „wertegeleiteten Außenpolitik“ überhaupt möglich?

Das Problem der „wertegeleiteten Außenpolitik“ ist, dass sie einen Hüter der Weltordnung voraussetzt, der die Einhaltung der Werte und der vertraglich fixierten Regeln garantiert. Frau Baerbock hatte bei ihrem Amtsantritt Ende 2021 nicht begriffen, dass seit dem US-amerikanischen Abzug aus Kabul wenige Monate zuvor die Vorstellung einer auf Werten und Regeln basierenden Ordnung keinen Hüter mehr hat, dass sie ein Fuchteln mit Papieren ist, das die großen Akteure nicht mehr beeindruckt.

In der Folge bleiben selbst schwerste Regelverstöße ohne Konsequenzen. Es sieht sicherlich in den Medien gut aus, aufs Völkerrecht zu verweisen oder auch einen Haftbefehl gegen Herrn Putin auszustellen, aber reale Auswirkungen hat das nicht. Der russische Präsident könnte in unzählige Länder der Welt reisen, ohne dass der Haftbefehl vollstreckt würde. Da fehlt der deutschen Außenpolitik das analytische Sensorium dafür, in welchen Konstellationen sie sich bewegt.

Mein alter Freund und Gesprächspartner Niccolò Machiavelli hat das „die Qualität der Zeitumstände“ genannt. Was Baerbock bei ihrem Amtsantritt verkündete, basierte auf einer Weltordnung, die es zu jenem Zeitpunkt schon nicht mehr gab. Das wurde übrigens selten so sichtbar wie bei der Verbeugung ihres Parteifreunds Robert Habeck vor den Scheichs in Katar, die ganz gewiss nicht für die gleichen Werte stehen wie wir, aber dringend als mögliche Gaslieferanten gebraucht wurden, was Habeck im Übrigen erfolgreich hinbekommen hat.

Gegen völkerrechtliche Regeln haben nicht nur die Russen verstoßen, sondern auch die US-Amerikaner, etwa in Vietnam, im Irak, in Serbien und andernorts. Was bedeutet das für die von Ihnen genannte Rolle als Hüter der Weltordnung?

Es ist ein durchgehendes Problem der Geschichte, dass der Hüter einer Ordnung die Neigung dazu hat, sich als deren Herr misszuverstehen. Das zeigt aber auch die Abhängig-

keit von eben diesem Hüter. Fällt er aus, gibt es niemanden, der an seine Stelle treten könnte. Und nutzt er seine Rolle machtpolitisch aus, desavouiert er die Ordnung als Ganzes.

Vielleicht noch ein Gedanke zur „wertegeleiteten Außenpolitik“: Ich glaube, dass das Modell der eingangs genannten fünf Mächte darauf hinausläuft, dass es in der künftigen Weltordnung nicht nur verschiedene Macht- und Einflusszonen geben wird, sondern auch unterschiedliche Werte-Sphären. Es ist ja nicht so, dass die Chinesen keine Werte hätten, doch sind es eben andere Maßstäbe, die eher nach konfuzianischen Vorstellungen funktionieren, in denen die Gemeinschaft über dem Einzelnen steht, während unsere westliche Vorstellung von den Rechten des Individuums ausgeht.

Ist dieses Fünf-Mächte-Modell damit möglicherweise auch das ehrlichere, weil es gar nicht erst versucht, Werte einer Region der ganzen Welt als universell gültig aufzuzwingen?

Es ist sicherlich das ehrlichere Modell, weil es nicht nur die Ungleichzeitigkeit von Entwicklungsverläufen berücksichtigt, sondern auch die Unterschiedlichkeit von Wertvorstellungen. Im Übrigen sind die heute als „westlich“ geltenden Werte auch bei uns noch nicht so lange präsent. Sie wurden im Zeitalter der Aufklärung formuliert und erst durch die Wohlstandsentwicklung der Industrialisierung praktisch ermöglicht.

Neben Machiavelli ist auch Carl von Clausewitz ein alter gedanklicher Gesprächspartner von Ihnen. In der deutschen politischen Landschaft, das gilt im Grunde für alle Parteien, finden diese Namen allerdings kaum noch Erwähnung. Fehlt unserer Außenpolitik die intellektuelle Grundlage, um den ihr gestellten Aufgaben gerecht werden zu können?

Das fürchte ich. Unsere Vorstellungen von Außen- und Sicherheitspolitik haben zumeist etwas Biedermeierliches, „Hardpower“-Kriterien spielen darin kaum eine Rolle.

Es steigert indes keineswegs unseren Einfluss in der Welt, wenn wir die Eliten anderer Länder ständig ermahnen, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der es eine korruptionsresistente Verwaltung, ein unabhängiges Rechtssystem oder eine freie Zivilgesellschaft gibt, während die Chinesen parallel einfach nur lukrative Wirtschaftsbeziehungen anbieten und sich für die inneren Angelegenheiten ihrer Partnerländer nicht interessieren. Dann sind sie die Attraktiveren, und wir gehen bei den wirtschaftlichen wie politischen Beziehungen leer aus.

In diesen Tagen jährt sich der 75. Jahrestag der Gründung der NATO. Ende 2019 hatte der französische Präsident Macron das westliche Bündnis für „hirtot“ erklärt. Wie sehen Sie die NATO heute?

Die NATO war bei ihrer Entstehung – wie jedes Bündnis – das Produkt einer bestimmten Konstellation. Für die USA als dominierende Macht war sie ein Raum, der einerseits ökonomisch wichtig war und der andererseits die amerikanische Präsenz in Europa garantierte.

Wie vital die NATO ist, hängt von zwei Faktoren ab: 1. wie sehr die Amerikaner bereit sind, sich weiter als Führungsmacht zu engagieren und ob 2. die Europäer in der Lage sind, einen Rückzug der traditionellen Führungsmacht aus Europa zu kompensieren. Für die Amerikaner stellt sich in Zeiten abnehmender Stärke schon seit geraumer Zeit die Frage, wo sie ihre Kräfte konzentrieren. Dazu erklärte bereits Barack Obama als Präsident, dass sein Land für den Fall, dass es nicht mehr in der Lage wäre zu einer gleichgewichtigen und gleichzeitigen Machtprojektion im atlantischen und im pazifischen Raum, den pazifischen Raum präferieren würde. Denn dort lägen ökonomisch das größere Gewicht und geopolitisch die größeren Herausforderungen für die USA.

Insofern werden die Europäer auch ohne die Revisionsbestrebungen Russlands und auch ohne die jüngsten Drohungen Trumps, im Falle seines Wahlsiegs, Putin zu ermuntern, nach all jenen Ländern zu greifen, die ihren Beitragsverpflichtungen an die NATO nicht nachkommen, auf mittlere und längere



Jüngstes Beispiel dafür, wenn Konflikte von der Peripherie in die Zentren rücken: Terroranschlag am vergangenen Freitag auf eine Konzerthalle bei Moskau. Zu dem Anschlag bekannte sich der Islamische Staat
Foto: imago/Aton Chile

Sicht sehr viel mehr auf eigenen Beinen stehen müssen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Die Frage dabei ist: Wer hält die Europäer zusammen? Wer schafft es, bei ihnen ein gemeinsames Verteidigungsbewusstsein zu erzeugen und dafür zu sorgen, dass sie zusammen handlungsfähig sind? Da muss man darauf hoffen, dass die Achse Paris-Berlin, vielleicht um Warschau verlängert, wieder in Gang kommt und der europäische Teil der NATO so stark bleibt, dass er gegebenenfalls auch ohne ein glaubwürdiges Schutzversprechen der USA überlebensfähig ist.

Nach dem Ersten Weltkrieg führte der Rückzug der USA aus Europa dazu, dass die europäischen Mächte in Versuchung gerieten, die alten Ränkespiele wiederaufzunehmen. Als die Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg als Ordnungsmacht in Westeuropa blieben, sorgten sie mit ihrem Gewicht dafür, dass alte Erzfeinde zu Verbündeten wurden. Muss man sich da nicht sorgen, dass bei einem erneuten Rückzug der USA aus Europa die unseligen Geister der Vergangenheit zurückkehren?

Wenn man davon ausgeht, dass die Europäer einen mechanischen Zwang zur Wiederholung ihrer historischen Dummheiten haben, dann durchaus. Falls sie tatsächlich in alte Verhaltensmuster zurückfallen und anstatt einig zu handeln wieder gegeneinander arbeiten sollten, werden sie jedoch in der künftigen Weltordnung keine Rolle mehr spielen.

Im Übrigen hat auch die Sowjetunion in dem ihr nach 1945 zugefallenen Teil Europas dafür gesorgt, dass die überkommenen inner-europäischen Kontroversen nicht wieder hochkamen, wie das zwischen 1919 und der Mitte der 1920er Jahre der Fall war, als dort einige Kriege gegeneinander geführt wurden, etwa Ungarn gegen Rumänien oder Griechenland gegen die Türkei. Die Osterweiterung von NATO und EU hatte auch die Aufgabe, die Wiederholung dessen zu verhindern.

Die Geschichte zeigt übrigens, dass es verschiedene Fünfermodelle – Pentarchien – gab und diese keineswegs konstant waren. Schweden, zum Beispiel, war zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges und mehr als ein halbes Jahrhundert danach noch eine europäische Großmacht und Bestandteil der Pentarchie mit Frankreich, England, Russland und Österreich. Als seine Macht sank, rückte Preußen nach.

Falls also die Europäer durch Kämpfe untereinander ihren Status verspielen sollten, kann es dazu kommen, dass eine südamerikanische oder eine afrikanische Macht an ihre Stelle tritt. Letztlich stehen die Europäer vor der Frage, ob sie weiter ein Bestandteil der fünf ausschlaggebenden Akteure der Weltpolitik sein wollen – oder ob sie es vorziehen, sich zu provinzialisieren.

Sie beenden Ihr Buch mit dem Gedanken eines Scheiterns – allerdings nicht des Scheiterns der Europäer oder einer ande-

„Wie vital die NATO ist, hängt von zwei Faktoren ab:
1. wie sehr die Amerikaner bereit sind, sich weiter als Führungsmacht zu engagieren und ob 2. die Europäer in der Lage sind, einen Rückzug der traditionellen Führungsmacht aus Europa zu kompensieren“

ren Großmacht, sondern mit dem Gedanken, dass auch die Weltordnung der Fünf im Ganzen scheitern könnte.

In der Tat. Eine Alternative zu der von mir ins Spiel gebrachten Hierarchie der Staatenwelt könnte die Anarchie der Staatenwelt sein. In einer solchen Anarchie gäbe es gar keine Ordnung, Bündnisse würden je nach Opportunitätsgeschichtspunkten permanent gewechselt, ständig bestünde die Gefahr von Konflikten, von Terroranschlägen und auch von Kriegen. Dass dies keine Verbesserung der Weltlage wäre, dürfte auf der Hand liegen.

Es hängt also viel davon ab, ob die genannten fünf Mächte bereit sind, die Führungsrolle zu übernehmen und auch die damit verbundenen Lasten und Kosten zu tragen. Das ist keineswegs selbstverständlich. Allerdings bekämen sie dafür auch einen größeren Einfluss als jene Mächte, die diese Lasten nicht zu tragen haben.

Wie die Sache ausgeht, weiß niemand. Mehr als „fifty-fifty“ kann ich dazu nicht sagen. Allerdings ist eine fünfzigprozentige Wahrscheinlichkeit, dass sich eine neue Weltordnung ausbildet und sich die Lage wieder stabilisiert, etwas, das man durchaus als Zuvorsicht bezeichnen kann.

Sind die jüngsten Ereignisse rund um die Arabische Halbinsel, wo Huthi-Verbände plötzlich Handelsschiffe von Großmächten angreifen, ein Vorgeschmack auf eine Anarchie der Staatenwelt?

Das ist ein gutes Beispiel, ja. Es zeigt nicht nur den Autoritätsverlust der Ordnungsmacht USA, sondern auch, dass dieser dadurch ausgeglichen werden könnte, dass Amerikaner und Europäer die Chinesen hinzubitten und diese dann über den Iran Druck auf die Huthi ausüben. Schließlich lebt auch China von einem ungestörten Welthandel.

Auch der Terror durch islamische Gruppen zeigt, und zwar nicht erst beim jüngsten Anschlag in Moskau, wie das Ausbleiben einer dominierenden einzelnen Macht oder einer kollektiven Führung mehrerer Mächte dazu führt, dass kleine lokale Konflikte immer weiter um sich greifen und irgendwann die Großmächte selbst bedrohen.

Beide Beispiele zeigen, wie stabilisierend eine funktionierende Pentarchie auf globale Konfliktherde wirken könnte. Sie zeigen aber auch, was uns droht, wenn die Pentarchie nicht funktionieren sollte – und selbst kleine regionale Akteure zur Gefahr für den weltweiten Frieden und Wohlstand werden.

Das Interview führte René Nehring.

Buch-Tipp



Herfried Münkler
Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert
Rowohlt Verlag 2023,
gebunden, 528 Seiten,
ISBN 978-3-7371-0160-8,
30 Euro

● **Prof. Dr. Herfried Münkler** war bis 2018 Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu seinen Büchern gehören „Die Deutschen und ihre Mythen“ (2008), „Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918“ (2013) und „Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma“ (2017, jeweils Rowohlt).
www.rowohlt.de

● MELDUNGEN

Viel weniger Geburten

Berlin – Die Zahl der jährlichen Lebendgeburten in Deutschland ist 2022 und 2023 stark gesunken. Wie Berechnungen der Internetplattform Science Files auf der Basis offizieller Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, ging zwischen 1991 und 2021 die Zahl bei den deutschen Müttern durchschnittlich um 3800 pro Jahr zurück, während sie bei den nichtdeutschen um etwa 2100 per anno stieg. Dem folgte ein starker Gesamteinbruch. 2022 und 2023 trat ein Minus von 129.000 Lebendgeburten bei den deutschen Müttern und von 5700 bei den nicht-deutschen auf. Das heißt, dass die durchschnittliche Gesamtzahl der Geburten per anno zwischen 1991 und 2021 um 1700 sank, während sie es 2022 und 2023 um 67.350 tat, also um ungefähr das Vierzigfache.

W.K.

„Anschlag von rechts“ fingiert

Frankfurt am Main – Der angebliche rechtsextreme Brandanschlag auf das Wohnhaus einer pakistanischen Familie im hessischen Wächtersbach in der Nacht vom 24. zum 25. Dezember 2023 hat sich als versuchter Versicherungsbetrug entpuppt. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Hanau wurde das Gebäude von seinem Eigentümer angezündet, weil dieser „Versicherungsleistungen ... im mittleren sechsstelligen Bereich erlangen“ wollte. Zur Vertuschung der Tat hatte der Pakistani die Parole „Ausländer raus“ an die Hauswand geschmiert. Deshalb gab es Demonstrationen und Mahnwachen „gegen Rechts“, während der Landrat Thorsten Stolz und der Wächtersbacher Bürgermeister Andreas Weiher (beide SPD) an die Bevölkerung appellierten, zuerst die Untersuchungsergebnisse abzuwarten. Neben dem Hauseigentümer kommen auch weitere Mitglieder seiner Familie sowie ein weiterer Pakistani vor Gericht, Letztere wegen Mittäterschaft oder versuchter Strafreitelung.

W.K.

Ukrainer liegen vorn

Berlin – In Deutschland erhalten mittlerweile mehr als 686.000 Ausländer, die hier nicht leben dürften, staatliche Leistungen. 492.390 der Immigranten besitzen kein Aufenthaltsrecht und weitere 193.972 Personen werden nur geduldet, weil fehlende Personaldokumente ihre Abschiebung verhindern. Von der knappen halben Million illegaler Einwanderer der ersten Kategorie kommen 68.960 aus der Ukraine. Danach folgen die Türkei mit 40.748, Syrien mit 29.814 und Indien mit 20.577 Angehörigen dieses Personenkreises. Das ergab eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer an die Bundesregierung. Die Kosten für den Unterhalt der illegalen Ausländer wurden nicht genannt. Angesichts des Regelsatzes für existenzsichernde Leistungen nach den Vorschriften des Asylbewerberleistungsgesetzes und weiterer Zahlungen zugunsten der Immigranten sowie der üblichen Aufwendungen für deren Gesundheitsversorgung liegen diese wohl bei drei bis vier Milliarden Euro pro Jahr.

W.K.



Ab dem 1. April nicht mehr strafbar: Der Besitz kleiner Mengen Marihuana

Foto: pa/Zoonar

CANNABISGESETZ

„Murks“ setzt sich durch

Abstimmung im Bundesrat offenbarte Uneinigkeit der Länderregierungen

VON HAGEN RITTER

Der Bundesrat hatte am 22. März die Chance, das Gesetz zur Legalisierung von Cannabis noch zu stoppen. Obwohl es auch in der SPD und bei den Grünen massive Bedenken gab, verzichtete die Länderkammer darauf, das Gesetz aus dem Haus von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) nachzubessern.

Nachdem schon der Bundestag dem Gesetz zugestimmt hatte, war eine Zustimmung des Bundesrates nicht mehr notwendig. Jedoch hatte die Länderkammer die Möglichkeit, noch Einspruch einzulegen, bevor das Gesetz zum 1. April in Kraft tritt.

Vor der Sitzung des Bundesrates hatte Nordrhein-Westfalens Justizminister Benjamin Limbach dafür geworben, die Einführung der Cannabislegalisierung auf Anfang Oktober zu verschieben. Der Grünen-Politiker hatte dabei auf einen immensen Aufwand für die Justiz hingewiesen. Teil des Gesetzes ist nämlich eine

Amnestieregelung für Personen, die wegen Cannabisbesitz verurteilt wurden. Laut der Regelung sollen bereits verhängte Haft- und Geldstrafen wegen Cannabis-Delikten, die nach dem neuen Gesetz nicht mehr strafbar sein sollen, beim Inkrafttreten des Gesetzes erlassen werden. Die Schwierigkeit dabei: Gerichte haben Strafen oftmals wegen mehrerer Delikte verhängt. Durch die Amnestie muss die Justiz nun den Anteil der Strafe herausrechnen, der sich auf den Cannabisbesitz bezieht.

Juristen sorgen sich wegen möglicher Verfahrensfehler

Allein in Nordrhein-Westfalen müssen die Staatsanwaltschaften rund 60.000 Altfälle überprüfen. Bundesweit geht es sogar um 210.000 Straftaten, die durchgesehen werden müssen.

Mit Sorgen sehen Juristen insbesondere solche Altfälle, bei denen Personen verurteilt wurden, weil bei ihnen bis zu 50 Gramm Cannabis in der Wohnung sichergestellt wurden. Im Strafrecht galt dies bislang als „nicht geringe“ Menge

des Betäubungsmittels. Mit der schnellen Einführung des Gesetzes zum 1. April und der Fülle der Fälle droht den Staatsanwaltschaften nun, dass sie in eine Zwick-

200.000

Straftaten müssen bundesweit durchgesehen werden, weil die Einführung der Cannabisregelung eine Amnestieregelung für Personen vorsieht, die wegen Cannabisbesitzes verurteilt wurden

mühle geraten: Passieren bei der Überprüfung der Altfälle Fehler, könnte dies zu Angelegenheiten werden, die vor Gericht landen – entweder wegen des Verdachts auf Strafreitelung oder aber wegen des Vorwurfs der Freiheitsberaubung, weil Verurteilte zu spät aus der Haft entlassen wurden.

BERATUNGSBRANCHE

Planspiele zu europäischen Lebensmittelkrisen

Rund 60 Vertreter der EU und Fachleute für Ernährungssicherheit folgten der Einladung von Food Alert

Die Frage, wie groß die Gefahr von schweren Lebensmittelkrisen in Europa sei, stand im Mittelpunkt eines zweitägigen Treffens von etwa 60 Vertretern der EU und Fachleuten für Ernährungssicherheit. Initiator der Veranstaltung war das britische Beratungsunternehmen Food Alert (Lebensmittelalarm), das Lösungen für den Schutz der Nahrungsmittelversorgung anbietet.

Gleichzeitig traten sechs Partner von Food Alert in Erscheinung: das Institut d'études politiques de Paris (IEP), die Denkfabrik Chatham House mit Sitz in London, das polnische Centre for Systems Solutions, das in Brüssel beheimatete European Policy Centre (EPC), das belgische Beratungsunternehmen Prospero AG und das staatliche französische Institut natio-

nal de recherche pour l'agriculture, l'alimentation et l'environnement (INRAE).

Während der Zusammenkunft simulierten die Teilnehmer verschiedene Krisenszenarien. Dazu gehörten ein Totalausfall der indonesischen Palmöl-Lieferungen, die Vernichtung der Soja-Ernte in Lateinamerika durch die Wetterphänomene El Niño und La Niña, große chinesische Hamsterkäufe von Nahrungsmitteln sowie gravierende Ernteausfälle infolge der massenhaften Heranziehung ukrainischer und russischer Landwirte zum Kriegsdienst.

In allen Fällen soll sich gezeigt haben, dass nur wenige europäische Regierungen auf derartige Entwicklungen vorbereitet sind. Sich hieraus ergebende politische Empfehlungen und „Ideen für die strategische Planung“ sollen Ende dieses Mo-

nats an die EU-Kommission und die Vertreter von deren European Food Security Crisis preparedness and response Mechanism (EFSCM) übergeben werden. Zu den wichtigsten Punkten zählt dabei die Aufforderung, die Suche nach Alternativen zu einer Ernährung auf Fleischbasis zu intensivieren sowie die bestehenden Nahrungsmittelreserven besser zu verwalten und zu überwachen.

Während des Treffens wurden des Weiteren Themen für die nächsten Simulationen vereinbart. Dann sollen unter anderem „Desinformationen“ nicht näher beschriebener Art sowie der Bioterrorismus und Tierseuchen im Mittelpunkt stehen.

Mindestens zwei der Institutionen, die an den Planspielen mitwirkten, erhielten in der Vergangenheit Forschungsgel-

Es war nicht nur Nordrhein-Westfalens grüner Justizminister, der darauf hingewiesen hat, dass die Justiz mit der Prüfung der Altfälle vor eine Aufgabe gestellt wird, die sie in der kurzen Zeit nicht bewältigen kann. Auch Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hatte eine Verschiebung der Cannabis-Legalisierung gefordert, weil „dieses Gesetz in vielen Fragen in dieser Zeit schwer oder gar nicht umsetzbar ist“. Innenminister Thomas Strobl (CDU) sprach von einem „handwerklich verkorksten“ Gesetz. Auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) erklärte mit Blick auf das Cannabisgesetz, das Vorhaben müsse unbedingt gestoppt werden: „Das ganze Vorhaben ist Murks“, so Söder.

Brandenburgs Justizministerin Susanne Hoffmann (CDU) kritisierte, Lauterbach wolle die Umsetzungsprobleme der Länder nicht wahrhaben. Der einzige Maßstab des Ministers scheine zu sein, Cannabis um jeden Preis gesellschaftsfähig zu machen.

Ampel sah in Verzögerung Gefahr

Trotz der absehbaren Probleme stimmten am 22. März im Bundesrat nur Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg und das Saarland dafür, Lauterbachs Gesetz an den gemeinsamen Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat zu überweisen.

Bemerkenswert fiel das Abstimmungsverhalten von Sachsen aus. Wegen unterschiedlichen Bewertungen des Cannabisgesetzes hatte sich die Regierung aus CDU, SPD und Grünen auf eine Enthaltung im Bundesrat geeinigt. Bei der Abstimmung votierte Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) dann aber für eine Anrufung des Vermittlungsausschusses. Sein Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) und der Vizeministerpräsident Wolfram Günther (Grüne) signalisierten Enthaltung. Diese uneinheitliche Stimmabgabe wertete Bundesratspräsidentin Manuela Schwesig (SPD) als ungültig. Auch Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) stimmte im Bundesrat für eine Einschaltung des Vermittlungsausschusses, obwohl mit den Regierungspartnern CDU und Grünen Enthaltung vereinbart worden war.

Dass trotz der parteiübergreifenden Kritik an dem Cannabisgesetz der Bundesrat auf ein Vermittlungsverfahren verzichtet hat, lag aus Sicht von Beobachtern an Befürchtungen innerhalb der Ampel-Parteien, dass eine Verzögerung des Vorhabens der Union genützt hätte. CDU-Chef Friedrich Merz hatte vor der Abstimmung im Bundesrat tatsächlich die Hoffnung geäußert, dass das Cannabisgesetz im Vermittlungsausschuss „bleibt und dort nie wieder herauskommt“.

von der Bill & Melinda Gates Foundation sowie der Rockefeller Stiftung und der NATO. Darüber hinaus gehörte zu den Organisatoren der Veranstaltung auch der pensionierte US-Diplomat Chris Hegadorn, der früher das Büro für globale Ernährungssicherheit des US-Außenministeriums leitete und hohe Positionen in der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) innehatte.

Insofern erinnert die Simulation von Lebensmittelkrisen in Europa an frühere Planspiele, bei denen es um einen „weltweiten Gesundheitsnotstand“ ging. An diesen waren ebenfalls diverse Akteure mit hervorragenden Kontakten zur Politik und finanzkräftigen Stiftungen beteiligt.

Wolfgang Kaufmann

PARTEIPOLITIK

Bei der Berliner SPD fliegen die Fetzen

Kurz vor dem Mitgliederentscheid kämpfen Kandidaten für den Landesvorsitz mit härtesten Bandagen

VON HERMANN MÜLLER

Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus im Februar 2023 fuhr die Berliner SPD das schlechteste Ergebnis seit der Wiedervereinigung der Stadt ein. Auch die Teilwiederholung der Bundestagswahl in der Hauptstadt brachte für die Partei Verluste. In dieser ohnehin schwierigen Lage ist nun auch noch ein Konkurrenzkampf um die Führung des Berliner SPD-Landesverbandes entbrannt: Bereits im Januar hatte Franziska Giffey angekündigt, nicht mehr für den Landesvorsitz der Sozialdemokraten kandidieren zu wollen. Die Partei brauche eine Neuaufstellung, so Giffeyes Begründung. Bislang führt sie die Berliner SPD als Co-Vorsitzende zusammen mit Raed Saleh.

Saleh sprach sich zwar auch für einen Neuanfang aus, allerdings hindert ihn das nicht daran, erneut für den Landesvorsitz zu kandidieren. Statt mit Giffey will der 46-Jährige künftig mit der Bezirkspolitikerin Luise Lehmann aus Marzahn-Hellersdorf eine Doppelspitze bilden. Dass Saleh sich für eine Kandidatur mit der relativ unbekanntem 27-jährigen Kommunalpolitikerin entschieden hat, werten einige Genossen als Versuch, über die junge Frau bei den Jusos zu punkten.

Scharfe Attacken gegen Hikel

Ebenfalls dem linken Parteiflügel zugeordnet wird das Bewerberduo Kian Niroomand/Jana Bertels. Auch diese beiden Kandidaten sprachen sich für einen Neustart aus und erklärten: „Wir kennen den Zustand unserer Partei genau.“ Sie kündigten auch an, die Spree-SPD „zu einer linken Großstadtpartei des 21. Jahrhunderts“ machen zu wollen.

Zudem kandidieren der Neuköllner Bezirksbürgermeister Martin Hikel zusammen mit der früheren Ex-Staatssekretärin Nicola Böcker-Giannini als Duo für den Landesvorsitz. Beide gelten als „Vertreter des rechten Flügels in der Berliner SPD“, so die Einschätzung der „Berliner Zeitung“. Böcker-Giannini und Hikel machten insbesondere dem amtierenden Co-Parteichef und Mitbewerber Saleh massive Vorwürfe hinsichtlich des Zustands der Berliner SPD: „Wir sehen, dass Raed Saleh seit über zwölf Jahren an führender Stelle Verantwortung trägt und



Zielscheibe des linken Parteiflügels: Vorsitz-Kandidat Martin Hikel im Willy-Brandt-Haus am 12. März

Foto: imago/IPON

seit vier Jahren Landesvorsitzender ist. Er steht damit wie keine andere Person in der Berliner SPD für das aktuelle Profil und die herrschende Kultur.“ Hikel kündigte an: „Die konkrete Position der Berliner SPD zu den einzelnen Themen wollen wir gemeinsam mit den Mitgliedern erarbeiten – im Miteinander statt im Hinterzimmer.“ Auch dies war ein Angriff auf den Politikstil Salehs, der von Kommentatoren mitunter als „König der Hinterzimmer“ bezeichnet wird.

Einen Eindruck von der aktuell herrschenden Kultur innerhalb der Berliner SPD lieferte gleich der erste gemeinsame Auftritt der drei Kandidaten-Duos am 12. März. Bei der Vorstellungsrunde im Willy-Brandt-Haus kam es in Anwesenheit von etwa 300 Mitgliedern der Parteibasis zu einem Eklat. Zunächst war aus dem Publikum heraus eine Frage zu „rassistischen Aussagen“ der CDU gestellt

worden. Als Hikel darauf einging, stellte er in Frage, ob es so etwas wie einen „antimuslimischen Rassismus“ überhaupt gebe. Der Islam sei keine Rasse, so der Neuköllner Bezirksbürgermeister. Wie sich am Grummeln im Saal zeigte, hatte zumindest ein Teil des Publikums mit der Aussage Hikels ein Problem.

„Spalten, abgrenzen, verletzen“

Dessen Co-Kandidatin Böcker-Giannini reagierte auf die Unruhe im Publikum mit einem Werben für eine „gemeinsame Lösung“ und dem Plädoyer, die SPD müsse unterschiedliche Meinungen aushalten. Die frühere Staatssekretärin im Berliner Senat sagte, man dürfe nicht im Vorhinein sagen, „deine Meinung interessiert mich nicht“. Daraufhin folgte vom Rand des Auditoriums eine plötzliche und heftige Reaktion vom Queer-Beauftragten des Berliner Senats, Alfonso Pantisano.

Pantisano brüllte laut der Berichterstattung der „Berliner Zeitung“ in Richtung von Böcker-Giannini: „Rassismus und Homophobie sind keine Meinung!“ Die mit einer Frau verheiratete Böcker-Giannini warf Pantisano im Gegenzug vor, er unterstelle ihr Homophobie. Am Folgetag ging Pantisano dann über Facebook nochmals Martin Hikel scharf an. Er bezeichnete dessen Argumentation „nicht nur verkehrt auf so vielen Ebenen, sondern auch unverschämt und dumm“. Weiter schrieb er: „Ich denke, dass wenn Menschen in Machtpositionen einen solchen Unfug von sich geben, dann tun sie es bewusst, weil sie spalten, abgrenzen und verletzen wollen.“

Welches Kandidaten-Duo die Führung des Landesverbandes übernehmen soll, entscheiden die Berliner SPD-Genossen in einem Mitgliederentscheid. Dieser läuft vom 6. bis zum 19. April.

SICHERHEIT

„Hemmschwelle ist wesentlich geringer geworden“

Berlin: Zusätzliche Notrufsäulen sollen die Zunahme homosexuellenfeindlicher Delikte eindämmen

Im sogenannten Nollendorf-Kiez in Berlin-Schöneberg steigt die Zahl von homosexuellenfeindlichen Verbrechen stark an. Die Gegend rund um die Nollendorf-, die Bülow- und die Kurfürstenstraße ist seit rund hundert Jahren als ein besonderer Treffpunkt homosexueller Menschen bekannt. Die örtliche CDU will nun in diesem Bereich auf öffentlichem Straßenland Notrufsäulen aufstellen lassen, um gegebenenfalls rasch die Polizei herbei rufen zu können.

Notrufsäulen an S- und U-Bahnhöfen gibt es bereits. Klaus Hackenschmied (56), queerpolitischer Sprecher der CDU Tempelhof-Schöneberg, stellte in der Bezirksverordnetenversammlung einen Antrag zur Errichtung der Säulen: „Sie könnten ein Mehr an Sicherheit für Anwohner, Touristen und Sexarbeitende bieten.“ Kerstin Thost, Sprecherin des Lesben-

und Schwulenbundesverbandes, unterstützt dieses Anliegen. Notrufsäulen seien wichtig. Allein 55 Straftaten gegen die sexuelle Orientierung oder die geschlechtsbezogene Diversität wurden von der Polizei im ersten Halbjahr 2023 in diesem Bereich erfasst. Thost befürchtet eine Dunkelziffer von 80 bis 90 Prozent: „Vor allem im öffentlichen Raum werden immer mehr queere Menschen angegriffen ... Wir haben den Eindruck, dass die Hemmschwelle wesentlich geringer geworden ist.“

Der Senat musste auf eine Große Anfrage der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus vom Herbst 2022 hin zugeben, dass sich die Zahl homophob motivierter Kriminaldelikte im Vierjahresvergleich von 2018 bis 2021 verdoppelt hat. Seit dem 3. August 2022 darf die Polizei keine Herkunftsdaten unter 21-jähriger

Tatverdächtiger mehr sammeln. Dies hatte die seinerzeit rot-rot-grüne Senatsinnenverwaltung angeordnet. Der Regierungswechsel infolge der Wiederholungswahl 2023 hat daran bislang nichts geändert.

Seit dem Ausufern der illegalen Masseneinwanderung steigt in Berlin die Anzahl der Übergriffe auf Homosexuelle. Prominentes Opfer ist Hape Kerkeling, der jüngst erklärte, Berlin zu verlassen, weil er hier nicht mehr sicher sei. In der Talk-Sendung von Maybrit Illner im ZDF sagte der Schauspieler, er sei „schweren Herzens“ zurück nach Köln gegangen. Konkret wollte er nicht sagen, von wem er sich bedroht fühlt.

Carla Pahlau, die Betreiberin der Homo-Disco „Busche“, äußert Angst vor einem neuen Asylantenheim, das der Senat gegenüber ihrem Tanzlokal eröffnen will: „In den vergangenen Monaten erhöhte

sich die Zahl der Straftaten gegen homosexuelle Personen in Berlin enorm. Die weitaus überwiegende Zahl der Straftäter sind Migranten mit muslimischem Hintergrund.“

Matthias Steuckardt (CDU), Stadtrat von Tempelhof-Schöneberg, begegnet dieser Entwicklung mit der eher allgemein gehaltenen Forderung: „Es ist wichtig, bei einem solchen Vorfall alle relevanten Informationen transparent zu machen und die Fakten offen zu benennen.“ Gunnar Schupelius ist einer der wenigen Hauptstadtjournalisten, der sich traut, die Täter zu benennen. In der „B.Z.“ schrieb er: „Um die Homophobie zu bekämpfen, müssen die Täter benannt werden, und wenn es in Berlin vor allem junge Männer arabischer und türkischer Herkunft sind, dann muss darüber gesprochen werden.“ Frank Bücker

KOLUMNE

Herbe Schlappe für IG Metall

VON THEO MAASS

Die IG Metall hat sich bei den Betriebsratswahlen diesen Monat bei Tesla eine Schlappe abgeholt. Hatten 2022 noch 53 Prozent der Mitarbeiter für gewerkschaftsfreie Betriebsräte gestimmt, wuchs deren Anteil diesmal auf mehr als 60 Prozent. Im Vorfeld der Wahl war einem „unbequemem“ Mitarbeiter und IG-Metall-Betriebsratsnachrücker fristlos gekündigt worden. Aufgrund dieses Vorfalls hatte die IG Metall bei den Wahlen wohl auf mehr Zuspruch gehofft.

Aber genau das ist es offenbar, was eine wachsende Anzahl von Mitarbeitern bei Tesla nicht wollen. Warum auch? Der Autobauer zahlt gute Löhne, wozu also dem Arbeitgeber Ärger machen? Zumal die IG Metall überdies in dem Ruf steht, dass sie sich für linksextreme gesellschaftliche und politische Ziele einsetzt, die mit den Arbeitnehmerinteressen nichts zu tun haben. Dazu passt auch, dass die Bundesvorsitzende der Gewerkschaft, Christiane Benner, die reale Arbeitswelt des Metallarbeiters bestenfalls vom Hörensagen kennt.

An der Universität Marburg studierte sie Soziologie, bevor sie eine Karriere als Funktionärin der IG Metall einschlug. Die Kandidatenauswahl bei der Tesla-Wahl war durchaus vielfältig. Die Liste IG Metall erhielt 16 von 39 Sitzen. Die Liste „Giga United“ 15 Sitze, die Liste „One Team“ fünf, „Giga Fair“ zwei und „Giga für Alle“ einen Sitz. Die noch amtierende Betriebsratsvorsitzende Michaela Schmitz von „Giga United“ dürfte damit wiedergewählt werden. In der Zeitung „nd“ (früher „Neues Deutschland“) war zu lesen, die Wahlen seien „unfair“ gewesen. Dabei betrug die Wahlbeteiligung rund 80 Prozent. Das Wahlergebnis könnte für die IG Metall grundsätzlich gefährlich werden, denn es zeigt, dass es möglich ist, Betriebsratsmehrheiten innerhalb der Belegschaften jenseits der linken DGB-Gewerkschaften zu finden.

MELDUNG

Schlossgegner üben Kritik

Berlin – Die Fassade des Humboldt-Forums in Berlin ist um weitere Skulpturen ergänzt worden. In Anlehnung an die historische Gestaltung des Berliner Schlosses sind am 19. März auf der Kuppelbalustrade Sandsteinfiguren der acht biblischen Propheten montiert worden. Finanziert wurden die Skulpturen durch private Spender. Der Architekturkritiker Philipp Oswald und der Historiker Jürgen Zimmerer haben der Stiftung Humboldt Forum im Zusammenhang mit den Prophetenskulpturen vorgeworfen, sie habe dem Förderverein die Möglichkeit eingeräumt, „über das ursprüngliche, im November 2020 eingereichte Spendenziel hinaus zusätzliche Rekonstruktionen von Bauelementen durchzusetzen“. Die Stiftung wies diesen Vorwurf zurück, räumte aber ein, dass bis zur Überarbeitung der Spendenrichtlinie einzelne Spenden aus einem „problematischen nationalkonservativen und teils sogar antidemokratischen Umfeld“ gestammt haben könnten. H.M.

● MELDUNGEN

FDP- gegen
CDU-Frau

Brüssel – Die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) hat die deutsche FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann einstimmig zur Spitzenkandidatin für die Europawahl gewählt. Mit der Nominierung tritt Strack-Zimmermann gegen Ursula von der Leyen an, die von der christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP) als Spitzenkandidatin nominiert wurde. Mit Blick auf die Europawahl im Juni kündigte die ALDE an, unter dem Motto „Renew Europe Now“ (Europa jetzt erneuern) vor allem die amtierende EU-Kommissionspräsidentin ins Visier zu nehmen. Die ALDE-Spitzenkandidatin: „Weniger von der Leyen, mehr von der Freiheit – das muss die Botschaft in den nächsten Monaten sein.“ Das Wahlprogramm der ALDE enthält die Ankündigung, sich für eine Regulierungspause in der Umweltpolitik der EU einzusetzen und sich auf die Umsetzung bestehender Gesetze zu konzentrieren. H.M.

EU-Parlament
für KI-Gesetz

Brüssel – Das Europäische Parlament hat das weltweit erste Gesetz zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) beschlossen. Offiziell soll es vor „Auswüchsen durch den Missbrauch“ der KI schützen. Tatsächlich wird nun aber sogar die flächendeckende Einführung der biometrischen Massenüberwachung in der EU durch KI-gestützte Gesichtserkennung ermöglicht. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich das EU-Parlament im Vorjahr noch mehrheitlich dagegen ausgesprochen hatte, grünes Licht für eine solche Technologie zu geben. Zustimmung kam von den meisten deutschen EU-Parlamentariern. Scharfe Kritik äußerte letztlich nur der Abgeordnete der Piratenpartei Patrick Breyer: „Mit diesem KI-Gesetz will die EU China offenbar nicht nur technologisch, sondern auch innenpolitisch nacheifern.“ Das sehen 55 Prozent der EU-Bürger ähnlich, wie eine Meinungsumfrage von YouGov in zehn Ländern der Union ergab. W.K.

Kampf gegen
die Anonymität

San Francisco – Eine Allianz aus großen US-amerikanischen Technologiekonzernen will die Anonymität im Internet abschaffen. Anlass hierfür sind die Bemühungen der UN um die Inkraftsetzung des Global Digital Compact. Dessen erklärtes Ziel besteht darin, das Netz „sicherer zu machen“ und von „Hass“ zu befreien. Um dies zu ermöglichen, hat die Digital Trust & Safety Partnership (DTSP), hinter der Unternehmen wie Google, Meta, Microsoft und Amazon stehen, Maßnahmen vorgeschlagen, die im Wesentlichen darauf abzielen, das Alter von Nutzern zweifelsfrei festzustellen. Bei der Minimierung der „Risiken für Kinder und Jugendliche“ im Internet sollen vor allem zwei „effektive Methoden“ zum Einsatz kommen, die „Altersverifizierung auf der Grundlage der Überprüfung von Ausweisdokumenten“ sowie die systematische „Erfassung neuer persönlicher Daten wie Gesichtsbilder“. W.K.

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Deutsch erhält besonderen Schutz

Endlich gleichberechtigt mit Polnisch und Slowakisch in acht sudetendeutschen Landkreisen

VON BODO BOST

Tschechien hat 2007 die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Kraft gesetzt, die den Schutz von Minderheitensprachen garantiert. Allerdings wurden die im Lande gesprochenen deutschen Mundarten zunächst nicht unter besonderen Schutz gestellt, wie es nach dieser Charta möglich gewesen wäre. Erst Ende vergangenen Monats, nach fünf Jahren Kampf der deutschen Minderheitenvertretung, hat das tschechische Parlament die Anwendung des dritten Teils der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen für das Deutsche beschlossen. Dadurch wurde die deutsche Sprache als Minderheitensprache in der Tschechei aufgewertet und unter besonderen Schutz gestellt.

In der heutigen Tschechischen Republik werden noch von 25.000 Deutschen etwa ein Dutzend bayerische oder mitteldeutsche Dialekte gesprochen. Kurz bevor diese Dialekte für immer verschwinden werden, ist ein achtbändiger ausführlicher Sprachatlas der deutschen Dialekte fertiggestellt worden.

Mehr als drei Millionen Deutsche lebten einst an den Rändern der böhmischen Krone. Auch die Hauptstadt Böhmens, Prag, in der im 15. und 16. Jahrhundert das Prager Kanzleideutsch, der Vorläufer des späteren Hochdeutsch entstanden ist, war bis 1860 mehrheitlich deutschsprachig. Dies hatte Prag vor allem den Juden zu verdanken, die in ganz Böhmen zur deutschen Sprache übergegangen waren. Einer von ihnen war Franz Kafka aus Prag, der im Juni dieses Jahres vor 100 Jahren gestorben ist. Er gehört zu den weltweit bedeutendsten deutschen Schriftstellern. Deutsch war auch eine der drei Parla- mentssprachen der Tschechoslowakei bis zum Jahr 1938.

Nach fünfjährigem Kampf

Nach Krieg und Vertreibung der Sudetendeutschen war es damit vorbei. Auch nach der Wende 1989 und nach dem Beitritt Tschechiens in die EU 2004 genoss das Deutsche kaum eine Aufwertung, obwohl die Tschechei bereits 2006 die EU-Minderheitencharta unterschrieben hatte. Die deutsche Sprache hatte nicht den höchsten Schutz, den nur das Polnische und das Slowakische hatten.

Dies hatte der Dachverband der Deutschen Minderheit, die Landesversammlung der deutschen Vereine in der Tschechischen Republik, stets kritisiert. Im Sommer 2019 hatte die deutsche Minderheitenvertretung den Antrag gestellt, den höchsten Schutz auf die deutsche Sprache auszudehnen. Dies geschah noch in der von 2017 bis 2021 dauernden Regierungszeit von Ministerpräsident Andrej Babiš. Insgesamt hat es knapp fünf Jahre gedauert, bis das Ziel erreicht wurde.

Die deutsche Minderheitenvertretung hat in dieser Zeit viel Lobbyarbeit geleistet und Verhandlungen geführt. Widerstand kam am Ende nur noch von ein paar Altkommunisten wie Jiří Kopsa, der das Gespenst der Sudetendeutschen wieder an die Wand malte, weil das Deutsche bislang in acht Kreisen den höchsten Schutzstatus erhielt. Dieses ist der Fall in der Region Karlsbad in Eger, Karlsbad und Falkenau, in der Region Reichenberg in Reichenberg, in der Region Aussig in Aussig, in der Region Südböhmen in Krum-

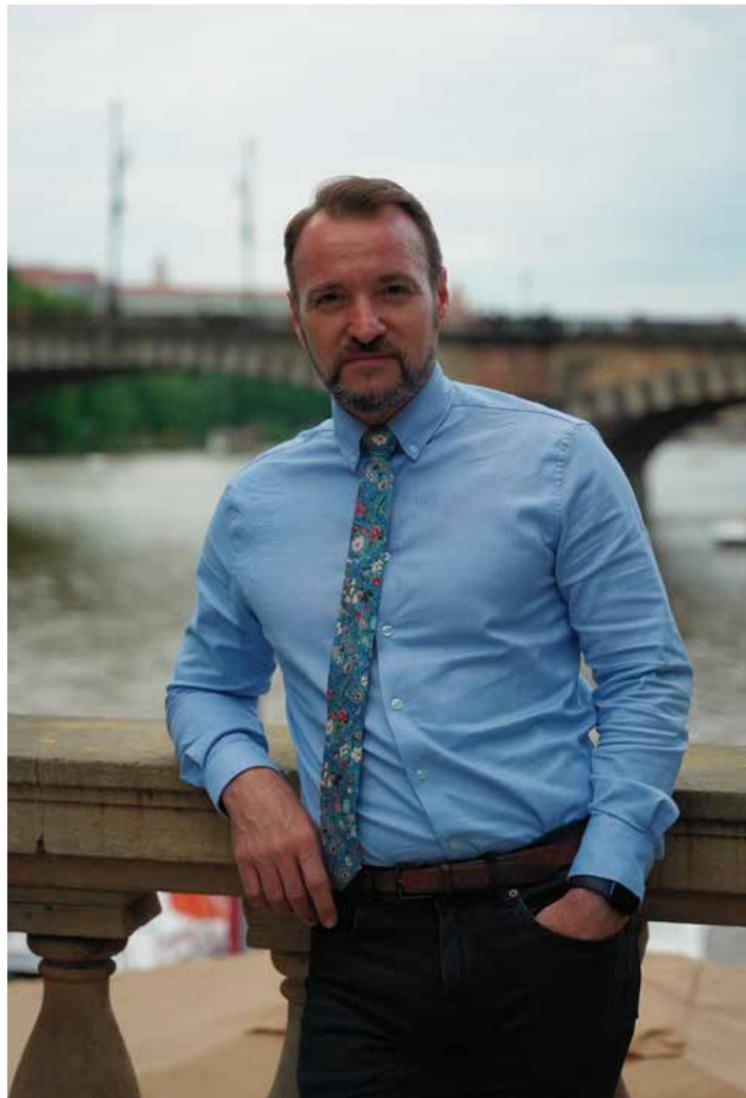
mau, in der Region Mähren-Schlesien in Troppau sowie in der Region Pardubitz in Zwittau. Alle diese Kreise liegen in dem einst zur Habsburgermonarchie gehörenden Sudetengebiet. Das Gebiet der heutigen Tschechischen Republik, das bis zum Ende des Ersten Weltkriegs und dem Frieden von Versailles zum Deutschen Reich gehört hat und in dem der Anteil der deutschen Staatsangehörigen am höchsten im Lande ist, das Hultschiner Ländchen, gehört nicht dazu.

Widerstand von Altkommunisten

Die Minderheit ist nun gut beraten, selbst aktiv zu werden, um die neuen Möglichkeiten zu nutzen. In einem ersten Schritt wird es darum gehen, die Vereine und Verbände zu mobilisieren sowie Projekte zu entwickeln. Darüber hinaus braucht man Personen, welche die Vorhaben vor Ort umsetzen. Die Minderheitenvertretung hofft, dass sie diese mit bundesdeutscher und österreichischer Unterstützung findet. Priorität hat die Arbeit in Schulen und Kindergärten. Bei der letzten Volkszählung 2021 war der Anteil der jungen Menschen, die Deutsch sprechen, erstmals gestiegen.

Martin Dzingel, der führende Vertreter der deutschen Minderheit, zeigte sich mit dem neuen Status des Deutschen sehr zufrieden, auch wenn er noch nicht auf das ganze deutsche Sprachgebiet angewendet wird. Der 1975 geborene Sprachwissenschaftler stammt aus dem Altvatergebirge. Schon während des Studiums der Sprachwissenschaften in Pardubitz und Brünn engagierte er sich für die deutsche Volksgemeinschaft im Verband der Deutschen Nordmähren und Adlergebirge. 1998 wurde er in das Präsidium des Dachverbandes der Landesversammlung der deutschen Vereine in der Tschechischen Republik gewählt, seit 2001 ist er deren verwaltender Geschäftsführer in Prag. 2010 wurde Dzingel zum Präsidenten der Landesversammlung gewählt und 2016 im Amt bestätigt.

Das Deutsche wird mit dieser Aufwertung nicht zur Amtssprache in den Regionen, aber der Staat hat sich nun verpflichtet, das Deutsche in den acht Landkreisen besonders zu schützen und zu fördern. Deutschsprachige Bürger haben in diesen Kreisen nun sogar einen Anspruch, bei Gericht und mit Behörden ihre Sprache zu gebrauchen und sie in öffentlichen Schulen sie zu lernen.



Zeigt sich mit dem neuen Status des Deutschen sehr zufrieden: Martin Dzingel, Geschäftsführer und Präsident des Dachverbandes der deutschen Minderheit

BERTELSMANN-STUDIE

„Erosion der Demokratie“

Laut Untersuchung gibt es mittlerweile weniger Demokratien auf der Welt als autokratische Staaten

Die Bertelsmann Stiftung wird in aller Regel dann hellhörig, wenn es darum geht, auf angeblich rechte Umtriebe aufmerksam zu machen. So verwundert es wenig, dass der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI), der in diesem Jahr zum zehnten Mal erscheint, wenig gute Nachrichten offenbart. Erstmals seit dem Beginn der Erhebung vor knapp zwei Jahrzehnten gebe es weltweit mehr Autokratien als Demokratien. Heute verzeichne ein knappes Drittel aller im BTI untersuchten 137 Länder den niedrigsten Stand politischer Beteiligungsmöglichkeiten, der seit Beginn der BTI-Untersuchungen gemessen worden ist. „Allein in den vergangenen zwei Jahren waren in 25 Ländern die Wahlen weniger frei und fair, wurden in 32 Staaten die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit weniger geach-

tet und in 39 die Meinungs- und Pressefreiheit stärker eingeschränkt“, heißt es in der Studie, die durchaus Fragen aufwirft.

Denn, so schreiben die Autoren an anderer Stelle, es sei immer noch möglich, eine Trendumkehr zu schaffen. So seien autokratische Regierungen in Brasilien und Polen auf demokratischem Wege abgewählt worden, was allerdings eher dafür spricht, dass es sich bei beiden Ländern um eine funktionierende Demokratie gehandelt hat. Für die Stimmungsumkehr in den beiden genannten, aber auch anderen Ländern machen die Autoren die Zivilgesellschaft sowie Behörden verantwortlich. „In Brasilien, Kenia und Sambia war es zivilgesellschaftlicher Nachdruck im Zusammenspiel mit Wahlbehörden oder Verfassungsgerichten, der saubere Wahlen gewährleistete und deren Ergebnisse

sicherte. In Polen und Sri Lanka wurde erfolgreich zum Schutz bürgerlicher und sozialer Rechte mobilisiert“, heißt es, was allerdings auch gerade kein Beleg dafür ist, dass es in diesen Ländern ein Problem mit der Meinungsfreiheit oder der Gewaltenteilung gegeben habe. Dennoch stünden nur noch 63 Demokratien einer Mehrheit von 74 Autokratien gegenüber.

Die Bertelsmann Stiftung analysiert und bewertet seit dem Jahr 2006 alle zwei Jahre die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung seien detaillierte Länderberichte, die in Zusammenarbeit mit knapp 300 Experten führender Universitäten und Denkfabriken in über 120 Ländern erstellt worden seien.

Vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern seien autokratische Kräfte weltweit auf dem Vormarsch. Nur noch ein gutes Viertel der untersuchten Staaten werde „gut bis sehr gut“ regiert. Dagegen bescheinigt der BTI mehr als 100 Ländern „eine nur mäßige bis gescheiterte Regierungsführung“.

Der Index lässt offen, worauf die Einstufungen basieren. Jedenfalls legen die Autoren großen Wert auf das Zusammenspiel wirtschaftlicher Freiheit und Demokratie. Von 55 Transformationsländern mit unfreien und unfairen Wirtschaftsbedingungen seien nur fünf Demokratien: „Und unter den 16 Ländern mit nahezu uneingeschränkter wirtschaftlicher Freiheit und Fairness ist Singapur die einzige Autokratie.“

Peter Entinger

VON HERMANN MÜLLER

Auf dem EU-Frühjahrgipfel haben die Staats- und Regierungschefs vergangenen Freitag darüber beraten, wie beschlagnahmte Vermögenswerte der russischen Zentralbank zur Unterstützung der Ukraine verwendet werden können. Nach den Vorstellungen der EU-Kommission sollen schon bis zum Sommer zumindest die Zinsen von eingefrorenen russischen Zentralbankgeldern abgeschöpft werden.

Die baltischen Staaten und Polen drängen bereits seit dem vergangenen Jahr darauf, auf russische Auslandsvermögen zurückzugreifen, um den Wiederaufbau der Ukraine zu finanzieren. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat diese Idee in abgewandelter Form unlängst aufgegriffen. Der Spanier schlug vor, die bislang eingefrorenen Zinsereinnahmen der russischen Zentralbank zu 90 Prozent in einen EU-Fonds zu überführen. Nach den Vorstellungen des Spaniers sollen über diesen Fonds militärische Ausrüstung und die Ausbildung ukrainischer Soldaten bezahlt werden. Laut Borrells Vorschlag sollen die restlichen zehn Prozent der verfügbaren Zinserträge Russlands direkt in den EU-Haushalt fließen. Mit diesem Geld will die EU direkt in der Ukraine die Verteidigungsindustrie unterstützen.

Auch deutsches Auslandsvermögen könnte enteignet werden

Bedenken gegen solche Enteignungspläne haben nicht nur die EU-Mitglieder Österreich und Ungarn vorgebracht. Dabei sperrt sich Ungarns Premier Viktor Orbán bislang vor allem gegen den Gedanken, mit den eingezogenen Geldern Waffen für die Ukraine zu kaufen. In Wien gibt es wiederum Befürchtungen, dass Österreich von etwaigen Vergeltungsmaßnahmen besonders stark betroffen wäre. Hintergrund sind die hohen Investitionen österreichischer Firmen und Banken in Russland, denen dann ihrerseits eine Enteignung drohen würde.

Laut einem Bericht der „Financial Times“ fürchten auch einige westliche Banken, dass sie von Russland verantwortlich gemacht würden, wenn sie sich an Überweisungen eingezogener russischer Vermögenswerte an die Ukraine beteiligten. Dabei soll die langfristige Überlegung eine Rolle spielen, dass die Sanktionen gegen Russland irgendwann wieder wegfallen, die beteiligten Banken dann aber vom Kreml vom Geschäft in Russland ausgeschlossen bleiben könnten.

Wie das britische Wirtschaftsjournal „Economist“ berichtet, sind als Teil der Sanktionspolitik gegen Russland in Japan



Auf dem EU-Frühjahrgipfel vergangenen Freitag in Brüssel: Das sogenannte Familienfoto mit Josep Borrell (ganz links)

UKRAINE-HILFEN

Die EU vor dem nächsten Tabubruch

Die Europäische Kommission will zumindest die Zinsen von eingefrorenen russischen Zentralbankgeldern enteignen und gegen Russland einsetzen

und den westlichen Ländern insgesamt russische Vermögenswerte in Höhe von 282 Milliarden US-Dollar eingefroren. Davon liegen allein 207 Milliarden Dollar beim Finanzdienstleister Euroclear. Das Unternehmen, an dem zahlreiche Banken beteiligt sind, hat seinen Sitz in Brüssel.

Rein zahlenmäßig sind die bei ihm anfallenden Kapitalerträge auf Vermögenswerte der russischen Zentralbank nur ein sehr kleiner Posten. Euroclear ist weltweit die größte Verwahrstelle für Wertpapiere. Im Auftrag internationaler Anleger verwaltet Euroclear Papiere im Wert von fast 30 Billionen Euro. Nach Angaben des Unternehmens fielen bei ihm vergangenes Jahr rund 4,4 Milliarden Euro an Zinsereinnahmen an, die in Verbindung mit Russland-Sanktionen stehen.

Im Vergleich zu den Summen, mit denen das Unternehmen insgesamt umgeht, handelt es sich dabei um die sprichwört-

lichen Peanuts (Erdnüsse). Fürchten muss der Finanzdienstleister allerdings die Symbolwirkung, wenn bei ihm Kundenvermögen nicht nur beschlagnahmt, sondern auf staatlichen Druck sogar enteignet werden können. Den Abzug von Vermögenswerten würde nicht nur Euroclear zu spüren bekommen.

Kapitalanleger könnten die EU aus Angst vor Enteignung meiden

Die Europäische Zentralbank hatte schon vergangenes Jahr gewarnt, andere Zentralbanken mit großen Währungsreserven könnten bei einer Enteignung dem Euro den Rücken kehren. Unter Berufung auf einen internen Vermerk der EZB berichtete die „Financial Times“ seinerzeit: „Es könnte zu einer Diversifizierung der Reserven weg von auf Euro lautenden Vermögenswerten führen, die Finanzierungskosten für europäische Staaten erhöhen

und zu einer Diversifizierung des Handels führen.“ Tatsächlich könnte bei vielen Zentralbanken die Frage aufkommen, wie risikoreich es ist, Devisenreserven weiterhin in europäischen Wertpapieren anzulegen und diese Papiere in der EU verwahren zu lassen.

Die Bundesregierung hatte bislang Bedenken, Vermögenswerte der russischen Zentralbank zu enteignen. Vergangenes Jahr gelangte das FDP-geführte Bundesjustizministerium nach einer Prüfung zu dem Schluss, dass die Enteignung rechtlich nicht umsetzbar sei. Obendrein droht ein Präzedenzfall, der sich gegen Deutschland richten kann. Sind erst einmal Auslandsvermögen Russlands enteignet, kann nämlich auch der polnische Staat auf die Idee kommen, seine Reparationsforderungen gegen Deutschland durch die Enteignung deutschen Vermögens durchzusetzen.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Weit entfernt von Energiewende

Die internationale Regierungsorganisation IRENA fordert mehr Geld insbesondere für Afrika

Trotz eines Rekordwachstums bei den Erneuerbaren Energien im vergangenen Jahr sei die Energiewende aufgrund bestehender struktureller Hindernisse und eines beträchtlichen Investitionsdefizits nach wie vor ab vom Kurs. Dies behauptet zumindest die internationale Regierungsorganisation für Erneuerbare Energien IRENA in einer aktuellen Studie. Derzeit gehören der IRENA 169 Staaten und die Europäische Union an.

Bis zum Jahr 2030 müsse der jährliche Zubau im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch sein wie derzeit, um die Ziele der letzten internationalen Klimakonferenz COP28 zu erreichen, so die Autoren der Studie. Eine Verdreifachung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien bis 2030 sei sowohl technisch machbar als auch wirtschaftlich tragfähig. Die Umset-

zung erfordere jedoch hohe Investitionen, politische Maßnahmen zur Unterstützung und Entschlossenheit.

Der aktuelle Bericht wurde in der vergangenen Woche in Berlin vorgestellt. Dies ist kein Zufall, wurde die IRENA doch im Jahr 2009 in Bonn gegründet.

Um die auf der COP28 festgelegten Ziele zu erreichen, sei es nötig, viel Geld in die Hand zu nehmen. Nötig seien jährliche Investitionen in Höhe von 1,55 Billionen US-Dollar (rund 1,43 Billionen Euro). „Nach dem historischen Konsens der Vereinigten Arabischen Emirate auf der COP28 über die Verdreifachung der Erneuerbaren Energien führt diese Kapazitätserweiterung – trotz des Rekordwertes – klar vor Augen, dass wir noch weit vom Ziel entfernt sind. In ihrer Funktion als Überwachungsagentur verfolgt die

IRENA jedes Jahr den Fortschritt bestimmter Schlüsselindikatoren. Unsere Daten bestätigen, dass es an Fortschritt mangelt und die Energiewende nach wie vor stagniert“, klagte IRENA-Generaldirektor Francesco La Camera, der während der Präsentation ein bemerkenswertes offenes Plädoyer gegen die Kernkraft hielt und diese wörtlich als „Witz“ bezeichnete. „Wenn Sie googeln, wie viel installierte Leistung aus Atomkraft heute stammt, lesen Sie: 371 Gigawatt, installiert in den vergangenen 70 Jahren. Wir haben in einem Jahr 30 Prozent mehr Leistung mit Erneuerbaren installiert als in 70 Jahren mit Atomkraft“, sagte La Camera. Der Italiener steht seit 2019 an der IRENA-Spitze und war vorher über Jahre als Diplomat seines Landes sowie als Hochschulprofessor aktiv.

Schon in der Vergangenheit setzte er sich für die Energiewende vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern ein. Dort sieht er auch in der Gegenwart die entscheidenden Stellschrauben. Insgesamt seien letztes Jahr zwar mehr als zwei Billionen US-Dollar in die Energiewende investiert worden. Doch die Investitionen seien ungleich verteilt. „Nur 15 Prozent sind in die 120 Entwicklungsländer geflossen, in die afrikanischen Länder südlich der Sahara weniger als 1,5 Prozent“, betonte er. Gleichzeitig seien 1,3 Billionen US-Dollar (rund 1,2 Billionen Euro) in die Subventionierung fossiler Energieträger geflossen. „Es ist so evident“, sagte La Camera, „warum geben wir unseren finanziellen Institutionen nicht die Priorität, das Geld für die Infrastruktur in Afrika zu verwenden?“

Peter Entinger

MELDUNGEN

Rekord in Brandenburg

Potsdam – In Brandenburg haben Wirtschaftsinvestitionen im vergangenen Jahr ein neues Allzeithoch erreicht. Nach Angaben der landeseigenen Wirtschaftsfördergesellschaft WFBB sind 2023 in dem östlichen Bundesland bei 212 Investitions- und Innovationsprojekten 2,5 Milliarden Euro investiert worden. Dabei sind über 5700 neue Arbeitsplätze entstanden. Bei der Vorstellung der Zahlen warnte Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD), dass sich eine mangelnde Veränderungsbereitschaft zu einem Hindernis für Gewerbeansiedlungen entwickeln könne. Vergangenen Monat hatten sich Bürger des Ortes Grünheide bei einer Einwohnerbefragung mehrheitlich gegen einen Erweiterungsplan des Autobauers Tesla ausgesprochen. Steinbach kündigte an, sich bei Gewerbeansiedlungen künftig auf eine „Allianz der Willigen“ stützen zu wollen. Gemeint sind damit Kommunen, die ein tatsächliches Interesse an Ansiedlungen von Firmen haben. H.M.

Nun erwischt es selbst China

Peking – Chinesische Solarhersteller, die über Jahre mit niedrigen Preisen Konkurrenten vom Weltmarkt verdrängt haben, bekommen zunehmend selbst Probleme. Chinas Marktführer Jinko Solar und auch große Hersteller wie Trina Solar verzeichnen bereits seit Monaten sinkende Aktienkurse. Mit staatlicher Unterstützung sind im Reich der Mitte in den letzten Jahren große Überkapazitäten bei der Produktion von Solarzellen entstanden. Auf dem gesamten Weltmarkt wurden in den vergangenen Jahren zwischen 300 und 400 Gigawatt (GW) Moduleleistung verkauft. In der Volksrepublik allein sind aber mittlerweile Produktionskapazitäten für 600 GW pro Jahr entstanden. Zudem haben die USA und Indien Einfuhrbeschränkungen für chinesische Solarmodule eingeführt. Als Folge des Überangebots sind auf dem europäischen Markt die Preise für Solarmodule innerhalb weniger Monate teilweise um mehr als die Hälfte eingebrochen. H.M.

EU kehrt zu Zöllen zurück

Brüssel – Unterhändler der EU-Staaten und des Europaparlaments haben sich auf die Wiedereinführung von Zöllen für ukrainische Agrarprodukte geeinigt. Für Geflügel, Eier, Zucker, Mais, Hafer, Grütze und Honig wurden Kontingente beschlossen, die zollfrei in die EU verkauft werden dürfen. Beim Überschreiten der Obergrenzen werden Zölle fällig. Für die Einfuhr von ukrainischem Weizen in die EU sollen zwar zunächst weiterhin keine Zölle gelten, doch wurde vereinbart, dass unter bestimmten Bedingungen auch beim Weizen den Import beschränkende Maßnahmen ergriffen werden können. Bei den Protesten polnischer Landwirte hatten die ukrainischen Weizenimporte eine besonders wichtige Rolle gespielt. Als Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine hatte die EU im Jahr 2022 die Zölle auf ukrainische Agrarausfuhren ausgesetzt. H.M.

KOMMENTAR

Eine schonungslose Aufklärung ist überfällig

RENÉ NEHRING

Wie groß war die Einflussnahme der Politik auf die Empfehlungen der Gesundheitsbehörden während der Corona-Pandemie? Über diese Frage diskutieren seit Tagen Politik und Medien, nachdem das Robert-Koch-Institut (RKI) aufgrund einer Klage des „Multipolar“-Magazins seine Corona-Protokolle veröffentlichen musste.

Im Mittelpunkt der Debatte steht insbesondere die Frage, auf welche Veranlassung hin die Hochstufung der Gefahrenbewertung im Frühjahr 2020, die dann zu den Lockdowns und weiteren Maßnahmen führte, erfolgte. Am 17. März 2020 hatte das RKI seine Einschätzung des Risikos für die Gesundheit der Deutschen von „mäßig“ auf „hoch“ angehoben. Das Protokoll zur Sitzung einen Tag zuvor vermerkte: „Die Risikobewertung wird veröffentlicht, sobald (Personenname geschwärzt) ein Signal dafür gibt.“

Dass das RKI den Namen der maßgeblichen Person unkenntlich machte, lud umgehend zu Spekulationen darüber ein, auf welcher wissenschaftlichen Grundlage die Hochstufung erfolgte. Das klagende „Multipolar“-Magazin zog den Schluss: „Die Verschärfung der Risikobewertung von ‚mäßig‘ auf ‚hoch‘ – Grundlage sämtlicher Lockdown-Maßnahmen und Gerichtsurteile – gründete, anders als bislang geglaubt, nicht auf einer fachlichen Einschätzung des RKI, sondern auf der politischen Anweisung eines externen Akteurs.“

Wer sorgte für die Hochstufung der Gefährdungslage?

Einen Beleg für diese Deutung lieferte „Multipolar“ nicht, doch folgten ihr auch andere Medien oder übernahmen zumindest die Frage, wer sich hinter der geschwärzten Person befindet. Die Webseite der „ZDF heute“-Nachrichten erinnerte an weitere auffällige Aussagen der RKI-Dokumente, etwa die Einschätzung vom 16. Dezember 2020, dass „Lockdowns ... zum Teil schwerere Konsequenzen als COVID selbst“ haben, oder auch die Feststellung des Krisenstabs vom 30. Oktober 2020: „... es gibt keine Evidenz für die Nutzung von FFP2-Masken außerhalb des Arbeitsschutzes, dies

könnte auch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.“

Auch wenn es bislang keinen Beweis dafür gibt, dass die ominöse Person, auf deren Signal hin die Hochstufung der Risikobewertung erfolgen sollte, tatsächlich aus der Politik kam, ist diese Deutung durchaus legitim. Denn warum sonst sollte das RKI einen Kurs befürworten, dessen Maßnahmen seine Experten selbst skeptisch bewerteten?

Gesundheitsminister Karl Lauterbach (damals zwar noch nicht im Amt, doch als Dauergast in allen Talkshows zum Thema längst Dominator der deutschen Gesundheitspolitik) bestreitet indes eine Einflussnahme der Politik auf die Empfehlungen des RKI und anderer Fachinstitutionen. Dass es in den veröffentlichten Protokollen Schwärzungen gäbe, erklärt er damit, dass diese zumeist Mitarbeiter betreffen, die geschützt werden müssten.

Umso lauter werden nun Forderungen nach einer Untersuchung der Entstehungsgeschichte und Wirksamkeit der Corona-Maßnahmen. Bei Union und FDP mehren sich die Stimmen für die Einsetzung einer entsprechenden Enquete-Kommission des Bundestages. Die AfD hatte bereits vor einem Jahr einen Untersuchungsausschuss gefordert, war damit jedoch erfolglos geblieben.

In einem Positionspapier der FDP hieß es damals: „Der Schritt der Aufarbeitung ist notwendig ...“, um aus den Geschehnissen, Erfahrungen und Entscheidungen der vergangenen drei Jahre zu lernen und in der unausweichlichen nächsten Krisensituation besser vorbereitet zu sein. Können wir erneut nur auf Sicht fahren, wird sich die Verunsicherung vergrößern und die Spaltung der Gesellschaft vertiefen. Im schlimmsten Fall wird nicht nur die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Gefahr sein, sondern auch unsere freiheitliche Grundordnung als solche.“

Damit ist im Grunde alles Notwendige gesagt. Wer angesichts der RKI-Protokolle noch immer eine Aufklärung verweigert, muss sich nicht nur die Frage gefallen lassen, ob er etwas zu verheimlichen hat. Sondern ihm muss auch klar sein, dass er damit das Vertrauen der Bürger in die politischen Entscheider nachhaltig beschädigt.



Trauer in Russland: Der Tag nach dem Terroranschlag in der Crocus City Hall in Krasnogorsk

Foto: imago/sna

ANALYSE

Der Weg der Attentäter von Krasnogorsk

BODO BOST

Tadschiken dominieren immer mehr den Islamischen Staat (IS) und den islamischen Terror in Europa. Auf ihrem Weg von Tadschikistan und Afghanistan nach Europa durchqueren sie auch Russland, die ehemalige Kolonialmacht. Das Massaker von Krasnogorsk bei Moskau mit mindestens 137 Toten verübten womöglich Durchzügler, die weiter in die Ukraine wollten, um in die EU zu gelangen.

Nirgendwo begann nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 schneller ein regionaler Bürgerkrieg islamischer Akteure als in Tadschikistan. Das Land teilt die längste gemeinsame Grenze ehemaliger Sowjetrepubliken mit Afghanistan. Während der sowjetischen Besatzung Afghanistans lief der sowjetische Nachschub durch dieses Land. Auch der Widerstand gegen die Taliban in Afghanistan hatte unter den Tadschiken im Pandeschir-Tal in der Nähe von Tadschikistan seinen größten Rückhalt.

Die Rolle der Tadschiken

Auf beiden Seiten der afghanisch-tadschikischen Grenze leben Tadschiken, die mehr als 20 Prozent der Bevölkerung Afghanistans ausmachen und die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe des Landes stellen. Unter den Asylsuchern aus Afghanistan in der EU und Deutschland stellen die Tadschiken bereits die Mehrheit.

Für Tadschiken stehen die Tore sowohl Moskaus als auch der EU weit offen

Russlands Präsident Wladimir Putin ist es in den 20 Jahren seiner Herrschaft, zum Teil sogar mit US-Hilfe gelungen, die ehemalige Sowjetrepublik Tadschikistan zu befrieden, indem unter anderem Russland dort wieder eine Militärbasis errichtete. Allerdings konnte auch Putin nach der Machtübernahme der Taliban in Af-

ghanistan im Sommer 2021 nicht mehr kontrollieren, was hinter der früheren sowjetischen Grenze vorgeht. Dort haben sich auch viele Tadschiken mit den neuen Machthabern aus dem Volk der Paschtunen arrangiert und profitieren davon, indem die Taliban einer immer größeren Anzahl von Tadschiken erlauben, in den Westen zu migrieren, wo Afghanen zu fast 70 Prozent als asylberechtigt anerkannt werden, ganz egal über welche Wege sie in die EU gekommen sind. Nicht nur Putin lässt die Tadschiken fast unkontrolliert ins Land, um sie an die EU-Außengrenze und nach Belarus weiterziehen zu lassen.

Über Russland in den Westen

Bis zum Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 durften Tadschiken auch noch weiter in die Ukraine reisen, von wo sie seit damals unkontrolliert auch nach Westeuropa gelangen können, und zwar als Ausländer aus der Ukraine. Dabei hatte man lange nicht gemerkt, dass sich auch der IS nach seiner Niederlage in Syrien und dem Irak 2017 in Afghanistan daran machte, mithilfe der Tadschiken sich ein neues Herrschaftsgebiet mit Terror zu erobern.

Die IS-Provinz Khorasan wurde so geboren. Die nach der Region benannte Gruppierung islamischer Terroristen ist jetzt der mit Abstand gefährlichste aller IS-Ableger weltweit. Das hat auch mit der Politik Putins und seines Krieges gegen die Ukraine zu tun, weil dadurch für Tadschiken die Tore sowohl Moskaus als auch der EU weit offenstehen. Das hat das Massaker von Krasnogorsk bei Moskau bewiesen, die schlimmste islamische Terrorat in Russland seit 20 Jahren.

Schon 2023 war es den Tadschiken aus Afghanistan gelungen, die Balkanroute wirtschaftlich und militärisch zu übernehmen, dank eines florierenden Waffenhandels und eines visafreien Flugverkehrs zwischen Moskau und Belgrad, einem EU-Beitrittsland. Während sich die Paschtunen mit Opium finanzieren, leben die Tadschiken vom Asylgeschäft.

Ein Geheimdienstossier über Verbindungen zwischen Immigration und Terrorismus befindet sich auf der Webseite des ungarischen Parlaments. Seit Oktober 2023 wird zudem davor gewarnt, dass auch die palästinensische Terrorgruppe Hamas versucht, die Migrationsroute

über den westlichen Balkan zu nutzen, um Mitglieder nach Westeuropa zu schleusen, als Rückzugsgebiet im Kampf gegen Israel. In derselben Zeit spähnten Tadschiken auch Terrorziele in der Bundesrepublik, Österreich und Schweden aus.

In Deutschland war der Kölner Dom ein Ziel, in letzter Minute konnte ein islamisches Attentat zu Weihnachten 2023 verhindert werden. In Moskau konnten

Die Fluchtroute der Attentäter Richtung ukrainischer Grenze deutet darauf hin, dass sie eigentlich in die EU wollten

die Tadschiken hingegen jetzt zuschlagen. Die Fluchtroute der Attentäter Richtung ukrainischer Grenze deutet darauf hin, dass sie eigentlich in die EU wollten, wo sie dank Asylmöglichkeiten einen sicheren Hafen gehabt hätten.

Risiken für die Fußball-EM

In dem ungarischen Bericht wird auch auf die Bedeutung einer „Verbindung“ zwischen Moskau und Belgrad hingewiesen, die für die Budapester Regierung politisch heikel ist. Moskau ist nämlich auch eine Drehscheibe in der Balkanroute. Weil die Grenze zwischen Afghanistan und Tadschikistan praktisch unkontrolliert ist, können sich Afghanen tadschikischer Herkunft leicht tadschikische Pässe besorgen, mit denen sie ohne Visum nach Moskau und dann ohne Visum von Moskau nach Belgrad reisen können.

Orbáns nationaler Sicherheitsberater György Bakondi sagte im Oktober im ungarischen Fernsehen: „Aufgrund der gescheiterten Migrationspolitik der EU entscheiden jetzt der Geheimdienst der Taliban und die afghanische Regierung, wer nach Europa einreisen darf.“ Für Deutschland entstehen während der Fußball-Europameisterschaft ungeahnte Sicherheitsrisiken. So ist etwa Nordrhein-Westfalen, wo die meisten Spiele stattfinden, auch das Zentrum der Tadschiken in Deutschland.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Bachs neueste Passion

Musikalisches Überraschungsei zu Ostern – Die Uraufführung von Johann Sebastian Bachs fehlender „Lukas-Passion“ in Hamburg

VON JOLANTA LADA-ZIELKE

Bach war nicht anwesend. Die „Premiere“ eines seiner Werke konnte er nicht miterleben, fand sie doch gut 250 Jahre nach seinem Tod statt. Auch ohne ihn war das vorösterliche Konzert in Hamburg mit der neu geschaffenen Version seiner „Lukas-Passion“ ein umjubelter Erfolg.

Zwei Musiker aus München, Vater und Sohn, Christoph und Lorenz Eglhuber, haben dieses Werk als sogenanntes Pasticcio rekonstruiert. Hansjörg Albrecht hat als Dirigent und Cembalist die Aufführung mit dem Carl-Philipp-Emanuel (CPE)-Bach-Chor und dem Dresdner Festspielorchester geleitet. Die beiden Autoren der Rekonstruktion haben darin mitgewirkt: Christoph spielte die Theorbe, ein Saiteninstrument, und Lorenz das Krummhorn. Neben weiteren Gesangsolisten trat mit Daniel Johannsen einer der besten Interpreten der Evangelisten-Partie auf. Der schöne emotionale Klang, das große Engagement aller Musiker und die Perfektion der Darbietung – all das haben die Besucher der Hamburger Laeiszhalle, der älteren Schwester der Elbphilharmonie, an jenem Abend miterlebt. Das Wichtigste ist, dass es reiner Bach war.

Bereits in der Anfangsphase ist das Projekt sowohl auf großes Interesse als auch viel Zweifel gestoßen. Das Publikum hat eine ähnlich künstliche Kreation wie Beethovens zehnte Symphonie erwartet. Johann Sebastian Bach selbst hat kein Oratorium anhand des Lukas-Evangeliums geschrieben.

Zwar bewahrt die Staatsbibliothek in Berlin eine Partitur der „Lukas-Passion“ mit seiner Unterschrift auf, die 1745 in Leipzig aufgeführt wurde. Sein Sohn Carl Philipp Emanuel Bach hat sie im Bach-Werke-Verzeichnis (BWV) als Nummer 246 gelistet. Spätere Forschungen haben jedoch ergeben, dass sein Vater dieses Werk nicht komponiert hatte.



Passionsmusik mit historischen Instrumenten: Die Eglhubers an Theorbe und Krummhorn

Foto: Eglhuber

Sogenannte Pasticcios und Parodien hatten in der Musik des 18. Jahrhunderts eine neutrale Bedeutung und bestanden darin, verschiedene Werke eines oder mehrerer Komponisten oder Teile davon zusammenzustellen. So etwas praktizierte man bei Opern, Oratorien und Kantaten, insbesondere, wenn man unter Zeitdruck arbeitete und immer wieder neue Sachen schreiben musste. Die Komponisten verwendeten dabei ihre eigenen Werke oder auch die Stücke von Kollegen.

Johann Sebastian Bach nutzte die Kompositionen von Gottfried August Homilius (1714–1785). Er schuf viele Auftragswerke für die einmalige Aufführung, wie die Kantate BWV 214 zu Ehren der

Gemahlin Augusts III. von Sachsen, Prinzessin Maria Josepha, Kurfürstin von Sachsen und Königin von Polen. Das Stück begann mit einem feierlichen Chorsatz „Tönet ihr Pauken, erschallet Trompeten“ mit diesen Instrumenten. Bach bearbeitete es später als Eingangsschor des „Weihnachtsoratoriums“ und änderte den Text in „Jauchzet, frohlocket, auf, preiset die Tage!“ Hätte es zu seiner Zeit das Urheberrecht gegeben, hätten wir heute von Bach kein „Weihnachtsoratorium“.

Nach Urheberrecht kräht kein Hahn

Man kann den künstlerischen Wert solcher Stücke aus heutiger Sicht infrage stellen, weil jemand sie aus früheren eige-

nen Stücken oder aus „gestohlenen“ Kompositionen zusammengebastelt hat, anstatt etwas Neues zu komponieren. Aber im 18. Jahrhundert war dies weithin akzeptiert. Erst nach 1830 fiel diese Technik offiziell in Ungnade, aber Komponisten wie Rossini, Mahler, Bruckner und Richard Strauss verwendeten weiterhin Anleihen, innerhalb ihres eigenen Schaffens. Heute erstellt man Covers in der Popmusik nach dem gleichen Prinzip. Das beste Beispiel einer zeitgenössischen kreativen Kompilation ist das Musical „Mamma Mia“ nach Liedern von ABBA.

Die Eglhubers mussten nur die Rezitative für die „Lukas-Passion“ komponieren, weil es sie gar nicht gab. Alles andere

– die Choräle, Arien und polyphonen Chorsätze – übernahmen sie aus Werken Bachs, hauptsächlich Kantaten. In einigen Teilen haben sie die Instrumentierung oder die Tonart geändert, manche auch gekürzt. Also haben die Autoren dieser Fassung so gearbeitet, wie der Komponist seinerseits vor 300 Jahren. Sie haben ebenfalls typisch barocke rhetorische Figuren verwendet. Schmerz und Klage stellt man durch die Chromatik und Suspensiones (Seufzen) wie im Eingangsschor „Furcht und Zittern“ dar. Christoph Eglhuber imitiert auf der Theorbe das Krähen eines Hahns, nachdem Petrus den Jesus dreifach verleugnet hat. Wie in jeder Passion taucht hier eine „Kreuzfigur“ auf. Dies ist eine graphische Kombination der Noten, die dem längeren und dem kürzeren Balken des Kreuzes entspricht.

Wer mit den Werken Bachs vertraut ist, kann in dieser Passion einige Melodien wiedererkennen wie das Duett „Wir eilen“ aus der Kantate 78, die Auszüge aus „Das Wohltemperierte Klavier“, das „Alleluja“ aus der Motette „Lobet den Herrn“ oder die „Fantasie in g-Moll“. Nach dem Gespräch Jesu mit dem „guten“ Verbrecher, der neben ihm gekreuzigt hängt, erklingt der Eingangsschor zur Kantate 118: „O Jesu Christ, mein Lebenslicht“.

Heute gibt es Versuche, mit der künstlichen Intelligenz die unvollendeten Werke zu ergänzen. Im Fall der „Lukas-Passion“ kommt eine menschliche, künstlerische Intelligenz und eine gute Kenntnis der Werke Bachs ins Spiel, gestützt durch die langjährige Aufführungspraxis. Der Verlauf des Konzerts und die Reaktion des Publikums beweisen, dass dieses Experiment gelungen ist. Mittlerweile gehört die Passion zum Repertoire des CPE-Bach-Chors Hamburg. Allerdings dauert sie etwas zu lange, nämlich gute drei Stunden. Die Autoren planen einige Kürzungen.

● Der Radiosender NDR Kultur überträgt das Konzert am Karfreitag um 19 Uhr.

AUSSTELLUNGEN

Mal mehr, mal weniger Platz für „Dialog“

Caspar David Friedrich vs. Otto Dix: Zwei Großmeister ihrer Zeit traten zeitgleich in Hamburg an – Bilanz zweier Ausstellungen

Ostermontag enden in Hamburg zwei bemerkenswerte Ausstellungen: die große Jubiläumsschau „Caspar David Friedrich. Kunst für eine neue Zeit“ in der Hamburger Kunsthalle sowie „Dix und die Gegenwart“ in den Deichtorhallen. Das Rennen zwischen der Romantik und der Moderne entschied dabei die Kunsthalle für sich. Am Ende wird sie bei den Besucherzahlen ein Rekordergebnis verkünden können. Über 300.000 Besucher werden es am Ende gewesen sein, die sich in den dreieinhalb Monaten seit Ausstellungsbeginn die Werke des pommerschen Landschaftsmalers angesehen haben.

Nicht jeder verließ die Kunsthalle mit einem positiven Eindruck. Es gab Kritik daran, dass Eintrittskarten nur online und für ein bestimmtes Zeitfenster verfügbar waren. Seit Anfang März war selbst dieses nicht mehr möglich, da alle Karten ausverkauft waren. Schlimmer war die Situation vor Ort, der sich als ein zäher Parcours mit engen, von Trennwänden unterteilten Räumen erwies, in denen sich die Besuchermassen stauten. Beim Maler der Stille fand niemand seine Ruhe. Man

hätte darauf vorbereitet sein können, denn einen Malerstar wie Friedrich, dessen 250. Geburtstag dieses Jahr begangen wird, hätte man nicht in dem für Gegenwartskunst bestimmten Kubus der neuen Kunsthalle mit ihren niedrigen Decken, sondern im geräumigeren Altbau aufhängen sollen (die PAZ berichtete).

Dass es ganz anders gehen kann, beweist die Otto-Dix-Ausstellung am anderen Ende der Hamburger Kunstmeile jenseits des Hauptbahnhofs: Die Deichtorhallen, die eigentlich ein Mekka für zeitgenössische Kunst und Fotografie sind, gaben Dix und dem Publikum genügend lichtdurchfluteten Raum. Obwohl auch diese Ausstellung gut besucht war, trat sich in der ehemaligen Marktplatzfläche, die von einer einzigen Dachkonstruktion umhüllt ist, niemand gegenseitig auf die Füße. Und Dix braucht diesen Platz, denn was Friedrich für das 19., das war Dix für das 20. Jahrhundert: einer der herausragendsten deutschen Maler seiner Zeit.

Viele seiner Werke, welche die Hölle des Ersten Weltkriegs thematisieren, sowie auch seine fratzenhaft verzerrten Per-

sonenportraits rücken die Museen ungerne als Leihgaben heraus. Das berühmte Triptychon „Der Krieg“ ist nur als Reproduktion zu sehen. Immerhin hat man für die Deichtorhallen 50 originale Werke ausleihen können, darunter so bekannte Werke wie das an Friedrich erinnernde Gemälde

„Gewitter im Riesengebirge“ oder Dix’ „Selbstbildnis mit Palette“ von 1942.

Ähnlich wie in der Friedrich-Ausstellung lässt man die Werke dieser Meister nicht für sich selbst sprechen, sondern stellt sie in einen Kontext mit Kunst der Gegenwart, um deren Bedeutung für die

heutige Zeit hervorzuheben. „In Dialog treten mit ...“ heißt das heutzutage im Kuratoren-Deutsch. Was ein Anselm Kiefer mit seinem Monumentalgemälde „Am letzten Tor“ dem Dix-Triptychon „Der Krieg“ zuflüstert, wenn sie einander gegenüberhängen, bleibt den meisten Besuchern wohl verschlossen. Letztlich erscheint diese „Dialog“-Auswahl willkürlich. Man nimmt, was man kriegen kann.

Allein schon wegen seiner Kriegsthematik ist Dix gerade in heutiger Zeit so aktuell wie kaum ein anderer Künstler. Das stellen die Deichtorhallen hervorragend unter Beweis. Die Ausstellung hätte vielleicht besser in die Galerie der Gegenwart der Kunsthalle gepasst, in der man stattdessen lieber den Friedrich gezwängt hat. Vom 19. April an ziehen die Friedrich-Werke in die Alte Nationalgalerie von Berlin. Mal sehen, wie man dort auf den Publikumsansturm vorbereitet ist. Die PAZ wird berichten, derweil in den Deichtorhallen auf Dix vom 18. Mai an 40 internationale Künstler folgen werden, die sich die Frage stellen, wie wir im 21. Jahrhundert überleben wollen. Harald Tews



Viel Raum für die Kunst: Anselm Kiefers monumentales „Am letzten Tor“ von 2020/21 trifft in den Deichtorhallen auf die Triptychon-Reproduktion „Der Krieg“ von Otto Dix

NEUFUNDLAND

Kanadas zehnte und jüngste Provinz

Kaum, dass das dunkle Mittelalter überwunden war und die Neuzeit begonnen hatte, wurde Neufundland erst englisch und dann britisch. 1583 nahm der mit einem Patent seiner Königin ausgestattete englische Seefahrer Humphrey Gilbert die Insel für die Krone in Besitz. 1818 wurde Neufundland Kronkolonie. 1832 erhielt es eine Verfassung. 1854 wurde ihm die Selbstverwaltung zugestanden.

1867 schloss sich auf dem britisch beherrschten nordamerikanischen Festland die Kronkolonie Kanada mit den Kolonien Neunbrenschweig und Neuschottland zum selbstverwalteten Dominion Kanada zusammen. 1869 entschied sich das Parlament der selbstverwalteten Kronkolonie Neufundland gegen einen Beitritt. Kanada betrieb eine Schutzzollpolitik, während Neufundland vom Export von Kabeljau nach Europa und den USA lebte. Und die aus Irland stammende katholische Hälfte der Bevölkerung von Neufundland wollte nicht in einem englisch und protestantisch dominierten Großkanada marginalisiert werden.

So wurde Neufundland 1907 ein eigenständiges Dominion. Weltwirtschaftskrise, Korruption und Unruhen setzten dem selbständigen Dominion jedoch derart zu, dass die Regierungen in St. John's und London 1934 übereinkamen, zum Status quo ante, zum Status der Kronkolonie zurückzukehren.

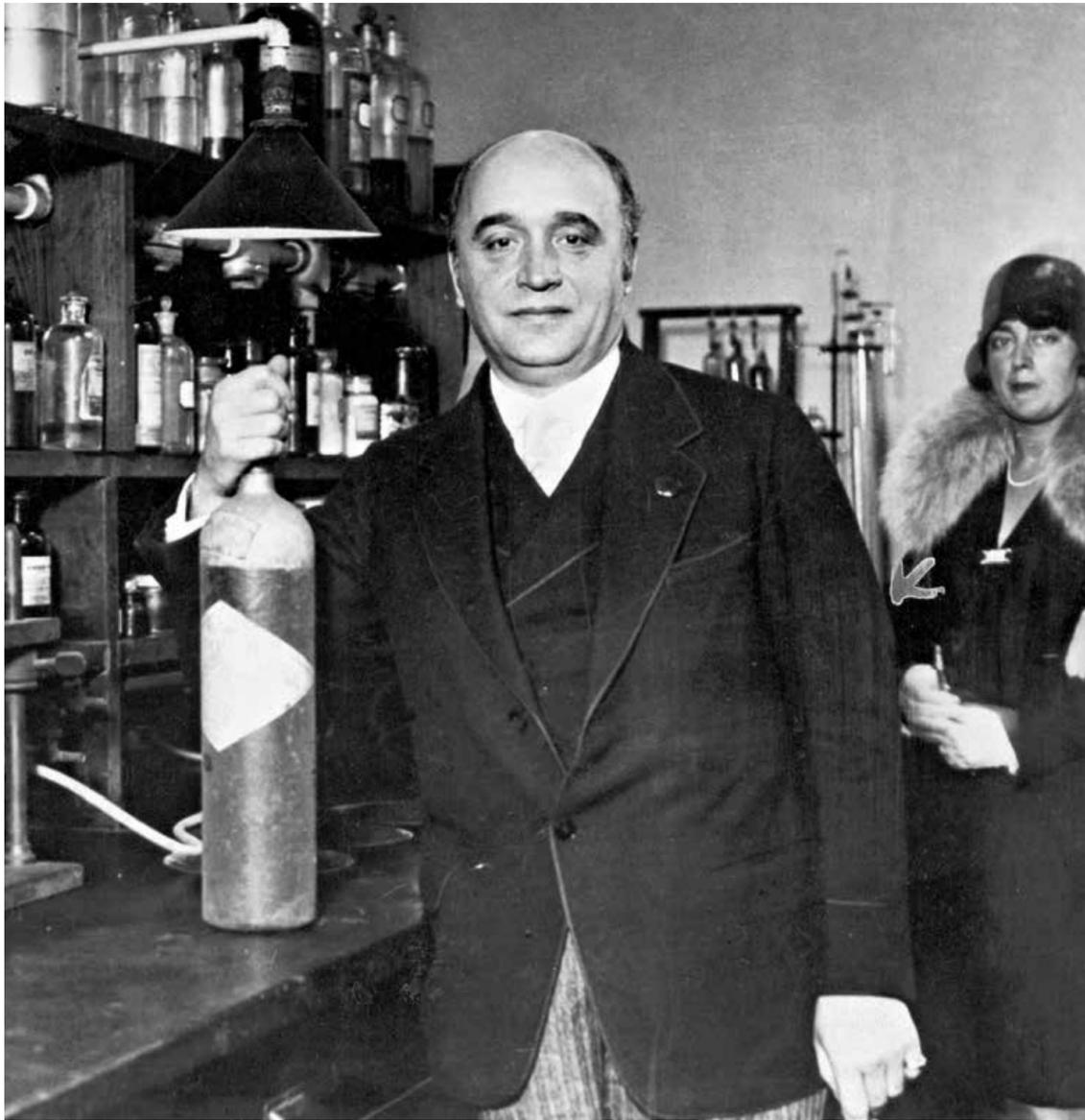
1946 fanden in der Kronkolonie die ersten Wahlen seit 1932 statt. Die neugewählte Versammlung beschloss, das Volk über seine Zukunft abstimmen zu lassen. Zur Wahl standen die Beibehaltung des Status quo, die Rückerlangung der Unabhängigkeit als Dominion oder der 1869 abgelehnte Anschluss an Kanada. London wollte die Verantwortung an Ottawa abtreten und unterstützte den Anschluss unter anderem mit der Erklärung, dass die Kronkolonie von ihrem Mutterland keine finan-



Wappen von Neufundland

ziellen Zuwendungen mehr zu erwarten habe.

Am 3. Juni 1948 fand der erste Wahlgang statt. Mit 45 Prozent sprach sich zwar eine Mehrheit für die Selbstständigkeit als Dominion aus, aber eben nur eine relative. 41 Prozent votierten für den von Großbritannien favorisierten Anschluss an Kanada und 14 Prozent wollten britische Kronkolonie bleiben. Am 22. Juli des Jahres fand die entscheidende Stichwahl statt. Die Befürworter der Unabhängigkeit konnten drei Prozentpunkte hinzugewinnen, aber das reichte nicht. Die übrigen 52 Prozent stimmten für den Anschluss. Seit nunmehr 75 Jahren, seit dem 31. März 1949, bildet Neufundland – seit 2001 unter der Bezeichnung Neufundland und Labrador – die zehnte und jüngste Provinz Kanadas. *Manuel Ruoff*



Im Jahre 1928 mit seiner Ehefrau in seinem Labor: Friedrich Bergius

Foto: Ullstein

FRIEDRICH BERGIUS

Kohle machte er zu Öl und Holz zu Zucker

Es war die Tragik des Nobelpreisträgers für Chemie, dass sein Streben nach Unabhängigkeit ihn um die Früchte seiner Erfindertätigkeit brachte

VON MARTIN STOLZENAU

Friedrich Bergius stammte aus Breslau, machte als Chemiker, Forscher und Unternehmer Karriere und schuf neben anderen pionierhaften Neuerungen die Grundlagen zur Herstellung von Benzin und Dieselöl aus Kohle und Wasserstoff. Für seine Verdienste um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt wurde ihm 1931 zusammen mit Carl Bosch, einer anderen deutschen Forschergröße, der Nobelpreis für Chemie verliehen. Durch die von ihm entwickelten Verfahren erlangte er Weltgeltung. Doch in seiner letzten Lebensphase war Bergius ein mittelloser Erfinder, der vor 75 Jahren in Argentinien verstarb.

Seine chemischen Hochdruckverfahren sind bis heute unverzichtbar. Sie ermöglichten die großen chemischen Massenproduktionen der Neuzeit und sichern ihm einen Platz in der ersten Reihe der modernen Chemie-Pioniere. Trotzdem ist sein Name inzwischen nur noch Fachleuten ein Begriff.

Vor 140 Jahren, am 11. Oktober 1884, wurde Friedrich Bergius in Goldschmieden bei Deutsch-Lissa geboren. Sein Geburtsort wurde später eingemeindet und ist heute ein Stadtteil von Breslau. Er entstammte einer verdienstvollen altdeutschen Gelehrtenfamilie. Die Palette seiner namhaften Vorfahren reichte von dem Professor Johannes Bergius, der im 17. Jahrhundert als Kurbrandenburgischer Hofprediger wirkte, über Carl Julius Bergius, ei-

nen Professor für Nationalökonomie in Breslau im 19. Jahrhundert bis zum Altphilologen Friedrich Haase, seinem Großvater mütterlicherseits. Sein Vater Heinrich Bergius leitete eine chemische Fabrik in Goldschmieden. Friedrich Bergius hatte noch vier Schwestern, absolvierte das Breslauer Realgymnasium und machte nach dem Abitur ein Praktikum in einem schlesischen Hüttenwerk. Dabei wuchs sein schon vorher starkes Interesse an den Naturwissenschaften.

Verzicht auf alle Patentrechte zugunsten der BASF

Ab 1903 studierte Bergius an der Breslauer Universität Chemie und chemische Technologie. Er kam dabei in die Obhut von Walter Herz, Richard Abegg sowie Albert

Ladenburg und wurde 1907 in Leipzig bei Arthur Hantzsch promoviert. Zur weiteren Vervollkommnung ging er anschließend nach Berlin zu Walther Nernst, wo er in Kontakt zu Matthias Pier kam, und dann 1909 nach Karlsruhe zu Fritz Haber, wo er Kenntnisse auf dem Gebiet der Hochdruckreaktionen erwarb. Das erleichterte ihm die Orientierung für die Folgezeit.

Bergius ging noch 1909 nach Hannover, heiratete Margarethe Sachs, richtete sich in der Nähe des Physikalischen Institutes ein Privatlabor ein und experimentierte mit Hochdruckreaktionen. Er wies nun nach, dass dabei Torf im Reaktor per Inkohlungsprozess „in wenigen Minuten in eine steinkohlenartige Substanz übergang“. In der Natur benötigte dieser Vorgang Millionen

Jahre. Es folgte auf dieser Grundlage seine Habilitationsschrift über „Die Anwendung hoher Drucke bei chemischen Vorgängen“. Bergius wurde nun Dozent an der TH Hannover und sorgte in Fortsetzung seiner Versuche für die Herstellung einer benzolartigen Flüssigkeit aus Kohle. Dieses Verfahren meldete der Chemiepionier 1913 zum Patent an. Es gilt bis heute als die entscheidende Voraussetzung für das dann mit dem deutschen Chemiker und Manager in der chemischen Industrie Matthias Pier entwickelte Verfahren „zur Produktion synthetischer Kraftstoffe unabhängig von Erdöl“, das Bergius-Pier-Verfahren.

Bergius wollte seine wegweisenden Erkenntnisse zur industriellen Nutzung führen, übernahm 1914 die Leitung des Forschungslabors der Th. Goldschmidt AG in Essen und wechselte mit dem Labor 1916 nach Mannheim-Rheinau, wo es dann zum Zwecke der Kapitalbeschaffung zur Gründung eines „Konsortiums für Kohlechemie“ kam. Doch das Kriegsende und die anschließende Inflation lähmten wegen fehlender Investitionsmittel den Fortgang der Forschungen. In dieser Zeit ließ Bergius sich 1922 scheiden. Wegen Kapitalmangels und daraus resultierenden Arbeitsstillstands überließ der genervte Forscher 1925 sämtliche Patentrechte der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF), ein folgenschwerer Fehler, der ihn um die Früchte seiner Arbeit brachte. Die BASF fusionierte mit anderen Chemieunternehmen zur I. G. (Interessengemeinschaft) Farbenindustrie AG und nutzte dann die Erfindung von Bergius industriell.

Mit dem Gerichtsvollzieher zur Nobelpreisverleihung

Der Erfinder wechselte nach seinem Verzicht von Mannheim nach Heidelberg, wo er in zweiter Ehe die um zwölf Jahre jüngere Otilie Kratzert ehelichte. Der Wissenschaftler widmete sich nun der Holzverzuckerung. Das führte schließlich dazu, dass aus 100 Kilogramm Holz etwa 66 Kilo Zucker gewonnen werden konnten. Doch wieder fehlte es an Geld. Bergius verkaufte sein Haus in Heidelberg, investierte sein privates Vermögen in seine Forschungen und verschuldete sich immens. Als er und der deutsche Chemiker, Techniker und Industrielle Carl Bosch den Nobelpreis für Chemie „für ihre Verdienste um die Entdeckung und Entwicklung der chemischen Hochdruckverfahren“ zuerkannt bekamen, begleitete ihn bei der Anreise zur Preisverleihung ein Gerichtsvollzieher, der das Preisgeld sofort einbehielt. Ruhm und Schmach lagen dicht beieinander.

Bergius, dem inzwischen die Ehrendoktorwürden der Universitäten von Heidelberg und Hannover sowie der US-amerikanischen Harvard University verliehen worden waren, wechselte nach Berlin, erhielt im Rahmen der Autarkiepolitik des Dritten Reiches Gelder für weitere Forschungen. In der Reichshauptstadt stand ihm ein privates Labor für Forschungszwecke zur Verfügung.

Nachdem Bergius den Zweiten Weltkrieg überlebt hatte, ging er für den Bau von Chemieanlagen zunächst nach Spanien und dann nach Argentinien. Dort starb er am 30. März 1949, fast vergessen. Seine letzte Ruhe fand der zuletzt immer wieder enttäuschte Nobelpreisträger auf dem Deutschen Friedhof von Chacarita. Bergius hinterließ außer seinem wissenschaftlichen Lebenswerk mit zahlreichen Veröffentlichungen seine Witwe und drei Kinder aus seinen beiden Ehen. Inzwischen trägt in Berlin-Friedenau eine Schule seinen Namen.

Seine wesentlichen Erfindungen erlebten ohne ihn eine lebhaftige Nutzung und Weiterentwicklung. Das Dritte Reich errichtete bis 1944 in seinem Einflussbereich 14 Hydrierwerke, die auf der Grundlage des Bergius-Pier-Verfahrens Flugtreibstoffe, Benzin, Schmieröle, Dieselmotortreibstoffe sowie andere synthetische Waren herstellten. Die USA entwickelten dann die Kohleverflüssigung und die Holzverzuckerung weiter. Eine intensive Nutzung gab es auch in Japan und in der Sowjetunion.

Kollegen von Friedrich Bergius

Matthias Pier arbeitete ab 1920 bei der BASF in Ludwigshafen und führte ab 1925 Bergius' Erkenntnisse zur Kohleverflüssigung zur industriellen Nutzung.



Carl Bosch leitete als Vorstandsvorsitzender von 1919 bis 1925 die BASF und später bis 1935 die unter seiner Führung gegründete I. G. Farbenindustrie AG.



Fritz Haber arbeitete ab 1894 am Institut für Physikalische Chemie der TH Karlsruhe. Ab 1906 saß er auf dem Lehrstuhl für Physikalische und Elektrochemie.

Lawrenti der Schreckliche

In der an Verbrechen und Verbrechern „reichen“ Geschichte des Kommunismus nimmt Stalins Geheimdienstchef Beria einen besonderen Platz ein. Am Ende wurde ihm der Glaube an die eigene Machtfülle zum Verhängnis

VON ALEXANDER RAHR

Stalins letzter, berüchtigter Geheimdienstchef, Lawrenti Beria, erblickte vor genau 125 Jahren das Licht der Welt. An ihn wird heute vor allem deshalb erinnert, weil sein Name wie kein anderer mit den stalinistischen Säuberungen, dem Terror- und Gulag-Regime, mit Spionage, aber auch dem Bau der sowjetischen Atombombe verknüpft ist. Als auf der Jalta-Konferenz 1945 der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt den neben ihm sitzenden Stalin fragte, wer dieser Mann mit der Hornbrille sei, antwortete der Sowjetdiktator halb im Ernst, halb im Scherz: „Das ist Beria, unser Himmler.“

Beria war der erste sowjetische Geheimdienstchef, der die allerhöchste Macht in der Sowjetunion erlangte. Nach ihm gelang dies nur noch Juri Andropow (1982) und Wladimir Putin (1999). Wäre Beria im Juni 1953 nicht in einer Palastrevolution gestürzt worden, hätte er höchstwahrscheinlich die Sowjetunion bis in die 1970er Jahre als Diktator regiert. Die Geschichte der UdSSR – und damit Europas und der Welt – wäre anders verlaufen.

Stalins Henker – und Mörder?

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion öffneten sich die verschlossenen Archive der kommunistischen Ära, und besondere „Wahrheiten“ gelangten ans Licht. Michail Gorbatschow wollte mit seiner Glasnost-Politik die Gehirnwäsche seiner Landsleute beseitigen und die Übeltaten des stalinistischen Regimes beim Namen nennen. Auch der erste Präsident des postkommunistischen Russlands, Boris Jelzin, betrieb eine schonungslose geschichtliche Aufklärung, Tausende von Opfern des Stalinismus wurden in diesen Jahren rehabilitiert. Beria gehörte sicherlich nicht zu den unschuldigen Opfern des Regimes, nach offizieller Lesart gilt er in der russischen Geschichtsschreibung immer noch als Verbrecher, wenngleich er in letzter Zeit, zusammen mit Josef Stalin und anderen Führern der UdSSR, eine Aufwertung erhielt – als einer der maßgeblichen Architekten des Sieges der Sowjetunion gegen Hitler-Deutschland.

Andererseits verstärkt sich heute unter den Historikern der Verdacht, dass Stalin am 5. März 1953 keines natürlichen Todes gestorben sei. Gegenüber seinem Politbüro-Kollegen Wjatscheslaw Molotow soll sich Beria auf der Tribüne des Mauseleums am 1. Mai 1953 damit gebrüstet haben, den Diktator Stalin vergiftet und somit eine geplante abermalige Säuberung der Partei- und Regierungsspitze im letzten Moment verhindert zu haben.

Fakt ist, dass Stalin nach einer durchzechten Nacht auf den 1. März mit drei bis vier anderen Kremlführern plötzlich zusammenbrach. Es war der Geheimdienstchef Beria, der die anderen Politbüromitglieder nach Hause schickte und eigenhändig die Türen zu den Gemächern des Diktators verschloss, damit tagelang keine ärztliche Hilfe Stalin erreichte. Der Diktator starb einen langsamen und qualvollen Tod. Nach späteren Aussagen von Nikita Chruschtschow soll er Beria, da er sprachunfähig war, aus dem Bett heraus mit der Faust gedroht haben.

Moskauer Machtkämpfe

Vier Monate später, am 26. Juni 1953, fand im Kreml eine eiligst einberufene Sondersitzung der sowjetischen Führung statt. Das sowjetische Herrschaftssystem zeigte nach dem Tode Stalins bedenkliche Risse. In der DDR wäre es am 17. Juni 1953 bei



„Unser Himmler“: So soll Stalin seinen Geheimdienstchef Lawrenti Beria 1945 während der Jalta-Konferenz vorgestellt haben

nahe zu einer „Konterrevolution“ gegen die sowjetische Besatzung gekommen.

Der Schuldige am ausgebrochenen Arbeiteraufstand in der DDR war nach Meinung des Politbüros Beria, der scheinbar Deutschland wiedervereinigen wollte, um die Bundesrepublik aus dem Westen zu lösen und Deutschland zum strategischen Verbündeten der Sowjetunion zu machen. Beria, so wurde von manchen Historikern später kolportiert, glaubte nicht an den Erfolg der kommunistischen Ideologie. Er liebäugelte mit dem Kapitalismus und wollte die Sowjetunion zu einem nationalistischen Imperium aufrichten.

Ein Komplott gegen den allmächtigen Geheimdienstchef

Die Politbürokollegen zitterten förmlich aus Angst vor dem Geheimdienstchef Beria. Sie wussten allesamt, dass dieser höchst kompromittierende Dossiers über alle Mitglieder der Führungsspitze angelegt hatte und jederzeit damit drohen konnte, jeden der Kollegen in den Gulag zu schicken oder zu erschießen, sollte sich jemand ihm in den Weg stellen. Auf der erwähnten Sondersitzung im Kreml trat dann Chruschtschow, den alle vollkommen unterschätzt hatten, als Chefankläger gegen Beria auf – und forderte dessen Absetzung.

Beria bemerkte das Komplott, aber es war zu spät. Seine Leibwächter wurden von herbeigerufenen Militärs entwaffnet; auf Geheiß Chruschtschows betrat der legendäre Marschall Schukow, der 1945 mit der Roten Armee Berlin eingenommen hatte, mit einer Kalaschnikow in der Hand den Sitzungssaal – und nahm den

völlig fassungslosen Beria fest. Hätte der gewiefte und mit allen Intrigen gewachsene Geheimdienstchef frühzeitig Verdacht geschöpft, wäre die Palastrevolution zweifellos missglückt und nicht Beria, sondern Chruschtschow und seine Mitverschwörer wären hingerichtet worden. Doch diese hatten sich zuvor konspirativ mit der Armeespitze gegen Beria und dessen zahlreiche Geheimdienstinstitutionen verbündet.

Nach offizieller Darstellung wurde Beria im Dezember 1953, ein halbes Jahr nach seiner Festnahme, im Moskauer Militärgefängnis hingerichtet. Der Übeltäter starb auf dieselbe schreckliche Art und Weise, wie Hunderte von Parteigenossen, Armeeführer und Geheimdienstchefs vor ihm – die Beria über Jahre hinweg nach vorheriger Folter auf Stalins Geheiß liquidieren ließ. Doch Berias Sohn behauptete später, sein Vater sei von Marschall Schukow, der ihn schon seit den Kriegstagen hasste, bereits während der Sondersitzung im Kreml an Ort und Stelle erschossen worden.

Lebenswege eines Stalinisten

Berias Biografie ist typisch für einen ranghohen Stalinisten seiner Zeit. Er war gerade volljährig, als das Zarenreich zusammenfiel und die Bolschewisten in Russland ans Ruder gelangten. Die Sowjetunion wurde auf dem Papier als Vielvölkerstaat konzipiert, junge Kader aus den nichtrussischen Republiken wurden karrieremäßig gefördert.

Wie Stalin stammte Beria aus Georgien. Sein Vater war ein einfacher kaukasischer Bauer. Als Junge entwickelte er eine

kriminalistische Ader, er galt seit frühen Jahren als Spitzel und Intrigant. Dann, als der Erste Weltkrieg begann, wurde er als Wehrpflichtiger an die Front geschickt, aber später ausgemustert. Nach dem folgenden Bürgerkrieg stieß er nicht etwa zur Bolschewistischen Partei, sondern verdingte sich in der Tscheka – dem ersten berüchtigten sowjetischen Geheimdienst. Ende der 1920er ernannte man ihn zum Geheimdienstchef Georgiens und später für den gesamten Transkaukasus. In dieser Funktion leitete Beria die nachfolgende Zwangskollektivierung, beteiligte sich an Massendeportationen und Hinrichtungen. Für seine „Verdienste“ wurde er zum regionalen Parteichef befördert und machte sich einen Namen während der Säuberungen in der Zeit des Großen Terrors. Aufgrund seiner Durchschlagskraft gewann er das Vertrauen Stalins.

Bluthund des Diktators

Stalins Politik war es, die von ihm eingesetzten Geheimdienstchefs Jagoda und Jeschow nach kurzer Amtszeit zu liquidieren, damit sie nicht zu viel Macht anhäufen und ihm gefährlich werden konnten. 1938 ernannte er Beria zum nächstfolgenden Geheimdienstchef, dem die inneren Streitkräfte, die Miliz, die Gefängnisse und das Gulag-System untergeordnet waren. Während des Krieges bildete Beria zusammen mit Stalin, Molotow, Kliment Woroschilow und Georgi Malenkow das Staatliche Verteidigungskomitee – das oberste Exekutivorgan des Staates.

Auch nach dem Ende des Krieges verlief Berias Karriere ununterbrochen steil nach oben, während andere hohe Ge-

heimdienstfunktionäre in seinem Umfeld einer nach dem anderen exekutiert wurden. Beria verstand es, zu laviieren und Stalins Vertrauen zu behalten. Er war verantwortlich für die Erschießung von 25.000 gefangenen polnischen Offizieren in Katyn – ein Verbrechen, das die Sowjetführung zunächst der deutschen Wehrmacht anlastete. Zudem war Beria für die Massendeportationen von Tschetschenen und Krimtataren, die man der Kollaboration mit den Deutschen bezichtigte, nach Zentralasien zuständig. Und nach dem Abwurf der amerikanischen Atombomben über Japan wurde ihm die Leitung für den Bau der sowjetischen Atombombe übertragen, die 1949 zum ersten Mal getestet werden konnte.

Auf dem XIX. Parteitag der KPdSU (1952) schien es, als ob der 73-jährige Stalin zum erneuten Kahlschlag innerhalb der Partei ausholte. Der Diktator begann, sich nach einem geeigneten Nachfolger umzuschauen und plante eine radikale Verjüngung der Parteispitze. Die altgedienten Genossen wie Beria, Chruschtschow, Molotow und Malenkow bangten um ihr Leben. Die oben geschilderte Nacht vom 28. Februar auf den 1. März 1953 bot Beria die einzigartige Gelegenheit, den plötzlich erkrankten Stalin ins Jenseits zu befördern.

Ende einer blutigen Ära

Doch nachdem ihm das gelungen war, beging er den strategischen Fehler, seine unangefochtene Autorität an der Spitze des Staates gegen die neugebildete „kollektive Führung“ einzusetzen, um sich zum Alleinherrscher und einzigen Erben Stalins krönen zu lassen. Beria ließ es sträflich zu, dass formell Malenkow das Hauptamt an der Staatsspitze – den Posten des Ministerpräsidenten – übernahm. Er war sich sicher, diesen in Abhängigkeit zu haben. Aber Malenkow wechselte die Seiten. Den eigentlichen Part des Putschisten spielte jedoch eindeutig Chruschtschow.

Wie die Geschichte weiterging, ist bekannt. Chruschtschow setzte sich nach der Entmachtung Berias an die Spitze der „kollektiven Führung“, gewann den erbitterten Machtkampf gegen die alte Stalin-Garde und wurde Alleinherrscher, bis ihn 1964 selbst eine Palastrevolte traf, die übrigens vom wiedererstarkten KGB gegen ihn verübt wurde.

Wie sieht die russische Gesellschaft Beria heute, erinnern sich die Russen an ihn? Tatsache ist, dass es in Russland – bis auf die kurze Zeit von Glasnost und Perestrojka – keine Vergangenheitsbewältigung, keine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Stalinismus gegeben hat. Die Schrecken des Großen Terrors spielen in der Geschichtsauffassung Russlands keine besondere Rolle, sie werden verdrängt vom großen Sieg, den Stalin im Zweiten Weltkrieg gegen Hitler-Deutschland errungen hat. Denn damit war der Aufstieg Russlands zur Weltmacht besiegelt.

● **Alexander Rahr** war von 1982 bis 1994 Analytiker für Radio Liberty und die Denkfabrik Rand Corporation sowie bis 2012 Programmleiter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik für Osteuropa und Zentralasien. Er war Mitglied im Lenkungsausschuss des Petersburger Dialogs und Forschungsdirektor des Deutsch-Russischen Forums. Er ist Vorsitzender der Eurasien-Gesellschaft sowie Berater für diverse deutsche und russische Firmen. Rahr ist Autor mehrerer Bücher über Russland, u.a. einer Biographie über Wladimir Putin, den er im Laufe der Jahre mehrfach persönlich getroffen hat.

www.eurasien-gesellschaft.org

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der in den früheren 80er Jahren des 5. Jahrhunderts n. Chr. geborene Anicius Manlius Severinus Boethius war Spross einer einflussreichen römischen Senatorenfamilie. Deshalb erhielt er auch die bestmögliche Ausbildung und erlangte anschließend großen Ruhm als Gelehrter. Gleichzeitig glückte ihm eine bemerkenswerte politische Karriere, die 522 darin gipfelte, dass der in Rom herrschende Ostgotenkönig Theoderich Boethius zum Magister Officiorum ernannte und somit faktisch an die Spitze der Reichsverwaltung stellte.

Allerdings solidarisierte sich der Hofbeamte und Philosoph dann alsbald mit dem Senator Flavius Albinus, dem auf reichlich konstruierte Weise hochverräterische Beziehungen zum byzantinischen Kaiser Justin I. unterstellt wurden. Daraufhin sorgten Boethius' Feinde, zu denen zahlreiche Neider und Karrieristen zählten, für eine Ausweitung der Untersuchung gegen Albinus auf den Magister Officiorum. Im Ergebnis dessen wanderte dieser ebenfalls in den Kerker. Anschließend verurteilte ein aus fünf Senatoren bestehendes Standesgericht Boethius zum Tode, ohne ihm vorher auch nur die geringste Möglichkeit zur Verteidigung zu geben. Somit fiel der des Hochverrats mit Sicherheit nicht Schuldige einem Akt von politisch motivierter Willkürjustiz zum Opfer, bei dem im Übrigen auch gefälschte Beweisdokumente und verlogene Zeugen zum Einsatz kamen.

Das süße Gift der „Bühnenhuren“

Die Hinrichtung von Boethius wurde irgendwann in den Jahren von 524 bis 526 durch Enthauptung mit dem Schwert vollzogen. In der Zeit zwischen seiner Verhaftung und seiner Exekution schrieb der in Ungnade Gefallene das aus 39 Prosa- und 39 Gedichten bestehende Werk „De consolatione philosophiae“, zu Deutsch „Über den Trost der Philosophie“, welches heute – nach nunmehr bereits 1500 Jahren – nicht nur aufgrund seiner Entstehungsgeschichte, sondern auch wegen des Inhalts genauso aktuell ist wie damals.

So äußert Boethius eingangs, dass er die politischen Ämter nur übernommen habe, um zu verhindern, dass Verbrecher den Staat zugrunde richten. Unglücklicherweise sei es diesen aber gelungen, ihn ungeachtet seines fortwährenden Strebens nach Gerechtigkeit aufs Schlimmste zu verleumden. Allerdings wäre das nicht möglich gewesen, wenn die Öffentlichkeit mehr über seinen Fall gewusst hätte. In diesem Zusammenhang kritisiert der Philosoph das Treiben von „Bühnenhuren“, deren Ziel darin bestehe, unfruchtbare Leidenschaften zu nähren und den Menschen allerlei „süße Gifte“ einzufußeln, um die Saat der Vernunft abzutöten. Dar-



Boethius (l.) und die Göttin Fortuna am Glücksrad: Miniatur aus dem Buch „De consolatione philosophiae“ in einer Ausgabe von 1465

Foto: Ullstein/Granger, NYC

PHILOSOPHIE

Wie Trost finden im Unglück? Es gibt eine 1500 Jahre alte Antwort

Im Rom der Spätantike ungerechtfertigt eingekerkert fand der Staatsbeamte und Philosoph Boethius erhellende Erkenntnisse über den Umgang mit den Zumutungen des Lebens

in sieht Boethius dann auch den Grund für die fortwährende Verfolgung von redlichen Menschen mit klarem Verstand, zu denen er nach bestem Wissen und Gewissen gehöre.

Die personifizierte Philosophie antwortet hierauf, dass es jedermann offenstehe, sich in sein „wirkliches Vaterland“ zurückzuziehen, welches ihn nie enttäuschen werde und aus dem auch keine Vertreibung erfolgen könne. Das sei das Reich der geistigen Werte.

Anschließend beschreibt der Gefangene die tiefe Trauer um sein verlorenes Glück. Das nutzt die Philosophie für Erklärungen über die grundsätzliche Unberechenbarkeit der Göttin Fortuna. Diese drehe unentwegt an dem Rad, durch dessen Schwung sich das Tiefste und das Höchste periodisch abwechselten. Danach verdeutlicht die Philosophie Boethius, wie sehr sein Leben unter der Angst vor dem Verlust von Reichtum, Macht und Ruhm gelitten habe. Deshalb handele

es sich bei diesen drei Dingen um Scheingüter, welche nur zu einem trügerischen Scheinglück verhelfen. Das werde schon daran erkennbar, dass auch Unwürdige in den Genuss solcher Güter kommen könnten. Daher solle Boethius alles, was ihm jetzt wie ein Unglück erscheine, als Vorteil betrachten. Denn die aktuelle Misere in seinem Leben und der Verrat des Staates an seiner ehrenwerten Person hätten ihn in die Lage versetzt, den Ballast der Scheingüter abzuwerfen.

Ein jeder hat die Wahl

Daraufhin wird naheliegenderweise über die Güter diskutiert, welche wirklich wichtig sind. Dazu meint die Philosophie, wenn jemand etwas erlange, was er ersehne, aber dennoch weiter nach mehr giere, dann handele es sich nicht um eine tatsächlich erstrebenswerte Sache. Vor diesem Hintergrund bleibe letztlich nur eine Alternative zu den Scheingütern, und das sei die Glückseligkeit durch die beschei-

dene Teilhabe am Göttlichen. In Erwiderung dessen gibt Boethius zu bedenken, dass Gott aber doch auch das Böse zulasse, womit Tugend – so wie in seinem persönlichen Falle – unbelohnt bleibe und sogar bestraft werde. Wie solle man dies gutheißen?

Die Antwort der Philosophie besteht in dem Hinweis, dass es schlimmer sei, Unrecht zu tun, als Unrecht zu erleiden. Denn die Schlechtigkeit mache die Ungerechten elender als alle anderen. Außerdem solle Boethius bedenken, dass nichts in der Welt ohne Grund geschehe. Allerdings fehle den Menschen die Einsicht in die dahinterstehenden komplexen Zusammenhänge und somit auch das Verständnis für die Schicksalsordnung.

Daraufhin fühlt sich der vom Leben Enttäuschte veranlasst, die Philosophie nach der Rolle des Zufalls zu fragen. Diese erklärt nochmals, nur ihre eigene Unwissenheit lasse die Menschen glauben, etwas Unerwartetes beziehungsweise Un-

erwünschtes sei plötzlich und zufällig eingetroffen. Das führt zu Boethius' Entgegnung, ob denn dann in dieser umfassend vorherbestimmten Welt überhaupt noch Platz für die menschliche Willensfreiheit sei. Darauf gibt die Philosophie eine Antwort, mit der das Werk dann auch abschließt: Jedes Individuum verfüge von Natur aus über die Fähigkeit, das Gute vom Schlechten zu unterscheiden und zwischen Handeln und Nichthandeln zu wählen. Insofern dürfe sich niemand hinter angeblichen äußeren Zwängen verstecken.

Möglicherweise hätte Boethius seinen „Trost der Philosophie“ noch um wesentlich mehr Denkanstöße anreichern können, wenn er nicht hingerichtet worden wäre. Dennoch ist das aus der Spätantike überlieferte Werk ein Meisterstück der geistigen Auseinandersetzung mit unerfreulichen Phänomenen in Politik und Gesellschaft, an denen auch heute kein Mangel herrscht.

FORSCHUNG

Wie man 100 Jahre alt wird

Wissenschaftler haben die Geheimnisse der Uralten ergründet – und dabei auch einige überraschende Erkenntnisse gewonnen

Momentan leben auf der Welt mehr als eine halbe Million Hundertjährige. Ihre Zahl soll in den kommenden drei Jahrzehnten auf über mehr als vier Millionen steigen. Ob jemand diesem Kreis angehören wird, hängt dabei weniger von genetischen Voraussetzungen ab als vom individuellen Lebensstil. Das ist das Ergebnis der Forschungen von Langlebigkeitsexperten wie Slaven Stekovic von der Karlsruher Universität in Graz und Toshio Akitsu von der japanischen Gesellschaft für Innere Medizin.

Deren Aussagen beruhen unter anderem auf Beobachtungen in jenen Regionen der Welt, in denen man besonders

viele Hundertjährige findet. Das sind beispielsweise die griechische Insel Ikaria, die japanische Insel Okinawa, Sardinien, die kalifornische Halbinsel Loma Linda und die Region von Nicoya in Costa Rica. Dabei identifizierten die Wissenschaftler acht Faktoren, welche den Prozess des Alterns verlangsamen können.

Zum einen wäre da die Ernährung. Hierfür gibt es zwar keine Pauschalrezepte, da das Essen immer an die jeweilige Person angepasst sein muss. Ungünstig wirken aber auf jeden Fall hochverarbeitete Lebensmittel wie Tiefkühlprodukte und Fast Food sowie Kohlehydrate im Übermaß. Am sinnvollsten ist eine mög-

lichst abwechslungsreiche Ernährung, weil diese auf der einen Seite verhindert, dass man zu viele Schadstoffe einer bestimmten Art aufnimmt, und zum anderen die ausreichende Zufuhr aller benötigten Nährstoffe garantiert. Eine rein vegetarische oder gar vegane Kost – insbesondere ohne Fisch – bietet also keine Garantie für ein langes Leben.

Außerdem hat entscheidende Bedeutung, wie der Körper im Alter zwischen 20 und 40 Jahren trainiert wird. Die in dieser Zeit erworbene Muskelmasse hilft später, wenn der Bewegungsapparat zu Störungen neigt, weil die Gelenke und Knochen nicht mehr so belastbar sind. Indes: So-

zialkontakte stellen das A und O für ein möglichst problemloses Altern dar. Eine gelungene soziale Integration erhöht die Lebensqualität und garantiert Unterstützung, wenn man sie am nötigsten braucht.

Dazu kommt die Zufuhr essentieller Stoffe. So ist es eminent wichtig, den Magnesiumspiegel auf angemessenem Niveau zu halten. Magnesium steuert die Funktion von rund 300 Enzymen im Körper, weswegen ein Mangel an diesem Spurenelement unter anderem die Muskel- und Herzfunktion beeinträchtigen und die Knochendichte herabsetzen kann.

Auch scheint es sinnvoll zu sein, regelmäßig grünen Tee zu trinken, denn der

stärkt das Immunsystem und hat entzündungshemmende Wirkung. Beispielsweise kann grüner Tee die Infektiosität von Corona-Viren offenbar um bis zu 99 Prozent reduzieren.

Des Weiteren wird möglichst häufiges Dehnen empfohlen – vor allem bei sitzenden Tätigkeiten. Außerdem soll Humor das Leben verlängern, denn Lachen stabilisiert das Immunsystem auf messbare Weise. Und schließlich müssen alle, welche die Hundert erreichen wollen, unbedingt neugierig bleiben. Der Zusammenhang zwischen Neugier und Langlebigkeit ist inzwischen ebenfalls wissenschaftlich erwiesen. W.K.



KOMMUNALWAHLEN 2024

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Wahlkampf mit sachlichen Diskussionen – Änderungen in Allenstein und Elbing mit Spannung erwartet

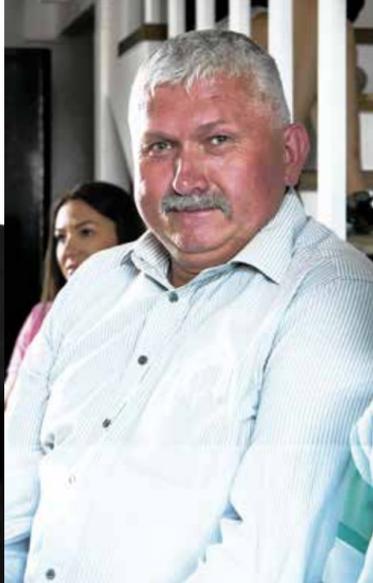
VON UWE HAHNKAMP

Am 7. April finden in Polen die verschobenen Kommunalwahlen statt. Die Wähler sind aufgefordert, ihre Vertreter für die lokalen und regionalen Selbstverwaltungen bis zur Ebene der Woiwodschaften zu bestimmen. Auch in der Woiwodschaft Ermland-Masuren stellen sich die Repräsentanten der großen Parteien und der vielen lokalen Komitees zur Wahl – unter anderem auch einige Kandidaten aus den Gesellschaften der Deutschen Minderheit

Ursprünglich sollten nach der üblichen fünfjährigen Kadenz die Kommunalwahlen im Herbst 2023 stattfinden. Das polnische Parlament, der Sejm, hatte jedoch eine Verschiebung beschlossen, um eine Häufung der Wahlen zu verhindern. Nach der Wahl zum Sejm im Oktober 2023 mit dem folgenden Wechsel von einer von der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) geführten Koalitionsregierung zu einer der Parteien „Bürgerplattform“ (PO), „Die Moderne“ (N) und „Initiative Polen“ (iPL) vom Wahlbündnis „Bürgerkoalition“, den Parteien „Polen 2050“ (PL2050) und „Polnische Volkspartei“ (PSL) vom Bündnis „Dritter Weg“ (TD) sowie der Allianz „Linke“ begann direkt die nächste Vorwahlzeit.

Partei oder Persönlichkeit?

Ein heftiger Wahlkampf wie vor der Wahl zum Sejm findet jedoch nicht statt. Bedingt wird das durch eine wenig parteipolitisch geprägte, sachliche Diskussion zu konkreten lokalen Fragen, aber auch durch die Änderungen, die gerade in den öffentlichen Medien ablaufen und den dort in den letzten acht Jahren herrschenden Ton beruhigen. In Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie zum Sejmik, dem Woiwodschaftsparlament, haben die großen Parteien der Republik Polen – die gerade genannten sowie die Konföderation KN – zwar ihre Kandida-



Kandidaten der Deutschen Minderheit, die bei der Kommunalwahl im südlichen Ostpreußen antreten: Heinrich Hoch für Sensburg, Arkadiusz Leska für Ortelsburg und Wiesław Kuchmeister für Osterode
Fotos: U.H., privat, Luis Schönecker

ten aufgestellt, gerade auf lokaler Ebene haben diese aber gegen Kandidaten vor Ort, die von eigenen Wahlkomitees und Listen starten, oft einen schweren Stand. Andersherum gibt es Bürgermeister und Gemeindevorsteher, die wirkungsvolle Arbeit machen und trotz ihrer Zugehörigkeit zu einer ungeliebten Partei gewählt werden.

Es lässt sich ein Einfluss der landesweiten Politik erkennen, obwohl die allgemeine Atmosphäre im Land ruhiger ist als noch im Herbst 2023. Aktuelle Fragen wie die 100-Tage-Bilanz der neuen Regierung zeigen ihre Wirkung auch in Fragen lokaler Medien. Außerdem treten die Koalitionsparteien nicht mit gemeinsamen Listen an, die Premier Donald Tusk vorgeschlagen hatte. Der TD, also PSL und „PL2050“, kandidiert getrennt, da in einigen Regionen in der Republik Polen, in denen die PiS stark vertreten ist, gemeinsamen Kandidaten der Regierungskoali-

tion kaum Chancen eingeräumt werden, denen der PSL und von „PL2050“ aber schon. Die Spaltung des Landes ist mancherorts also noch immer zu spüren.

Welche Posten sind zu besetzen?

Gewählt werden in allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen am 7. April – und bei notwendigen zweiten Wahlgängen am 21. April – Abgeordnete zum Stadt- oder Gemeinderat, Kreistag und Sejmik sowie Gemeindevorsteher, Bürgermeister und Stadtpräsidenten. Ins Wählerverzeichnis eingetragene, dauerhaft in Polen wohnende EU-Bürger haben Wahlrecht auf Gemeindeebene, sonst dürfen nur polnische Staatsbürger wählen. In der Woiwodschaft Ermland-Masuren stellen sich insgesamt 9642 Kandidaten zur Wahl, von Andrzej Abako, dem derzeitigen Landrat des Kreises Allenstein, bis zu Andrzej Żyżyk, der in Rastenburg zum Stadtrat antritt.

Während in vielen Städten und Gemeinden wie Bartenstein, Lyck oder Neidenburg die nicht immer unumstrittenen aktuell Regierenden ihren Hut erneut in den Ring geworfen haben, steht in anderen wie Lötzen oder Rastenburg eine Neubesetzung des höchsten Postens an. Besonderes Augenmerk richtet sich auf die zwei größten Städte der Woiwodschaft, Elbing und Allenstein. Die Stadtpräsidenten Witold Wróblewski und Piotr Grzymowicz haben jeweils auf eine weitere Kandidatur verzichtet, die Nachfolge ist heiß umkämpft. In der Woiwodschaftshauptstadt stehen gleich sieben potentielle neue Stadtpräsidenten in den Startlöchern. Für diese beiden Posten, aber auch für einige andere, kann fest mit einer Stichwahl gerechnet werden.

In so gut wie allen zu wählenden Gremien gilt es für die Deutsche Minderheit im südlichen Ostpreußen, die Kandidaten zu unterstützen, mit denen sie gut

zusammengearbeitet haben oder arbeiten. Im Gegensatz zum Opperland und zu Schlesien gibt es nämlich kaum eigene Vertreter, geschweige denn deutsche Listen wie dort. Insgesamt treten zehn Personen an, also ein Promille aller Kandidaten, was umgerechnet etwa dem Anteil der deutschen Volksgruppe an der Bevölkerung der Woiwodschaft entspricht.

Deutsche Kandidaten bei der Wahl

In die Kreistage wollen in Sensburg und Ortelsburg je eine und in Heilsberg zwei Personen. Einen Sitz im Gemeinderat streben zwei Frauen an, eine in Jonkowo im Kreis Neidenburg, eine in Grünfeld. Für Plätze im Stadtrat kandidieren zwei Männer in Osterode und einer in Allenstein. Mit Beata Mazur gibt es in Liebenmühl sogar eine Kandidatin zum Amt des Bürgermeisters. Die größten Chancen auf Erfolg haben voraussichtlich Arkadiusz Leska, der frühere Vorsitzende der Gesellschaft „Heimat“ in Ortelsburg, der schon zwei Amtsperioden als Vizevorsitzender des Ortelsburger Kreisrats hinter sich hat, sowie in Osterode die Vorsitzenden der dortigen Deutschen Minderheit Heinrich Hoch und Wiesław Kuchmeister.

Hoch als Vorsitzender des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) ist nicht unbedingt zufrieden mit der Zahl der Kandidaten, sieht aber auch die Grenzen der Kapazitäten. „Die aktiven Menschen reichen bei uns gerade einmal für die Aktivitäten der Gesellschaften. Viele von ihnen sind noch berufstätig. Woher sollen wir mehr nehmen?“, erklärte er im Gespräch mit dem „Mitteilungsblatt“. In den nächsten zwei Wochen gilt es, sich noch gut zu präsentieren, am 7. April wissen er und seine Kollegen dann, wer von ihnen einen Sitz ergatteren konnte. Und vor allem ist dann klar, mit wem die Deutsche Minderheit in den einzelnen Kreisen, Gemeinden und Städten in Zukunft zu tun haben wird.

KÖNIGSBERG

Fassadenrenovierung an der Königin-Luise-Kirche abgeschlossen

Nach erfolgter Umfrage: Bürger entschieden, sich bei der Renovierung am ursprünglichen Aussehen zu orientieren

Das Königsberger Puppentheater befindet sich in der Königin-Luise-Gedächtniskirche, die zwischen 1899 und 1901 nach dem Entwurf des berühmten Architekten Friedrich Heitmann erbaut wurde. In den Kriegsjahren wurde sie erheblich beschädigt und blieb viele Jahre lang ungenutzt. In den 60er Jahren sollte das Gebäude abgerissen werden, doch Jurij Waganow, ein Architekt des Staatlichen Projektinstituts für Bauwesen, legte einen Entwurf zum Umbau des ehemaligen Kirchengebäudes in ein Puppentheater vor, und so rettete er die Kirche vor dem Abriss.

Nach seinen Plänen wurde die Kirche restauriert und 1976 als Theater in Betrieb genommen. Das Äußere des restaurierten Gebäudes entspricht weitgehend seinem Vorkriegsaussehen, während das Innere vollständig verändert wurde, um dem Zweck des Gebäudes als Theater gerecht zu werden.

Derzeit hat die Kirche den Status eines Kulturguts von regionaler Bedeutung und

Königin-Luise-Gedächtniskirche im Park Luisenwahl: Wie schon einmal in der Vorkriegszeit erstrahlt das Gebäude, in dem heute das städtische Puppentheater untergebracht ist, in neuen alten Farben Foto: J.T.



2012 wurde sie bereits instandgesetzt. Nach zehn Jahren stellten Spezialisten jedoch fest, dass die Fassade und das Dach des Gebäudes erneuert werden mussten. Man beschloss daher, dass die Wiederherstellung der Fassade gemäß der historischen Ansicht der Kirche Priorität haben sollte. Es war jedoch nicht einfach zu entscheiden, welche Farbe es sein sollte, da sie schon vor dem Krieg verändert worden war.

Als die Kirche 1976 wiederaufgebaut wurde, mussten die Baumeister das verwenden, was sie hatten, und so erhielt die Königin-Luise-Gedächtniskirche einen hellblauen Anstrich. Ursprünglich war das Dach nicht aus Kupfer, sondern aus Schiefer gewesen. Das Kupfer für den Wiederaufbau von 1976 wurde per Dampfer aus Chile geliefert.

Bevor sie mit der aktuellen Renovierung der Königin-Luise-Kirche begannen, beschlossen die Fachleute des Denkmalschutzdienstes, die Meinung der Bürger abzufragen. Auf der Website der Behörde

führten sie eine Umfrage durch. Die Bürger von Königsberg wurden gebeten, ein Farbschema zu wählen, das besser zur Königin-Luise-Kirche passen würde.

Daraufhin genehmigte ein staatliches Gutachten die Renovierung des historischen Gebäudes mit einem Neuanstrich in einer der Vorkriegsfarben, nämlich hellgrau-braun. Aufgrund der hohen Kosten für Kupfer und des großen Umfangs der notwendigen Arbeiten wurde beschlossen, das Dach mit graphitfarbenen Blechplatten einzudecken.

Die Renovierungsarbeiten haben umgerechnet knapp 300.000 Euro gekostet. Sie umfassten neben Reparaturen am Dach und der Fassade die Instandsetzung des Turms wie auch die Erneuerung der Abflussrohre. Alle Reparaturarbeiten wurden so organisiert, dass sie den Besuch der Aufführungen in keiner Weise beeinträchtigten. Der Eingang zum Theater blieb während der gesamten Reparaturarbeiten geöffnet. Jewgenij Tschernyschew



ZUM 99. GEBURTSTAG

Certa, August, aus Seubersdorf, Kreis Mohrungen, am 1. April
Fischer, Grete, geb. **Schmakteit**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 1. April
Pliska, Waldemar, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 1. April
Scheingruber, Erna, geb. **Klesch**, aus Lyck, am 30. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Ehrenberg, Rudy, aus Neidenburg, am 4. April
Kling, Waltraut, geb. **Gulatz**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 29. März
Koschorrek, Bruno, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Biallas, Christel, geb. **Rosteius**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 30. März
Dombrowski, Walter, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 2. April
Koepke, Ursula, geb. **Kaminski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. März
Ludwig, Klaus, aus Saalfeld-Ebenau, Kreis Mohrungen, am 30. März
Pogodda, Günther, aus Schützenhof, Kreis Ortelsburg, am 2. April
Putzki, Gerda, geb. **Plaar**, aus Wehlau, am 4. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Biallas, Irma, geb. **Sembitzki**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 31. März
Jopp, Erika, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 30. März
Nissen, Irmgard, geb. **Klingenberg**, aus Godnicken, Kreis Fischhausen, am 2. April
Turowski, Helmut, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 31. März
Wischniewski, Gerhard, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 4. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Charchulla, Liesbeth, geb. **Newiger**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 1. April
Fenske, Hildegard, geb. **Maser**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 1. April
Gremke, Erich, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 1. April
Joecks, Herta, geb. **Chilla**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Prahs, Walter, aus Klein Purden, Kreis Allenstein, am 29. März
Thomzik, Ilse, aus Ortelsburg, am 29. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Czychon, Horst, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. März
Engmann, Irmgard, geb. **Rudowski**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 31. März
Hoffmann, Klaus, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 29. März
Junghans, Brigitte, geb. **Pietrzyk**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 4. April
Mrozek, Lisbeth, geb. **Kempka**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Prinz, Hildegard, geb. **Bahl**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 4. April
Quadt, Christel, geb. **Kobialka**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 4. April
Reinke, Liselotte, geb. **Pogodda**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 31. März
Rimkus, Bruno, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 31. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beier, Klara Irmgard, geb. **Endrijat**, aus Ragnit, Lehrhöferstraße 3, am 31. März
Jäger, Herta, geb. **Danielzik**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 1. April
Kosowski, Irma, geb. **Lojewski**, aus Lyck, Yorkstraße 21, am 3. April
Lattko, Wilhelm, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. März
Schneemann, Waltraud, geb. **Niklaus**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 3. April

Schöttker, Hildegard, geb. **Lasarzewski**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 29. März
Zupp, Edith, geb. **Jurr**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 31. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Glanz, Lisbeth, geb. **Plogsties**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 2. April
Kaßmekat, Ilse, geb. **Doose**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 30. März
Kollhoff, Elfriede, geb. **Hemke**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 3. April
Laudan, Gerda, geb. **Ennulat**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 30. März
Maszerim, Kurt, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 4. April
Möller, Waltraut, geb. **Grochowski**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 29. März
Moldzio, Erich, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 1. April
Nieske, Erich, aus Krattlau, Kreis Fischhausen, am 29. März
Wenk, Artur, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. April

Die PAZ
zum Probelesen
vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baeske, Gertrud, geb. **Piorunek**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Baustian, Edeltraut, geb. **Bembenneck**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 29. März
Bleck, Lotte, geb. **Purwin**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 1. April
Drewello, Karlheinz, aus Allenstein, Kreis Treuburg, am 31. März
Eickholt, Dora, geb. **Treidel**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 29. März
Hose, Dora, aus Hutmühle, Kreis Insterburg, am 30. März

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Wir gratulieren...

Lumma, Hedwig, geb. **Gröning**, aus Schutschen, Kreis Neidenburg, am 3. April
Richter, Elfriede, geb. **Wagner**, aus Forstamt/Insel, Kreis Lyck, am 3. April
Rünger, Ilse, geb. **Mostolta**, aus Alt-Kriewen, Kreis Lyck, am 2. April
Schumacher, Christel, geb. **Smölka**, aus Lykusen, Kreis Neidenburg, am 3. April
Suhr, Ursula, geb. **Arndt**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 1. April
Trochim, Gerd-Ulrich, aus Treuburg, am 1. April
Winter, Kriemhilde, aus Caspershöfen, Kreis Fischhausen, am 1. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baumgärtner, Eva, geb. **Till**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 30. März
Dunkelberg, Brunhilde, geb. **Winter**, aus Lötzen, am 30. März
Faltin, Inge, geb. **Lüchow**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. April
Kretschmer, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. April
Lindner, Helga, geb. **Bode**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 4. April
Noetzel, Gerhard, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 29. März
Pohler, Ingeborg, geb. **Palloks**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 1. April
Schwede, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albrecht, Renate, geb. **Lojewski**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 30. März
Brähler, Hannelore, geb. **Galla**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 3. April
Crämer, Elfriede, geb. **Rogalla**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 31. März
Dröse, Traute, geb. **Kablitzky**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 30. März
Gera, Jürgen, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 30. März
Grohnmeier, Siegfried, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 31. März
Hesse, Waltraut, geb. **Schroeder**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 1. April
Kirsch, Hans, aus Koschainen, Kreis Mohrungen, am 29. März
Köhler, Inge, geb. **Masuwowski**, aus Lyck, am 29. März

Landmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

13. und 14. April: **Arbeitstagung der Deutschen Vereine** in Sensburg (gT)
 19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
 1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg
 22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Osterode
 20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
 7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
 1. November: **Arbeitstagung**

der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal (gT)
 2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderschaft e.V.** in Wuppertal (gT)
 2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)
Auskünfte bei der Landmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Lemhöfer, Inge, geb. **Konopka**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 1. April
Marczewska, Barbara, geb. **Senkbeil**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 3. April
Masuch, Anna, geb. **Dulisch**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 4. April
Michel, Hildegard, geb. **Hensellek**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 31. März
Müller, Christa, geb. **Reissberg**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 1. April
Nietz, Gerhard, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 31. März
Pliskat, Hedwig, geb. **Marzian**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 4. April
Schwarz, Gertrud, geb. **Mertins**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 1. April
Sobottka, Eckhard, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 1. April
Switalla, Bruno, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 31. März
Wolff, Christel, geb. **Reidenbach**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 30. März
Zels, Karin, geb. **Albrecht**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 3. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Halfern, Wolf-Rüdiger von, aus Zöpel, Kreis Mohrungen, am 29. März
John, Manfred, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 2. April

PAZ wirkt!

Zusendungen für die Ausgabe 15/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 15/2024 (Erstverkaufstag 12. April) **bis spätestens Dienstag, den 2. April**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE

PARTNER-REISEN
Grund-Touristik GmbH & Co. KG

09.06.–17.06.24
 Bürgerfahrt nach Ostpreußen – Sonderreise für die Kreisgemeinschaft Pr. Eylau und Partnerstadt und Landkreis Verden
 Reiseleitung: Evelyn von Borries

27.06.–07.07.24
 Bus- und Schiffsreise Pommern, südl. Ostpreußen, Memelland und Kurische Nehrung – mit Möglichkeit zu einem privaten Tagesausflug nach Tilsit und in die Elchniederung
 Reiseleitung: Hubert Geiger und Dieter Wenskat

21.05.–28.05. / 25.06.–02.07. / 16.07.–23.07. / 03.09.–10.09.24
 Schiffsreise nach Nidden
 Reisen in kleiner Gruppe mit abwechslungsreichem Ausflugsprogramm auf der Kurischen Nehrung und im Memelland

Everner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: Info@Partner-Reisen.com



Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Die Eisenbahn in Ostpreußen

Hof - Mit der Geschichte der Eisenbahn in Ostpreußen hatte sich Vorsitzender Christian Joachim beschäftigt. Er erinnert an die Ausstellung des Kulturzentrums Ellingen "Kleinbahnen in Ostpreußen", die vor einigen Jahren im Hofer Bürgerzentrum zu Gast war.

Zunächst spielten für die Infrastruktur in Ostpreußen Wasser-

wege eine bedeutende Rolle. Es gab entsprechende Kanäle und Schleusen. Die Flüsse Alle, Pregel, Memel und Weichsel wurden schiffbar gemacht. Der Oberlandkanal ermöglichte mit seinen Rollbergen das Überwinden von bis zu 99 m Höhenunterschied. Allerdings erreichte der Kanal nicht die ihm zugedachte Bedeutung, weil inzwischen leistungsfähige Eisenbahnlinien angelegt worden waren.

Ihren Anfang nahm die Eisenbahngeschichte in Ostpreußen um das Jahr 1840, als die Preußische Armee eine Eisenbahnverbindung bis zur russischen Grenze wünschte. Zur gleichen Zeit kam man zu der Erkenntnis, dass die Eisenbahn ein probates Mittel zur Er-

schließung der strukturschwachen Gebiete in Ostpreußen und Pommern sein könnte. Aber erst nach der Märzrevolution 1848/49 konnten die finanziellen Hürden überwunden werden. Im Dezember 1849 wurde ein Gesetzentwurf über den Bau der Ostbahn verabschiedet. Nun startete der Bau der Bahnstrecke, die eine 740 Kilometer lange Verbindung von Berlin über Königsberg bis Eydtkuhnen an der Grenze zum russischen Kaiserreich darstellt. Mit den parallel dazu gebauten Zweig- und Nebenlinien umfasste die Ostbahn 1880 ein Streckennetz von 2.210 Kilometern. Daneben gab es noch eine Vielzahl von Klein- und Privatbahnen. Diese boten ein vielfältiges Bild. Da gab es die Wö-

terkeim-Schuppenbeiler Kleinbahn mit 5 km Länge, aber auch die Insterburger Kleinbahn, die ein ca. 220 km langes Streckennetz umfasste. Große Bedeutung hatten diese Kleinbahnen am Ende des zweiten Weltkrieges, da sie vielen Deutschen die Flucht ermöglichten.

Und wie sieht es heute aus? Die Strecke Berlin - Königsberg - Eydtkuhnen verlor durch die neuen Grenzen ihre Funktion als Durchgangsstrecke. Aktuell wird diese Route von den Bahngesellschaften Deutschlands, Polens und Russlands in sechs Einzelstrecken geteilt. Nach Ende des Krieges war die Zeit der Klein- und Privatbahnen vorbei. Übrig blieben zerstörte Fahrzeuge, Gleisanlagen und Bauten in einem verwüsteten, nahezu menschenleeren Land. Die verbliebene Infrastruktur wurde übernommen, nach und nach wieder in Betrieb gesetzt, den aktuellen Bedürfnissen angepasst und den jeweiligen Staatsbahnen angegliedert. Im Memelgebiet und im sowjetischen Teil wurden Gleismaterial und noch nutzbare Fahrzeuge abtransportiert. Die Schwellen dienten der Bevölkerung als Brennmaterial. Christian Joachim schloss seinen Vortrag mit der Bemerkung, dass sich noch viele Geschichten von den liebevoll gehegten Kleinbahnen berichten ließen, von der „Kuschel“ auf der Frischen Nehrung, von Unfällen im täglichen Eisenbahnbetrieb oder von Dramen aus der Zeit der Flucht. Er schloss mit der Aufforderung an die Mitglieder und Besucher, sich im Anschluss über das Thema auszutauschen.

Die nächste Veranstaltung findet am 13. April, um 15 Uhr, zum

Thema „Agnes Miegel und Ostpreußen“ statt.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, Geschäftsstelle: Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Mitgliederversammlung

Bremen - Mittwoch, 3. April, 15 Uhr, Hotel Robben Grollander Krug: Mitgliederversammlung. Hierzu laden wir herzlich ein! Die Jahreshauptversammlung findet im Rahmen einer geselligen Kaffeetafel statt.

Im Anschluss an die Tagesordnung werden Erzählungen und Gedichte unseres früheren Mitgliedes, der Dorfschullehrerin und Autorin Eva Reimann (1924 bis 2005) vorgetragen. Zu ihrem 100. Geburtstag planen wir in diesem Jahr eine Buchveröffentlichung.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Stadtgemeinschaft Königsberg

Hamburg - Sonntag, den 7. April, 15 Uhr, (Einlass ab 14:30) „PHILOSOPHISCHES CAFE im HAUS der HEIMAT“, Teilfeld 8 (nahe U-Bahn Rödingsmarkt, S-Bahn Stadthaus-

brücke, Bus 16+17 Michaeliskirche). Jeden ersten Sonntag im Monat einen Einblick in IMMANUEL KANT's Leben, Werk, Heimatstadt sowie weitere Themen von Bedeutung erhalten Sie unterhaltsam und locker bei Kaffee & Kuchen unter Leitung von Gaby Schwarze. Gäste sind willkommen!



Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Gemeinsames Frühlingstreffen 2024 der LOW Hessen, der Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg und der Heimatgruppe der Insterburger Darmstadt

Darmstadt - Am 09. März sind 31 Mitglieder und Freunde unserer Einladung in das Bürgerhaus nach Darmstadt-Wixhausen gefolgt. Man war erfreut sich in so großer Runde unterhalten und austauschen zu können.

Die österliche Dekoration fand großen Beifall. Das wie immer sehr aufmerksame Service Team des Bürgerhauses hatte sehr schnell für unser leibliches Wohl gesorgt.

Nach kurzen Grußworten von Jürgen Pantel, dem Vorsitzenden der Heimatgruppe der Insterburger, und den Grußworten von Gerhard Schröder, Leiter der LOW Kreisgruppe Darmstadt /Dieburg wurden Frühlingsgedichte aus dem

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Ostpreußisch gut advertisement for a polo shirt. Text: Poloshirt mit aufgestickter Elchschaufel aus 100% Baumwolle, in den Größen L und XL, für 30,- Euro, zuzüglich 3,- Euro Porto und Verpackung. Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. Je 30,- Euro zzgl. Porto und Verpackung.

Rätsel

Crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small grid at the bottom left with the text 'So ist's richtig:'.

Schüttelrätsel

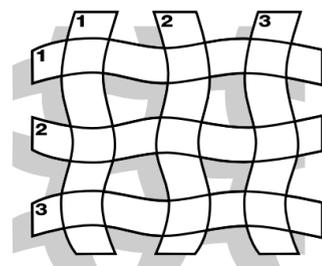
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Shuffle puzzle grid with letters in various orientations.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für ein bemaltes Hühnerprodukt.

Word puzzle grid with words in the corners and a central empty space.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 kräftig auftreten
2 kleines Cembalo
3 siebenstimmiges Musikstück

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Landsmannschaft Ostpreußen - Arbeitstagung der Kreisvertreter



Die Teilnehmer der Arbeitstagung in Helmstedt Die zahlreichen Teilnehmer haben ein produktives Wochenende hinter sich
Foto: Wolfgang Malessa

Am 16. und 17. März trafen sich die Kreisvertreter der Landsmannschaft Ostpreußen unter der Leitung von Frau Brigitte Stramm, Mitglied des LO-Bundesvorstandes und Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Labiau, in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt zu ihrem jährlichen Erfahrungsaustausch. Die Kreisgemeinschaften sind eingetragene oder nicht-eingetragene Vereine und korporative Mitglie-

der der Landsmannschaft Ostpreußen.

Einen Schwerpunkt der Tagung bildeten Diskussionen über die Situation und die Zukunftsperspektiven. Unter anderem wurden mögliche Kooperationen und Fusionen, persönliche Mitgliedschaften, Schulungen für Führungskräfte, Familienforschung und Wege zur Verschlingung der Vereinsstrukturen diskutiert. Die

aktuellen Entwicklungen im Datenschutz sowie die Vorhaben und Veranstaltungen der LO und der Kreisgemeinschaften waren weitere wichtige Themen der Tagung. Daneben wurde die aktuelle Lage im Königsberger Gebiet ausführlich diskutiert.

Der Besuch der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn am Sonntag rundete die gelungene Veranstaltung ab.

Ahnenforschung, Herr Dr. Kristian Hahn aus Bensheim berichtete über seine Arbeit in der Ahnenforschung. Er hat Wege von seiner Familie bis ins 15. Jahrhundert verfolgt und anhand von Aufzeichnungen belegen können.

Seine Recherchen reichen auch weit bis ins Ausland. So konnte er in der Ahnenreihe Nachkommen seiner Familie in Spanien finden.

Seine Ausführungen wurden mit großem Interesse gefolgt.

Mit guten Wünschen für ein schönes Osterfest und dem Hinweis auf die 70. Jahrfest der Heimatgruppe der Insterburger am 11. Mai verabschiedete man sich in der Hoffnung, dass alle wohlbehalten nach Hause kommen und wir uns zu diesem Treffen wiedersehen.

Christian Keller

Afghanistan-Vortrag

Kassel - Donnerstag, 4. April, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen zum Thema: „Afghanistan - alles umsonst?“ Eine Einschätzung von Oberst a.D. Hans Werner Patzki. Anschließend findet der Stammtisch der Salzburger Gruppe statt.

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Tel.: (05901) 2968

Oldenburg - Mittwoch, 10. April, 15 Uhr, Stadthotel: Immanuel Kant, ein biografisches Porträt. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Pressemitteilung

Chemnitz - Am Sonnabend, den 13. April findet zum Gedenken an den 300. Geburtstag von Immanuel Kant mit Herrn Hans-Jörg Froese im Pfarrhaussaal der St. Matthäus Kirche, Zinsendorfer Straße 14, 09116 Chemnitz von 10 - 12 Uhr statt. Sie sind herzlich eingeladen.

Ostpreußische Bräuche

Dresden - Mittwoch, 10. April, 13 Uhr, Großenhainer Straße 96: traditionelle Osterbräuche in Ostpreußen.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Monatstreffen der Landsmannschaft

Burg / Fehmarn - Am Dienstag, den 9. April, hält Jochen Gawehns aus Heiligenhafen einen interessanten Vortrag über das Leben und Wirken des deutschen Philosophen Immanuel Kants, der am 22. April 1724 in Königsberg / Pr. geboren wurde und sich sein Geburtstag in diesem Jahr zum 300. Mal jährt. Beginn der Veranstaltung 15 Uhr im „Haus im Stadtpark“ in Burg. Gäste sind wie immer herzlich eingeladen.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg - Mittwoch, 10. April, 15 Uhr, TSB-Heim, Eckener Straße: Kaffeetafel mit Erlebnisbericht unserer Mitglieder Ingrid und Dr. Hans Jacobsen „Mit dem Fahrrad am Rhein“. Anmeldung bitte bis Mittwoch, 3. April bei Frau Kunde unter Telefon (0461) 91170, per E-Mail: rehekunde@aol.com oder bei Herrn Legies unter Telefon (0461) 32006, per E-Mail: hans.legies@t-online.de.

Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“

Letzte **Handarbeits-Ausstellung** der Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“, Sonnabend, 6. April von 11 bis 17 Uhr und Sonntag, 7. April von 11 bis 15 Uhr; anschließend Konzert, Kiel, Gemeindehaus Vicelin, Harnsstraße/Paul-Fleming-Straße 2.

Mit dieser Ausstellung verabschiedet sich die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ nach 31-jähriger Tätigkeit von ihrem an Handarbeit interessierten Publikum in Kiel. Ein letztes Mal werden die wertvollen Handarbeiten aus Ostpreußen in frühlinghaftem Gewande präsentiert. Frischen Wind bringen alte und neue Arbeiten aus der Ukraine in die Ausstellung. Sie werden von Katharina Kharytych, Eckernförde, beigetragen, die die Ausstellung auch persönlich betreut. Zum Ausklang lädt die Arbeitsgemeinschaft zu einem Frühlingskonzert am Sonntag-nachmittag ein. Kaffee und Torte werden angeboten.
Ulrike Madeya

Fortsetzung von Seite 15

Kreise der Mitglieder und Gästen vorgetragen.

Auch Renate Buslaps begrüßte die Tischrunde des Teilnehmerkreises.

Ein beherrschendes Thema war der 300. Geburtstag Immanuel Kants, zu dem Renate Buslaps umfangreiches Informationsmaterial

für alle mitgebracht hatte, u.a. auch die Sonderveröffentlichung der PAZ vom 26. Januar.

Gerhard Schröder und Hannelore Neumann berichteten vom dem Besuch der Ausstellung zum 300. Geburtstag von Immanuel Kant in Bonn.

Beide waren begeistert über die Informationen, die man bei diesem Besuch der Ausstellung erhalten konnte. Hannelore Neumann war

überrascht, dass so viele Jugendgruppen diese Kant-Ausstellung besuchten und Interesse zeigten.

Auch wurde weiterhin mit Gedichten der Zuhörerkreis erfreut.

Nachdem die Kaffee-Kuchen Runde sich genussvoll dem Ende näherte, konnten wir noch einem interessanten Beitrag unsere Aufmerksamkeit widmen.

Ein Wegbegleiter von Herrn Fritz Loseries in der Ostpreußen-

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften


Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundsziens, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195,
GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Ostpreußenfahrt im Sommer
Die Reise über Pommern nach Ostpreußen mit Bus und Schiff

findet von Donnerstag, 27. Juni, bis Sonntag, 7. Juli, statt.

Ab Lehrte geht es nach Potsdam, Führung durch Schloss Sanssouci, Stettin mit Stadtführung, auf Bismarcks Spuren in Pommern – Schloss Varzin, Villa Red – nach Leba, weiter auf die Halbinsel Hela und Danzig, nach Gdingen, mit Besichtigung der Dreistadt Gdingen-Zoppot-Danzig, Stadtführung und Übernachtung in Elbing. Am vierten Tag dominieren preußische Schlösser den Reisetag: Ruine des Dohna-

Schlusses Schlobitten, Finckenstein und Januschau, weiter zum Oberländischen Kanal, Osterode mit einem gemütlichen Kaffeetrinken bei der „Deutschen Gesellschaft Tannen“. Weiter geht die Fahrt nach Allenstein, neben der Stadtführung wird der Besuch in der Stiftung Prussia ein besonderer Höhepunkt dieses Tages sein. Anschließend geht es weiter nach Eichmedien, Zondern und Lötzen. Bei der Stadtführung hat man einen besonders schönen Ausblick vom renovier-

ten und per Lift zugänglich gemachten Lötzener Wasserturm. Von Nikolaiken geht es per Schiff nach Niedersee am Rande der Johannishurger Heide. In Eckertsdorf besichtigen wir das Philliponenkloster und auf der Kruttinna werden wir zu einer romantischen Bootsfahrt erwartet. Am Abend wollen wir in Lötzen noch die Feste Boyen näher erkunden. Weiter geht es nach Tauroggen, auf den Rambynas mit einem Blick hinüber nach Ragnit und Tilsit. Unser Übernachtungsort wird Heydekrug sein. Der achte Tag steht zur freien Verfügung. Für alle, die daran interessiert sind, wird die Reiseleitung einen fakultativen Tagesausflug zu Fuß über die Luisenbrücke nach Tilsit und in die Elchniederung vorschlagen. Für alle anderen besteht die Möglichkeit, den Tag individuell zu gestalten oder an einem Ausflug in das Memeldelta mit der Rus-Insel teilzunehmen. Am nächsten Tag geht es mit dem Schiff durch das Memeldelta und vorbei am Windenburger Eck über das Kurische Haff nach Nidden. Nach einer Fahrt per Bus auf die Hohe Düne bleibt der Nachmittag in Nidden zur freien Verfügung. Weiter geht es nach Nidden mit Besuch des Thomas-Mann-Hauses, des alten Friedhofs und der evangelischen Kirche, nach Memel mit Stadtrundfahrt, zum Badeort Polangen mit einer Führung durch das sehr sehenswerte Bernsteinmuseum. Am letzten Tag geht es in Außen-

kabinen auf der Fähre nach Kiel und mit dem Bus weiter mit Ausstiegsmöglichkeiten am Hauptbahnhof in Kiel, am Hauptbahnhof in Hamburg zurück nach Lehrte. Informationen zur Reise und die genaue Reisebeschreibung kann erfragt werden bei Dieter Wenskat, Telefon (04121) 85501 oder Hubert Geiger, Telefon (07462) 565.


Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Albertstraße 11, 93047 Regensburg.
Patenschaftsbüro: Stadtverwaltung, Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151

Hamburg - Sonntag, den 7. April, 15 Uhr, (Einlass ab 14:30) „PHILOSOPHISCHES CAFE“ im HAUS der HEIMAT, Teilfeld 8 (nahe U-Bahn Rödingsmarkt, S-Bahn Stadthausbrücke, Bus 16+17 Michaeliskirche). Jeden ersten Sonntag im Monat einen Einblick in IMMANUEL KANT's Leben, Werk, Heimatstadt sowie weitere Themen von Bedeutung erhalten Sie unterhaltsam und locker bei Kaffee & Kuchen unter Leitung von Gaby Schwarze. Gäste sind willkommen!

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de


Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.
Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Treffen in Rastenburg

Rastenburg – Mittwoch, 1., Tag der Arbeit, bis Donnerstag, 9. Mai, Christi Himmelfahrt: gemeinsame Busfahrt nach Rastenburg. Als Ausgangs- und Endpunkte der Fahrt sind Magdeburg und Berlin geplant. Wer Interesse daran hat, sollte sich umgehend bei Rita Kalmbach unter Telefon (039245) 2828 oder per E-Mail: er-kalmbach@t-online.de melden.

Bei einer privaten Anreise per Auto, Eisenbahn oder Flugzeug und Leihwagen, vor Ort können gemeinsame Unternehmungen verabredet werden, bitte individuell die Zimmer und den Zeitraum innerhalb des Zeitfensters vom 1. bis 12. Mai im Hotel Koch buchen. Hotel Koch, ul. Sportowa 1, PL-11-400 Kętrzyn, E-Mail: koch-sportowa@wp.pl, Telefon (0048 89) 7511093.

Hauptkreistreffen

Wesel – Wochenende, 10. und 11. August, Bürger-Schützen-Haus: 68. Rastenburg Hauptkreistreffen.

Danzig-Masuren-Fahrt

Für die **Studienreise nach Danzig-Masuren, 28. September bis 5. Oktober**, sind noch Plätze frei.

Louis-Ferdinand Schwarz, fährt seit 1990 ins nördliche und unternimmt in diesem Jahr eine Studienreise ins südliche Ostpreußen: Danzig, Masuren in einem modernen Reisebus mit erfahrenem Fahrer und qualifizierter Reiseleitung.

Die Studienreise führt zu den kulturellen Sehenswürdigkeiten der Region, beginnt in Bielefeld mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Autobahn A 2 Hannover bis Berlin und führt zunächst nach Posen, weiter über Marienburg mit der berühmten Burgan-

lage des Deutschen Ritterordens nach Danzig.

Der dritte Reisetag gilt Danzig, der alten Hansestadt an der Ostsee. Die Stadtführung zeigt die Sehenswürdigkeiten Grünes Tor, Neptunbrunnen, Artushof, Krantor und die Marienkirche, eines der größten Gotteshäuser der deutschen Backsteingotik.

Höhepunkt des vierten Tags ist die Fahrt auf dem Oberländischen Kanal, einem technischen Wunderwerk des 19. Jahrhunderts, auf dem Schiffe über Hügel gezogen werden. Nach Besichtigung von Allenstein und Empfang im Deutschen Haus durch Vertreter der deutschen Minderheit geht es weiter nach

Sensburg in Masuren, wo die nächsten drei Nächte die Hotelunterkunft ist. Von dort aus sind die Ziele: Steinort mit dem Schloss der Familie von Lehn-dorff, Lötzen, Nikolaiken, die Masurenische Seenplatte mit einer Schifffahrt und die Johannishurger Heide. Am siebten Tag führt die Rückreise nach Bromberg, am achten Tag von dort zurück nach Bielefeld. Der Ausstieg ist wie auf der Hinreise möglich.

Anmeldungen bitte bis spätestens Mittwoch, 10. April, an den Reiseleiter Louis-Ferdinand Schwarz, Südstraße 6 a, 49201 Dissen, Telefon (05421) n1325, E-Mail: l-f.schwarz@web.de

ANZEIGE

Sonnabend, 1. Juni 2024
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen



der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

ANZEIGEN

Der richtige Weg,
anderen vom
Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu geben,
ist eine
Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de



Treu bis in den Tod

Am 6. März 2024 ist Herr

Fritz Folger

geb. am 28. Februar 1936 in Elbing

nach kurzer schwerer Krankheit fern seiner geliebten Heimat von uns gegangen.

Herr Folger hat als Vorsitzender der Bezirksgruppe Braunschweig der Landsmannschaft Ostpreußen und als Stellvertretender Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft Ostpreußen über viele Jahrzehnte mit großem Engagement und Liebe vorbildlich und aufopferungsvoll seiner Heimat und seinen Schicksalsgefährten gedient.

Sein Einsatz ist uns Verpflichtung.

Er wird uns unvergessen bleiben.

Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Niedersachsen e.V.

Dr. Barbara Loeffke

Hagen Mörig, Helmut Papke, Otto v. Below, Hilde Pottschieen



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Fritz Folger

* 28. Februar 1936
in Elbing

† 6. März 2024
in Braunschweig

Der Verstorbene war langjähriger Vorsitzender der Bezirksgruppe Braunschweig der LO, stellvertretender Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen und Mitglied der Ostpreußischen Landesvertretung.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Fritz Folger im Jahre 2016 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister



HERTA HEUWER

Die „Erfinderin“ der Currywurst

Paprika, Chili, Pfeffer – Beim Herumexperimentieren entwickelte die gebürtige Königsbergerin ein Erfolgsrezept

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 4. September 1949 kam es zu einem Ereignis, das die Esskultur in Deutschland nachhaltig veränderte. Weil der Tag regnerisch war, verirrte sich kaum Laufkundschaft an den Imbissstand von Herta Heuwer an der Kantstraße/Ecke Kaiser-Friedrich-Straße in Berlin-Charlottenburg. Also begann die Schnellgastronomin, mit neuen Rezepturen zu experimentieren. So mischte sie unter anderem Tomatenmark mit geriebenem Paprika, Chili und Pfeffer sowie dem bis dahin hierzulande kaum bekannten indischen Gewürzpulver Curry und gab das Ganze dann über eine kleingeschnittene Bratwurst aus der Schlachtereier von Max Brückner in Berlin-Spandau. Damit kreierte Heuwer ihre erste „Spezial Curry-Bratwurst“, die sich späterhin zum Lieblings-Snack der Deutschen entwickeln sollte und der Hauptbestandteil von „Menüs“ ist, die fantasievolle Namen wie „Assi-Teller“, „Bottroper Schlemmerplatte“ oder „Bratwurst-Carpaccio“ tragen.

Die Erfinderin der 400-Kalorien-Köstlichkeit kam am 30. Juni 1913 als sechstes Kind des Bauunternehmers und Zimmermanns Hermann Pöppel und dessen Ehefrau Minna in Königsberg zur Welt. 1924 übersiedelte die Familie nach Berlin, wo Herta von 1929 bis 1932 eine kaufmännische Ausbildung absolvierte. Danach erlernte sie außerdem noch das Schneiderhandwerk und nahm an Haushalts- und Kochkursen teil. 1935 folgte die Heirat mit dem bei Siemens & Halske angestellten Feinmechaniker Kurt Emil Heuwer.

Im Jahr darauf begann Herta Heuwer, im Kaufhaus des Westens in Berlin-Schöneberg als Verkäuferin zu arbeiten. Nach Kriegsende war sie Trümmerfrau und engagierte sich bei der Berliner Küchenhilfe. Ab Anfang 1949 zog Heuwer dann mit einem Bauchladen durch die Stadt und ver-



Hommage an Herta Heuwer und ihre legendäre Sauce: Deutsches Currywurst Museum Berlin

kaufte Buletten, bis sie im August des Jahres gemeinsam mit ihrem Mann und ihrem Schwager für 35 D-Mark den Imbissstand erwarb, in dem ihr kurz darauf die Erfindung der Currywurst gelang.

Streit über die wahre Urheberschaft

Dass die gebürtige Königsbergerin eine durchaus gewiefte Geschäftsfrau gewesen sein muss, zeigt sich darin, dass sie nicht versäumte, „Chillup“ als Bezeichnung für ihre „Spezial-Soße“ unter der Nummer 721319 als geschütztes Warenzeichen in die Zeichenrolle des Deutschen Patentamts eintragen zu lassen. Trotzdem entbrannte in den letzten Jahrzehnten perio-

disch Streit über die wahre Urheberschaft der Currywurst-Rezeptur.

So hieß es des öfteren, eine gewisse Lena Brückner aus Hamburg soll Heuwer um zwei Jahre zuvorgekommen sein, als sie versehentlich Curry und Ketchup miteinander vermengte.

Allerdings ist das eine vollkommene Fiktion, welche der Schriftsteller

Uwe Timm ersann. Desgleichen stammt die Currywurst auch nicht aus dem Ruhrgebiet, obwohl sie dort quasi zum Natio-



nalgericht avancierte. Und „Konopke's Imbiß“ im Ost-Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg, der ab 1930 bestand und ab 1960 ebenfalls legendär gewordene Currywurst servierte, kam sowieso viel zu spät.

Das gilt ebenso für Olaf Böhme, den Ehemann von Herta Heuwers Nichte und Ziehtochter Brigitte, der sich am 30. Dezember 2002 eine eigene „Spezialsoße für Würste, insbesondere Currywürste“ patentieren ließ – und zwar für die Schweiz, Österreich, die Bundesrepublik und Liechtenstein. Die Geschäfte der Erfinderin der Currywurst liefen nach dem September 1949 immer besser. Da-

her konnte Heuwer bald mehrere weitere Imbissstände in Berlin eröffnen. Dazu kam eine Imbisshalle mit bis zu 19 Verkäuferinnen. Allerdings wurde sie damit nie reich.

Nach Jahrzehnten der Arbeit ging Heuwer schließlich am 30. Juni 1976 in den verdienten Ruhestand. Zwei Jahre später vernichtete sie sämtliche schriftlichen Aufzeichnungen über die Originalrezeptur der Spezial-Soße „Chillup“, was wohl daraus resultierte, dass sie ständig von großen Lebensmittelunternehmen bedrängt wurde, die Rechte an ihrer Erfindung zu verkaufen. Letztlich nahm Heuwer das Geheimnis um die genaue Zusammensetzung von „Chillup“ mit ins Grab, nachdem sie am 3. Juli 1999 in Berlin gestorben war, weil nicht einmal ihr eigener Ehemann über Details der Mischung Bescheid wusste.

„Kraftriegel des Facharbeiters“

Heute werden in Deutschland pro Jahr um die 800 Millionen Currywürste verspeist, davon etwa 63 Millionen allein in Berlin. Würde man all diese Würste aneinander legen, ergäbe das eine Kette von rund 120.000 Kilometern Länge, also ziemlich genau dem Dreifachen des Erdumfangs am Äquator. Die Currywurst avancierte zwischendurch sogar zum Politikum. Als der Volkswagen-Konzern 2021 beschloss, in der Kantine des Wolfsburger Vorstandsgebäudes keine Currywurst mehr anzubieten, ging ein Aufschrei durchs Land und Altbundeskanzler Gerhard Schröder setzte sich für den „Kraftriegel des Facharbeiters“ ein. Deshalb gab VW schließlich nach. Allerdings wird es wohl nicht allzulange dauern, bis der nächste Großangriff auf die von Heuwer erfundene Spezialität erfolgt. Schließlich hat die Deutsche Gesellschaft für Ernährung den Bundesbürgern eben gerade nahegelegt, dem Klima und der Gesundheit zuliebe weitestgehend auf Fleisch und Wurst zu verzichten.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Zugehörigkeit zu einem bedrängten Volkstum verbindet

Erinnerungen an Daheim – Ostertraditionen wurden nach 1945 in beide Richtungen adaptiert

Schlesien östlich der Neisse ist ein kultureller Schmelztiegel. Nach 1945 kamen Menschen aus Zentralpolen und dem sogenannten Ostpolen und so auch aus den Karpaten in das durch die Vertreibung der Deutschen fast menschenleere Land. Sie brachten ihre Bräuche mit. In den als „wiedergewonne Gebieten“ bezeichneten Regionen lehnten sie anfänglich alles ab, was die Deutschen hinterließen. Die wenigen Einheimischen, die nicht vertrieben wurden, durften ihre Bräuche nicht mehr offiziell ausleben. Lediglich in Oberschlesien, wo auf dem Lande die Einheimischen in der Mehrheit waren, überdauerten alte Bräuche.

Mit der politischen Wende wurde Manches übernommen. So legt der Osterhase die Ostereier auch in polnische Nester, während man umgekehrt in manchen alteingesessenen Familien am Ostersonnabend mit gefüllten Körbchen zur Lebensmittelweihe in die Kirche geht. Eines haben Deutsche und Polen ohnehin gemeinsam: das bunt geschmückte Osterei.

Am Sonnabend vor Palmsonntag werden Volkskünstler aus Nieder- und Oberschlesien ins Ethnographische Museum zu Breslau eingeladen. Dort bringen sie ihre Meisterwerke an den Mann. Auch dieses Jahr wurden an mehreren Ständen schlesische Ostereier in der Kratztechnik

präsentiert. Diese werden hauptsächlich in Oberschlesien hergestellt. „Je feiner und zarter das geritzte Muster, desto schöner das Ei. In den 60er Jahren hat man die Ostereiermuster auch in Porzellan geritzt“, sagt Porzellanmalerin Alina Wypchło aus Fürsten-Ellguth [Ligota Książęca] bei Namslau [Namysłów]. Es sei ein gutes Beispiel einer gelungenen Adaption historischer, schlesischer Bräuche in die neue polnische Tradition, sagt sie.

Deutschen und Polen gemeinsam: das bunt geschmückte Osterei

Domicela Rybacka präsentiert polnische Ostereier in Wachstechnik. Weil ihr aus der Nähe von Konin in Großpolen stammender Vater Milizionär war, musste ihre Familie alle zwei Jahre umziehen. Die einzige Konstante in ihrem „Nomadenleben“ war für sie das Ostereierverzieren. „Mit sechs Jahren habe ich zusammen mit meiner Mama, die von jenseits des Bugs stammte, mein erstes Ei verziert. Meine Technik ist einfach, aber es ist meine Leidenschaft, die ich so lange ausüben möchte, so lang mein Augenlicht ausreicht“. Die 76-Jährige träumt davon, ihre Sammlung einer Schule oder einem Kulturhaus spenden zu können, „damit das alles nach meinem Tode nicht im Container landet“.

Halina Jakubowska arbeitet ebenfalls in Batikwachstechnik. Sie ist in Münsterberg in Schlesien geboren und kam durch die Heirat nach Tillowitz [Tułowice], wo sie die Kunst des ostpolnischen Ostereierschmückens von ihrer Nachbarin lernte. Diese kam aus Wolhynien nach Schlesien. „Ein Osterei war für uns wie eine Osterkarte, man verschenkte es als Gastgeschenk oder an liebe Menschen. Kinder bekamen ein grünes Ei, weil man so viel Hoffnung in Kinder setzt. Ein blaues be-

kamen flatterhafte Jungen und Mädchen, die es mit der Treue nicht so ernst meinten, ein schwarzes war für ehrwürdige Menschen, Amtsträger bestimmt“, erzählt sie. „Aber nur eines war rot, und das ging an den Auserwählten“, berichtet Jakubowska. Wenn ein Mädchen einem Jungen eine Abfuhr erteilte, steckte sie ihm ein rohes Ei in die Hosentasche und klatschte drauf. „Ein Ei hast du, mich aber nicht!“, so die Tillowitzerin. Ihre Schwiegermutter nahm nach dem Osterfrüh-

stück die Schalen der am Ostersonnabend geweihten Eier und verstreute sie im Garten, damit die Ernte gut wurde, erinnert sie sich.

Eierschalen für die gute Ernte

„Meine Eltern hatten nur eine Stunde Zeit um zu packen. Dann mussten sie ihre geliebte Heimat verlassen“, sagt die Lemkin Maria Kieleczawa. Ihre Eltern kamen durch die sogenannte Aktion Weichsel nach Schlesien – hierbei handelte es sich um eine poleninterne Zwangsumsiedlung, bei der 1947 ethnische Ukrainer, Bojken und Lemken aus dem Südosten der Volksrepublik ihrer Heimat beraubt wurden. Sie alle galten als potentielle aufständische Ukrainer. Sie sollten weit abseits der Ukraine sich nicht mit Ukrainern verbünden können, wo sie als „Ruthenen“, quasi als Ukrainer, betrachtet wurden.

„Sie haben ihre Traditionen mitgebracht. Ich trage heute eine 100-jährige Tracht meiner Großmutter“, sagt Kieleczawa stolz. Die Traditionen der Lemken hat sie in einem Buch zusammengefasst. Kieleczawa lebt in Breslau, zu ihr kommen viele, die ihre Heimat verloren haben. Deutsche, die wie wir alles da lassen mussten, und Ukrainer, die sich über meine Arbeit freuen, denn diese erinnert sie an ihr Daheim.“ *Chris W. Wagner*



Sie trägt die Tracht ihrer Großmutter mit Stolz: Die Volkskünstlerin Maria Kieleczawa



Schmackostern, Osterwölfe, Stiepen

Pommersche Osterbräuche werden in vielen Familien wieder lebendig

VON TORSTEN SEEGERT

Über das Osterfest in Pommern ist schon einiges geschrieben worden. Doch gefeiert wurde es überall ähnlich – manchmal aber auch etwas anders. So erzählte mir schon meine Großmutter in meiner Kindheit, dass mein Urgroßvater in aller Frühe aufstand, um sich sein Osterwasser vor Sonnenaufgang vom Bauergraben zu holen.

In Hackenwalde bei Gollnow, wo die Familie über Jahrhunderte ansässig war, blieb das nicht lange verborgen. Und so kam es, dass die Dorfjugend ihm „auflauerte“, um ihn, als er auf dem Weg war, ein „Guten Morgen!“ entgegenzuschmettern.

Natürlich grüßte er zurück, doch dann war ihm klar, dass aus dem „Osterwasser“ ein „Schlatterwasser“ geworden war, das keine Heilkraft mehr hatte. Man durfte nämlich schon von Mitternacht an nicht mehr sprechen und sollte es „gegen den Strom“ schöpfen. Auf nüchternen Magen ein Glas klares Osterwasser getrunken, dazu gab es den Osterapfel, so war es Tradition. In Flaschen abgefüllt wurde das Osterwasser oft noch wochenlang für Heilzwecke aufbewahrt.

Osterwasser und Schmackostern

Einige dieser Bräuche kamen als Gewohnheiten natürlich auch mit auf die Flucht und wurden so auch noch auf der Insel Rügen weiter praktiziert. So kam es natürlich auch zum „Osterstiepen“. Noch vor Ostern wurden Birkenzweige geschnitten und in der warmen Stube zum Treiben gebracht. Dann am Ostermorgen mit einer bunten Schleife zusammengebunden und damit die Langschläfer aus den Betten geholt. „Stiep, Stiep, Osterei, gibst Du mir kein Osterei, hau ich Dir das Hemd entgegen!“ So klang es noch lange Zeit in den Ohren. Am Ostermorgen liefen die hübsch herausgeputzten Kleinen durch die Städtchen und Dörfer, in der Hand die grünen Stiepruten und Osterblumen, um bei Onkel und Tante oder Großeltern den Stiepbesuch zu machen und die Ostereier in Empfang zu nehmen.

In Hinterpommern zelebrierte man auch das „Schmackostern“, das übrigens



Nette Osterhasen grüßen bei Groß Stresow auf Rügen

Fotos (2): Seegert

auch in Ostpreußen beliebt war. Mit dem Spruch: „Schmackoster, Schmackoster, gib mir Eier und Speck, sonst geh' ich nicht weg!“ wurden Gaben eingefordert, die auch gerne gegeben wurden.

Osterwolf – Traditionelles Gebäck

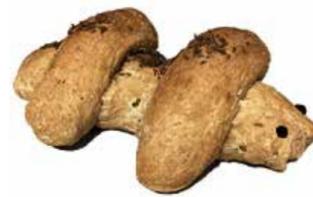
Doch mit Ostern verband sich noch eine weitere Besonderheit: der „Osterwolf“. Dabei handelt es sich um ein Ostergebäck, welches zum Fest unter anderem in den Hansestädten Greifswald und Stralsund populär war. Am Gründonnerstag und Karsamstag wurde es aus einem Bröt-

chenteig hergestellt und erinnerte mit seinem Mittelstück sowie den zwei Querstücken und zwei Rosinen an einen Wolf mit Augen.

Diese Ostertradition ist erstmals 1451 erwähnt worden, und es gab auch hier eine klare Regel: „to Paschen enen Wulff“ – damit erhielt ein Greifswalder Ratszollbeamter also vom Bäcker einen „Wolf“. Allerdings wusste der pommersche Volkskundler Alfred Haas auch zu berichten, dass das Abbacken der Osterwölfe sich nicht auf das Bäckerhandwerk beschränkte. Auch in den Familien wurden Oster-

wölfe gebacken. Diese „Wölfe“ wurden, wie wir heute aus alten Unterlagen wissen, zudem ebenfalls zum Neujahr als sogenannte „Neujahrswölfe“ in den Backöfen geschoben.

Auch kann heute davon ausgegangen werden, dass – im Gegensatz zum „Osterwasser“ oder „Stiepen“, was ja auch in anderen deutschen Landen als Tradition gepflegt wurde – das Abbacken oder Stif-



Der pommersche Osterwolf

ten eines „Osterwolfes“ durch die Bäckerzunft ausschließlich ein pommersches Brauchtum war. Vielleicht ein guter Grund für pommersche Bäcker mal ernsthaft über eine Neuauflage nachzudenken.

Eiertrudeln

Und da nun schon so viel über pommersche Ostern und dem damit verbundenen Ritualen zu lesen war, soll am Ende auch das Ei nicht zu kurz kommen. Denn natürlich gab es in Pommern das Eiertrudeln. Ob es hier nun ursprünglich ist oder nicht – es wird auch darüber gerne gestritten. Denjenigen, die es noch als Spaß praktizieren und die hartgekochten Eier einen Hügel hinuntertrudeln lassen, ist das allerdings wahrscheinlich egal.

Dabei gab und gibt es die unterschiedlichsten Regeln. Zum Beispiel: Wer kommt mit seinem Ei am weitesten und wird dabei nicht von den Eiern anderer Mitspieler „angeschlagen“? Fragen Sie am besten ihre Kinder oder Enkel. Entweder sie kennen die Regeln oder denken sich welche aus. Wichtig ist auch hier der Spaß an der Sache. Und vielleicht schreiben sie uns ja mal, wie sie an diesem Osterfest zu ihrem Ei gekommen sind – ob sie „gestiebt“ oder „getrudelt“ haben.

Frohe Ostern!

LEGENDE

„Wunderstadt“ aus der Tiefe des Meeres

Taucht vielleicht zu Ostern auf – Deshalb möchte ich das sagenumwobene Vineta wiedersehen

Ostermorgen haben etwas Magisches. Frühaufsteher wissen das. Denn wenn sich noch die ersten in ihren Betten drehen, schreitet man schon voller Elan an das Ufer der Ostsee und lässt seinen Blick über das Wasser schweifen.

Natürlich lässt sich immer schwer sagen, warum bisweilen das Wasser an diesen Tagen zu glitzern beginnt. Die einen sagen, die Heringe würden es dazu bringen, die anderen aber meinen, dass es sich dabei um einen Vorboten für etwas anderes handeln würde: Das Aufsteigen Vine-tas vom tiefen, dunklen Meeresgrund.

Und in der Tat! Wer einmal sah, wie diese Stadt aus der Ostsee aufstieg, wird es wohl nie vergessen, die Türme, die Mauern! Wie sollte man auch? Prachtstraßen mit Häusern, eines prunkvoller gebaut als das nächste, mit Fenstern aus buntem Glas und schönen Säulen aus weißem Marmor, reich verzierten Giebeln und vergoldeten Ziegeln, die das Licht der aufgehenden Sonne reflektieren.

Auf dem Markt der Stadt ist ein buntes Getümmel, Kaufleute bieten reichlich ihre Waren an. Sie kommen aus aller Herren

Länder. Und auch der Duft, der sich auf dem Platz ausbreitet, war von Zimt, Ingwer und Nelken bestimmt. Wer konnte da

nur widerstehen? Doch ist es alles nur ein Traum?

Da klingelte mein Wecker. Ich drehte mich, und neben mir sah ich ein altes Buch über Vineta, welches mit den Worten einleitete: „Aus des Meeres tiefem Grunde klingen Abendglocken dumpf und matt, uns zu geben wunderbare Kunde von der schönen alten Wunderstadt.“

Ich war über dem Buch eingeschlafen. Zum Glück! Denn Ostern stand noch vor der Tür. Und wenn ich in diesem Jahr zu Ostern früh an den Strand der Ostsee gehe, werde ich daran denken, etwas Geld einzustecken. Denn die Legende der untergegangenen Stadt besagt, dass sie an diesen Tagen wieder aus dem Wasser aufsteigt. Wer dann Geld dabei hat und damit die Waren der Kaufleute bezahlen kann, erlöst die ganze Stadt von ihrem Fluch, und sie wird an der Wasseroberfläche bleiben. Und wenn es nicht in diesem Jahr gelingt, dann vielleicht im nächsten.

Oliver Henneke



Nur ein Traum: Vineta steigt aus der Tiefe der Ostsee herauf

Foto: Henneke

MELDUNGEN

Osterfeuer, Vineta und Andachten

Stettin – Die Ostermärkte haben in Hinterpommern bereits am vergangenen Wochenende stattgefunden. Veranstaltet wurden sie unter anderem in den Städten Köslin, Stolp und Bütow. So war in Bütow beispielsweise kaschubische Volkskunst und Kunsthandwerk zu bewundern. **TS**

Zinnowitz – Auf der Strandbühne erzählen etwa 50 Schauspieler, Eleven der Theaterakademie Vorpommern und Laien am Ostersonntag um 11.30 Uhr am Strandabgang K, nahe der Seebrücke, die Geschichte der untergegangenen Stadt Vineta. Der Eintritt zur Osteraufführung ist frei. **TS**

Stralsund – Die Osterfeuer werden auf dem pommerschen Festland und den Inseln am Ostersonnabend entfacht: Sie brennen in Altenpleen (15 Uhr), Barth und Stralsund (16 Uhr), Ahlbeck, Demmin, Eggesin, Pasewalk, Hiddensee, Sassnitz (17 Uhr), Binz und Greifswald (19 Uhr). **TS**

Greifswald – In den 139 Kirchengemeinden des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises wird zu Gottesdiensten, Andachten, Osterfeuern und Eiersuchen eingeladen. An Gründonnerstag, Karfreitag und Ostern wird an den Tod und die Auferstehung Jesu Christi erinnert. **TS**

Stralsund – Zu Ostern bietet die Tourismuszentrale am Alten Markt Eierlikör sowie Osterhasen aus Keramik an, die in den Stralsunder Werkstätten hergestellt wurden. Zu finden sind zudem Stralsunder Marzipan, dazu Sanddornprodukte und – quasi um die Ecke getöpfert – Rügener Keramik aus den Werkstätten in Kransdorf. Alle angebotenen Produkte stammen aus der Region rund um Stralsund. **BS**

't is Osterdag!

von Heimatdichter Otto Wobbe aus Greifswald, 1868–1945



Hünengrab bei Lancken-Granitz

Bi'n groten Steen von't Hünengraff
Sitt ick wiedaf von dei Welt – wiedaf.

In Blag un Gold lütt Lewark singt
An'n Häben, hat dei wedderklingt.

De sture Eeekbom näben mi
De knarrt sin' eegen Melodie,

Wenn Frühjohrsluft em strakelt sacht,
Un Starmatz up sin' Telgen lacht.

Mit ees – wat rükelt dat hier schön!
Stüh, kiek: dei Veilchen uck all blöhn!

Un up dei Steen von't Dodenmal
Löppt Spenn und Käwer up un dal.

Un ut dei Firn so hell un fien
Dor summt un klingt dörch
Sünnenschien

Un Lewarkjuwel Klockenschlag:
't is Uperstahn! 't is Osterdag!

„Zum größeren Teil zum Positiven hin überrascht“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

“

„Für solche
lehrreichen und
interessanten Beiträge
liebe ich die PAZ.
Danke!“

Chris Bethe, Dresden

zum Thema: Vom U-Boot zum Tanker
vom Typ „Ostpreußen“ (Nr. 10)



Ausgabe Nr. 11

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der
Verfasser wieder, die sich nicht mit der
Redaktion decken muss. Von den
an uns gerichteten Briefen können wir
nicht alle, und viele nur in Auszügen,
veröffentlichen. Alle abgedruckten
Leserbriefe werden auch ins Internet
gestellt.

WEITER SO! VIELLEICHT HILFT'S ZU: FACHLEUTE AUSMANÖVRIERT (NR. 11)

Erneut bestätigt die PAZ in beeindruckender Weise ihren guten Ruf als Quelle für sachliche und unparteiische Information zur Tagespolitik. Solche Qualität würde man sich von manchem viel größerem Qualitätsblatt wünschen. Vielleicht ist es ihr Charakter als Organ der Landsmannschaft, der sie vor den üblichen Verleumdungen wie „rechts“ noch schützt.

Vom Beispiel des Austauschs unabhängiger Fachleute der Impfkommision gegen Lobbyisten kommt Ihr Kommentator warnend zur Kritik des Präsidenten des Bundesrechnungshofs an der grünen Energiepolitik, die von grünen Aktivisten in Schlüsselpositionen dominiert wird. Er deutet an, dass sogar per Spionageverdacht Kritiker ausgeschaltet worden sein könnten, die noch nicht einmal Ex-Kanzlerin Angela Merkel widersprochen haben. Das zieht sich offenbar vom Gesundheits- über das Außen-, das Umwelt- bis ins Innenministerium.

Anscheinend werden oft Posten weniger wegen der Fachkunde als wegen der politischen Grundhaltung vergeben. Bei der Vielzahl von Wahlen in diesem Jahr haben wir mehrmals Gelegenheit, Personen zu finden, die sich zu derartigen Politikspielen nicht verleiten lassen.

Weiter so PAZ! Vielleicht hilft's ja.
Harald Schneider, Gera

EIN ROTIERENDES WELTALL ZU: DIE KOSMOLOGIE TAPPT BUCHSTÄBLICH IM DUNKELN (NR. 11)

Es ist leider ein Standardverfahren, dass Kosten im Voraus zu niedrig angegeben werden, um Forschungsprojekte realisieren zu können, die mit den wahren Kosten nie durchsetzbar wären. Das gilt überall. Wenn erst einmal erhebliche Summen ausgegeben wurden, scheuen sich alle, das Projekt abzubrechen, weil dann das bisher ausgegebene Geld verschwendet wä-

re. Irgendwie muss man das Verfahren ganz allgemein aber unter Kontrolle bekommen, vielleicht durch bindende Kostenvoranschläge und unangenehme Folgen für die Projektführer, wenn die Kosten überschritten werden. Es geht eben nicht nur um Steuergeld.

Zur Frage von Dunkler Materie und Energie hätte ich noch eine andere Erklärung für die Ausdehnung des Weltalls: Wenn das gesamte All rotieren würde, dann würde sich bei einer zu hohen Rotationsgeschwindigkeit das All ausdehnen. Eine Rotation können wir nicht erkennen, da eine außerhalb des Alls bestehende Marke nicht möglich ist.

Manfred Kaiser, Mering

EIN FALSCHER SCHRITT? ZU: DIE OSTSEE WIRD ZUM NATO-BINNENMEER (NR. 10)

Aus politischer Sicht war die Ostsee auch ohne den NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens seit den Beitritten von Estland, Lettland und Litauen schon immer eher ein „NATO-Binnenmeer“, sodass Russland zwei wesentliche Zugänge zur Ostsee in Königsberg und St. Petersburg verblieben. Hieraus ist ersichtlich, dass die Abwicklung des Warschauer Paktes – strategisch gesehen – aus heutiger russischer Sicht im Nachhinein ein großer Fehler war. Alle freigegebenen Staaten einschließlich Polen haben sich danach, aus welchen Gründen auch immer, wenig russlandfreundlich gezeigt.

Über die jüngste Motivation Finnlands und Schwedens kann man nur spekulieren. Die Grenze zu Finnland ist seit Beendigung des Zweiten Weltkriegs durch Russland nicht verletzt worden. Schweden hat Grenzüberschreitungen durch Russland nach dem Friedensvertrag zwischen beiden Ländern vom 17.9.1809 in Fredrikshamn, mithin seit über 215 Jahren, nicht erfahren. Schwedische Außenpolitik der letzten 200 Jahre ist geprägt durch die immer wieder betonte Neutralität, die sich für das Land nach außen in sichtbarem Wohlstand präsentierte.

Schwedische Politiker haben überregional zum Weltfrieden beigetragen und dies mit ihrem Leben eingebüßt (1948 Folke Graf Bernadotte, 1961 Dag Hammarskjöld). Olof Palme, 1986 ermordet, war für die NATO ein Widersacher wegen seiner im Sinne Willy Brandts geführten Ostpolitik. Ob darin der Grund für seine Ermordung zu suchen ist, wurde oft vermutet, bleibt aber spekulativ.

Schwedens Neutralitätsstatus aufzugeben, zeugt nicht von großer politischer Weitsicht. Schweden hat damit die vorgeannte stärkste Waffe, als Vermittler zwischen den Blöcken auftreten zu können, völlig unnötig verspielt. Durch den NATO-Beitritt ist Schweden im Kriegsfall Frontstaat geworden. Die Verbindung zu Mitteleuropa ist, ähnlich der Kertsch-Brücke zur Krim, mit absoluter Sicherheit leicht zu zerstören. Taktisch wäre also nur der Luft- und Seeweg für eine kriegerische Beteiligung Schwedens frei. Ob daher diese Allianz für den neuen Frontstaat Schweden wirklich segensreich ist, darf realistisch bezweifelt werden.

Wirtschaftlich klug handelt man ebenfalls nicht, wenn man feststellt, dass Mitglieder dieser neuen Allianz nicht davor zurückschrecken, ihre Partner womöglich mit Sabotageakten von Versorgungsleitungen abzuschneiden, um selbst über teures Frackinggas liefern zu können. Es ist müßig, über die Verursacher zu spekulieren, zumal diese die Anschläge in ihren naiven politischen Reden unverhohlen zum Ausdruck bringen. Zweifelhafte ist auch der Druck, sich an wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen beteiligen zu müssen, um die Allianz zu stärken und den Aggressor zu schwächen.

Seitdem die Holzlieferungen aus Russland ausbleiben, steigt der schwedische Holzpreis in unvorteilhafte Höhen, sodass der Raubbau an den heimischen Hölzern beklagt wird. Die Wirkungslosigkeit dieser Maßnahmen sollte den objektiven Betrachtern vor Augen führen, dass eine Abschottung dieses riesigen Landes auf diesem Wege nicht möglich ist. Sollte die russische Ostseeflotte nur noch ein Schatten dessen sein, wozu sie früher in der

Lage war, stellt sich doch erst recht die Frage, wodurch sich die Schweden und Finnen bedroht fühlen. Die kürzlich in der PAZ erfolgte realistische Einschätzung des Generals a. D. Harald Kujat hinsichtlich der Stärke Russlands und auch Chinas lässt für Panik keinen Raum.

Da angesichts der zurzeit in der Mongolei herrschenden klirrenden Kälte an nördliche Seewege ohne russische Eisbrecher nicht zu denken ist, kann davon ausgegangen werden, dass sich das Projekt der neuen chinesischen Seidenstraße für den Warenverkehr mit Sicherheit realisieren wird.
Rudolf Neumann, Ahrensburg

FADER APFELGESCHMACK ZU: ERST DIE STECKDOSE, DANN DER TELLER (NR. 10)

Auf dem Foto mit der Agri-Photovoltaikanlage wachsen auf dem Feld Apfelbäume. Abgesehen von den höheren Baukosten (Sturmsicherheit) für diese Photovoltaikanlagen fragt man sich, welche Qualität (Geschmack) und Quantität (Größe/Gewicht) die Äpfel haben, wenn die PV-Anlagen die Bäume beschatten.

Christoph Herrmann, Lanitz-Hassel-Tal

WEDER TROCKEN NOCH HÖLZERN ZU: PAZ NR. 9

Zum ersten Mal habe ich mir am Bahnhofskiosk ein Exemplar Ihrer Zeitung gekauft, nachdem ich zuvor öfter schon einmal den blauen Titel habe „durchblicken“ sehen. Nach dem Überfliegen der Überschriften war ich denn doch einigermaßen überrascht, zum größeren Teil freilich zum Positiven hin. Ich hatte eher mit zum Teil trockenen oder hölzernen konservativen Verlautbarungen der Vertreter der Landsmannschaft der Ostpreußen oder Ähnlichem gerechnet.

Die in der Preußischen Allgemeinen angesprochenen Themen umfassen eine recht breite Palette, und die Dinge werden offenbar aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet.
Stefan Hils, Wiesbaden

ANZEIGE

Die dunklen Pläne der WHO: permanente Pandemien, Impfzwang und totale Überwachung

■ Lockdowns, Ausgangssperren, Kontaktverbote, Schul- und Geschäftsschließungen, Masken- und Testzwang, Quarantäne und Impfdruck – all das ist nichts gegenüber den Plänen, die die WHO noch in diesem Jahr beschließen will.

Die Gesundheitsdiktatur soll kommen!

Hinter verschlossenen Türen werden düstere Pläne für eine globale Gesundheitsdiktatur geschmiedet. So soll die WHO fast grenzenlos neue Pandemien und damit ein »medizinisches Kriegsrecht« ausrufen und Tests, Zwangsimpfungen sowie verpflichtende Medikamenteneinnahmen anordnen können. Gleichzeitig soll ein globales Bioüberwachungssystem durch Testungen, Quarantäne und weitere Maßnahmen in Kraft treten. Ungeimpfte sollen künftig sogar als »krank« deklariert werden!

Beate Bahner, Fachanwältin für Medizinrecht und Spiegel-Bestseller-Autorin beantwortet vor diesem wahrlich dystopischen Hintergrund viele brisante Fragen, wie etwa:

- Was verbirgt sich hinter dem ominösen »JITSUVAX-Projekt« und dem »Mercury-Programm« von Gates und Rockefeller?
- Wem »gehört« und wer finanziert die WHO?
- Wer hat eigentlich ein Interesse an Pandemien und wer sind deren Profiteure?

- Weshalb soll der ganze Erdball »genomisiert« werden?
- Warum ist sogar die Massentötung von Haustieren vorgesehen?

Beate Bahner entlarvt auf der Grundlage von über 900 seriösen Quellen und Originaldokumenten weitere »Schrecken«, die die WHO plant:

- die dauerhafte Impfung aller Menschen inklusive Kindern,
- Impfungen wegen des »Klimawandels«,
- Impfstoffzulassungen in nur 100 Tagen,
- die Abschaffung der medizinischen Selbstbestimmung,
- die Kriminalisierung von Impfkritikern und Andersdenkenden und vieles mehr.

Erfahren Sie in dieser explosiven Publikation alle Hintergründe über den größten Angriff auf unsere Freiheit und auf die Unversehrtheit unseres Körpers, den es je gegeben hat. Beate Bahner zeigt aber auch, was wir jetzt noch tun können, um das Schlimmste zu verhindern.



Beate Bahner: WHO-Pandemievertrag: Der finale Angriff auf Ihre Freiheit – Was Sie jetzt unbedingt wissen sollten! gebunden • 383 Seiten • Best.-Nr. 990 500 • 22,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

MITTELRHEIN

Auf Blüchers Spuren

Wo Preußens Generalfeldmarschall einst den Rhein überquerte – Zu Besuch in Kaub, das vor 700 Jahren das Stadtrecht erhielt

VON BETTINA MÜLLER

Touristen, die in der Hoffnung anreisen, in Kaub eine Art Rüdesheim im Kleinformate zu finden, werden enttäuscht sein. Kaub hat keine Drosselgasse, welche die Touristen mit Wein, Weib und Gesang bespaßt. Im Gegenteil. Es ist eher ein ruhiger, geschichtsträchtiger Ort, der vor allem für eine Attraktion im Mittelrheintal bekannt ist: die legendäre und auf einer Felseninsel mitten im Rhein gelegene Burg Pfalzgrafenstein. Die einstige Zollstation, heute in frischem Weiß aufgepeppt, gibt ein schönes Fotomotiv ab.

Es ist auch ein uralter Ort. 983 erstmals urkundlich als „Cuba“ erwähnt, erhielt er vor 700 Jahren durch den Pfalzgrafen und deutschen König Ludwig der Bayer das Stadtrecht. Große Bedeutung erlangte er nicht nur 1326 durch die Errichtung der Zollfestung Pfalzgrafenstein – zu dieser Zeit gehörten Ort, Burg und Rheinzoll den Herren von Falkenstein, die das ganze Ensemble später an den Pfalzgrafen Ludwig II. verkauften –, sondern auch durch den in dieser Gegend obligatorischen Weinanbau.

Hinzu kam der intensive Abbau von Schiefer. 1837 wurde der größte Stollen, der „Wilhelm Erbstellen“, gegründet, der ein 24 Kilometer langes Stollensystem hatte. Noch bis 1972 galt der Schieferabbau in dieser Gegend als einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren, vor allem weil der Kauber Dachschieber einen hervorragenden Ruf genoss und deswegen auch bis nach Istanbul und St. Petersburg geliefert wurde. Viele Faktoren, darunter günstigere Importe aus Spanien, führten zum Niedergang dieser Industrie, deren Geschichte man im Kauber Schiefer-Bergbaumuseum erkunden kann.

Für den aufmerksamen und historisch interessierten Besucher gibt es einige Kleinode in dem Städtchen zu entdecken, die man auf einem kurzen Spaziergang durch den Ort, der eher einen dörflichen Charakter hat, erkunden kann, während der Inhaber eines Schnellimbisses direkt



Des Stromes felsenfester Hüter: Die oberhalb von Kaub gelegene Burg Gutenfels am Rhein

Foto: Müller

am Rhein vor dem Laden auf Kunden wartet. Zumeist haben die Sehenswürdigkeiten, was nicht weiter verwundert, einen militärischen Charakter, wie zum Beispiel der nicht zu übersehende „Dicke Turm“, der 1485 bis 1487 als südliches Bollwerk der Stadt erbaut wurde. Sehr markant sind auch die spätgotische Stadtmauer und die ehemalige kurpfälzische Zollschreiberei aus dem 16. bis 18. Jahrhundert, die man in der Zollstraße 42 findet. 1803 endete die kurpfälzische Herrschaft, und Kaub ging zum Herzogtum Nassau über, der nassauische Marktbrunnen von 1828 bildet heute mit den beiden Pfarrkirchen den Ortskern.

1866 gelangte der Ort schließlich zum Königreich Preußen, das 1867 schließlich die Zollerhebung einstellte. Und nun galt es, einen neuen „Hüter des Stroms“ zu

wählen. Noch heute konkurrieren – zumindest optisch – die Blücher-Statue und die Burg Gutenfels hoch oben auf einem Berg um diesen Titel. Blücher, einst seines Zeichens preußischer Generalfeldmarschall, gab und gibt in seiner Wiedergeburt als Statue wirklich alles.

Marschall Vorwärts weist den Weg

Zielstrebig, mit ausgestrecktem Arm, weist Gebhard Leberecht von Blücher seinen Mannen den Weg. Und so überquerte er in der Neujahrsnacht 1813/14 mit einem Heer von 50.000 Soldaten, 15.000 Pferden und 182 Geschützen den Rhein, eine Brücke hatten ihnen russische Pioniere gebaut. So konnte Napoleon weiter bekämpft werden, und der erlebte sein Waterloo schließlich in der von Blücher so bezeichneten Schlacht bei Belle-Alliance.

Seine Zielstrebigkeit und sein angriffslustiges Temperament brachten Blücher schließlich den Spitznamen „Marschall Vorwärts“ ein, und so dynamisch wirkt er auch noch heute als Statue. Vervollständigen kann man das Wissen um den Blücher-Coup in dessen ehemaligem Hauptquartier in der Metzgergasse, dem ehemaligen Gasthaus „Stadt Mannheim“, in dem heute das Blücher-Museum untergebracht ist, das natürlich auch die Geschichte der Freiheitskriege thematisiert.

Und dann bekommt der Mann im Schnellimbiss an der verwaisten Rheinpromenade doch noch etwas zu tun. Eine amerikanische Familie samt Großvater fällt dort ein und bestellt zweifelhafte Leckereien zum Mitnehmen. Dann entschwinden sie mit dem Auto gen Burg Gutenfels, um dort das Essenspaket auf

der Terrasse zu verzehren. Sie sind nämlich Hotelgäste, betreiben so aber auch einen gewissen Stilbruch, denn eigentlich gehören in so ein Ambiente keine Pommes, sondern ein zünftiges Mittelalteressen. Geeignet wäre zum Beispiel ein Spanferkel samt Besteck, und Letzteres wirft man nach dem Essen dann nonchalant hinter sich.

Oben auf der Burg beantwortet sich die Frage nach dem Hüter des Stromes dann aber wie von selbst, General Blücher hin oder her. Die Aussicht ist grandios, hier hat man wirklich alles im Blick, schaut man nach rechts, kann man schon in Oberwesel die nächste Burg auf der anderen Rheinseite entdecken. Nicht umsonst ist die Gegend Teil des UNESCO Weltkulturerbes Mittelrhein. Der beliebte Fernwanderweg Rheinsteig, auf dessen Wegen man überall wieder dem Schiefer begegnet, führt ebenfalls an Burg Gutenfels vorbei, die neben Pfalzgrafenstein wohl das mit am meisten fotografierte Motiv in Kaub sein dürfte.

Die Burg, deren staufischer Kern noch aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts stammt, wurde im Dreißigjährigen Krieg zerstört, dann aber ab dem 19. Jahrhundert sukzessive aufgebaut und restauriert, so unter anderem stark historisierend von dem Kölner Architekten Gustav Walter. Seine heutige Funktion erkennt man schon von Weitem. „Hotel“ heißt es da für alle gut sichtbar. Nach mehreren Besitzerwechseln kaufte es schließlich vor ein paar Jahren eine Industriellenfamilie, die dort nun wieder ein Hotel betreibt.

Überall begegnet man ihm wieder, dem als Hüter abgeschlagenen Blücher. Von der Burg aus fährt man die Blücherstraße hinunter in den Ort, wo die „Blücherschänke“ jedoch schon lange niemand mehr betreten hat, denn auch hier kämpft man mit Leerstand. Neben dem Kauber Ortsschild findet sich dann der wenig dezente Hinweis – die Tafel ist mindestens drei Mal so groß – auf das Blücher-Museum: „Geschichte ganz nah erleben“. Es ist eigentlich das perfekte Motto für diesen Ort.

SALZKAMMERGUT

Gesalzenes Programm

Kunstraub, Kunstmusik und Comic-Kunst – In der diesjährigen Kulturhauptstadtregion um Bad Ischl wird mehr als nur Salz gewonnen

Bereits vor über 7000 Jahren wurde im Salzkammergut – man ahnt es – Salz gewonnen, und noch immer ist es von seinem weißen Gold geprägt. Es fehlt daher auch nicht im Programm der Kulturhauptstadtregion 2024, das unter dem Motto „Kultur ist das neue Salz“ steht.

Heutzutage ist die Ausübung der Rechte zum Aufsuchen, Gewinnen und Aneignen des bundeseigenen mineralischen Rohstoffs Salz in Österreich der Salinen Austria AG überlassen. Diese gewinnt jährlich an den Standorten Altaussee, Hallstatt und der Kulturhauptstadt Bad Ischl vier Millionen Kubikmeter Sole, aus denen 1,2 Millionen Tonnen Salz gewonnen werden. Am Dürrnberg bei Hallein wird dicht an der deutschen Grenze nur noch eine kleine Menge Natursole gewonnen, aus der die Salz-Manufaktur exklusives Gourmetsalz produziert.

60 Kilometer Soleleitungen verbinden die Abbaustätten mit der Saline in dem am Traunsee gelegenen Ort Ebensee, wo die Herstellung und Veredelung der vielfältigen Salzprodukte stattfindet. Der Solweg entlang der Pipeline zählt zu den

schönsten Wanderwegen Österreichs. Hauptattraktion der Region aber sind die von der Salinen Austria AG 2005 gegründeten Salzwelten mit ihren Schaubergwerken in Hallstatt, Altaussee und dem Halleiner Stadtteil Bad Dürrnberg.

In Altaussee sieht man, wie sich die Nationalsozialisten die konstante Temperatur der Stollen von acht Grad Celsius bei etwa 75 Prozent Luftfeuchtigkeit einst zunutze machten: Von 1943 bis 1945 versteckten sie darin Tausende wertvoller

Kunstwerke für das geplante „Führermuseum“ in Linz. Um ein Haar hätten sie den Genter Altar oder Bruegels Bauernhochzeit mit ihren eigenen Bomben in den letzten Kriegstagen noch in Schutt und Asche gelegt. Doch durch Widerstand und Hilfe der Bergleute konnte die Katastrophe in letzter Minute verhindert werden.

Zum Kulturhauptstadtjahr inszeniert Simon Schwarz, Graphic Novellist aus Hamburg, die dramatische Rettung der eingelagerten Kunstwerke neu. Präsentiert wird seit März sein jüngst erschienener Comic „Verborgen im Fels“ (40 Seiten, 18 Euro) im Steinberghaus, dem Eingang zum heutigen Schaubergwerk.

Mit Objekten, Film- und Fotoarbeiten sowie Installationen widmet sich eine ganze Riege internationaler Künstler im historischen Sudhaus von Bad Ischl nicht nur dem Salz, sondern auch den Themen Wasser und Holz, ohne die die Salzgewinnung nicht möglich war und ist. Die bis zum 31. Oktober laufende zentrale Hauptausstellung „Sudhaus – Kunst mit Salz und Wasser“ wird begleitet von der Konferenz „Wasser ist das Gold der Zukunft“.

Musikalisch findet das kristalline Leitthema in einer Produktionshalle der Saline Ebensee seine Verarbeitung. Dort soll am 15. Juni die Veranstaltung „Bruckners Salz“ zu einem „Großereignis der Sonderklasse“ werden, wenn anlässlich des 200. Geburtstags des Komponisten Anton Bruckner Motetten, Sinfonieteile, Improvisiertes und Unerwartetes von Chören Oberösterreichs sowie dem Bruckner-Orchester Linz unter Leitung von Markus Poschner zum Besten gegeben werden.

Ins digitale Zeitalter passt das Projekt „7000 Jahre Salz“. Das virtuelle Museum Salzkammergut, in dem sich alle Museen der Kulturhauptstadtregion vernetzen können, soll auf moderne Weise zu mehr Wissens- und Datenaustausch führen. Die Präsentation der Web-App ist für diesen Monat geplant. Wer es lieber analog mag, dem sei die Zeitreise von der Steinzeit bis in die Gegenwart im Welterbemuseum Hallstatt empfohlen. Helga Schmechagen

● www.salzwelten.at,
www.anton-bruckner-2024.at,
www.salzkammergut-2024.at



Kunst im Salzstollen: Ausstellung über das NS-Kunstdepot in Altaussee

FOTO: SALZWELTENSCHMID

● FÜR SIE GELESEN

Trauma und Zukunft

Die Protagonistin Madina des Jugendbuches „Der Geruch von Ruß und Rosen“ hat eine schreckliche Flucht vor Krieg, Gewalt, Entbehrungen und Not hinter sich und macht die Erfahrung, dass sie in ihrer neuen Heimat nicht überall gewollt ist. Sie steht zwischen den Traditionen ihrer Heimat und dem Neuen der Welt um sie herum. Welchen Weg sie geht, wie ihr Abgrenzung gelingt oder auch nicht, bringt die Autorin Julia Rabinowich in einer sehr bewegenden Sprache zum Ausdruck. Madina erzählt wie in einem Tagebuch, der Leser wird also in ihre Gedanken- und Gefühlswelt eingelassen, die nicht immer einem chronologischen Aufbau oder logischen Abläufen folgen. Auch wenn die Geschichte der Rückkehr in ihre Heimat, um den Vater wiederzufinden, etwas konstruiert wirkt, so ist der Kern dieser Geschichte, die Traumabewältigung und die Suche nach neuen, und zwar eigenen Wegen dieses ab 14 Jahren empfohlenen Buchs sehr lesenswert.

Rabinowich habe, wie der Buchverlag im Klappentext angibt, unzählige Gespräche mit Kriegsüberlebenden und deren Angehörigen geführt, woraus der konstruiert wirkende Weg der Protagonistin zu erklären ist. Madinas Vergangenheit wurde bereits in den Büchern „Dazwischen: Ich“ und „Dazwischen: Wir“ erzählt. CRS



Julia Rabinowich: „Der Geruch von Ruß und Rosen“, Carl Hanser Verlag, München 2023, gebunden, 239 Seiten, 18 Euro

Energie und Kosmos

Ein kosmisches Radio, eine Nacht im Zelt, eine Astronautin, zwei Freunde, große Verluste, besorgte Eltern, eine Unmenge an Süßigkeiten – das sind die Zutaten von Karen Köhlers Buch „Himmelwärts“, das von Bea Davies sehr mitfühlend, aber nicht dominierend, illustriert wurde und für Kinder ab zehn Jahren geeignet ist.

Toni vermisst ihre Mutter, die sehr plötzlich an Krebs gestorben ist. Mit ihrer besten Freundin YumYum will sie mithilfe eines selbst gebauten kosmischen Radios Kontakt zur Energie der so sehr Vermissten aufnehmen und bekommt Rückmeldung von einer Astronautin, die alle 80 Minuten für eine kurze Zeitspanne mit den Kindern sprechen kann. Dabei erfahren die Miniforscher – und damit auch die Leser – viel über den Weltraum und das Leben auf der Internationalen Raumstation ISS.

Ein Buch voll großer Gefühle, trotz des schweren Themas leicht erzählt. Zwischen Tonis sehr lebendigen Erzählungen, die viele Kommentare und Wortneubildungen enthalten, werden immer wieder Tagebucheinträge eingereicht, die den Trauerprozess des Kindes spiegeln. *Christiane Rinser-Schurt*



Karen Köhler: „Himmelwärts“, Carl Hanser Verlag, München 2024, Hardcover, 189 Seiten, 19 Euro

BIOGRAPHIE



Der Mann am Klavier

Millionen Fans liebten Udo Jürgens, einen der erfolgreichsten deutschsprachigen Chansonniers und Entertainer, der jahrzehntlang meist selbst komponierte Hits landete

Hommage an eine Ikone – so bezeichnet der Verlag Lisbeth Bischoffs Biographie über den Ausnahmekünstler Udo Jürgens. Die Autorin, die für den ORF als Gesellschaftsjournalistin tätig war und 30 Jahre lang vom Wiener Opernball berichtete, interviewte neben Fürst Albert von Monaco auch internationale Größen wie Kevin Costner oder Bryan Adams. Zu Udo Jürgens hatte sie eine besondere Verbindung, da sie ihn bereits als Jugend-

liche verehrte. So gelang es ihr auch schon früh, ihn ans Mikrofon zu bekommen. In ihrer Biographie „Udo Jürgens ‚Merci‘“, deren Neuauflage zehn Jahre nach dem Tod des Künstlers erschien, erzählt sie mosaikartig von den großen Erfolgen, aber auch von persönlichen Niederlagen, ohne groß auf den Klatsch der Regenbogenpresse einzugehen, der im Laufe seiner mehr als 50 Jahre andauernden Karriere verbreitet wurde. MRK



Lisbeth Bischoff: „Udo Jürgens ‚Merci‘. Die Biografie“, Amalthea Verlag, Wien, Neuauflage 2024, broschiert, 256 Seiten, 26 Euro

GESELLSCHAFT

„Goldstandard des Menschenhandels“

In ihrem neuen Buch widmet sich Birgit Kelle dem erschreckenden Geschäft mit gekauftem Nachwuchs

VON CORA STEPHAN

Gibt es ein Recht auf ein Kind? Gehört es zu „Toleranz und Antidiskriminierung“, dass auch Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – kein Kind gebären können (oder wollen), mithilfe von Ei- und Samenspende sowie einer „Leihmutter“ eines erwerben können? Die 50-jährige Schauspielerinnen oder der 54-jährige Milliardär, der auf eine anstrengende „Beziehungsfrau“ verzichtet und seine Kinder lieber von „Mietmüttern“ ausbrüten lässt? Die schwulen Männer, denen die Biologie keine Gebärmutter mitgegeben hat? Frauen, die befürchten, dass eine Schwangerschaft die Figur oder die Karriere oder beides ruiniert? Die beruflich so erfolgreich sind, dass sie gar keine Zeit für „so etwas“ haben?

Ihnen allen kann geholfen werden. In der Welt der bunten Illustrierten sind „Leihmütter“ aufopferungsvoll bereit und begeistert darüber, einem kinderlosen Paar helfen zu können. Und auf die so erzeugten Kinder wartet das große Glück – das muss doch toll sein, als Kind von Elton John zu leben!

Früher war Kinderlosigkeit ein biologisches oder tragisches Schicksal, manchmal auch ein selbstgewähltes oder selbstverursachtes, aber ein Schicksal, das hinzunehmen war. Vorbei. Der Fortschritt macht mittlerweile alles möglich. Das Geschäft mit den von „Leihmüttern“ ausgehenden Kindern blüht und gedeiht und wird freudig beworben. Bei RTL kann man Axel und Jürgen begleiten, die sich inzwischen vier Kinder über „Mietmütter“ in Indien und den USA gegönnt haben.

Diese und andere Fälle liest man im neuen Buch „Ich kauf mir ein Kind“ von

Birgit Kelle, in dem sie – kämpferisch wie immer – das gigantische Geschäft mit den „Wunschkindern“ und den „Bauchmüttern“ seziert. Und natürlich fragt man sich, ob der Kinderkauf stets nur dem Familienglück dient – oder ganz anderen Interessen, über die man ungern nachdenkt.

Und besonders ungern denkt man nach über das Schicksal der Kinder, die bestellt, aber nicht abgeholt wurden. Dramatisch etwa die Lage im Frühjahr 2020 in der Ukraine. Hunderte von bestellten Babys warteten auf ihre „Eltern“, die aufgrund der Corona-Beschränkungen nicht einreisen konnten. Das Drama wiederholte sich mit dem Kriegsbeginn 2022.

Keine Grenzen trotz Illegalität

„Wir machen alles“, hieß es auf einer Messe, die im Oktober 2023 in Köln stattfand und wo Mietmutter, Eizellspende und Samenspende als Leistungen angeboten wurden, die in Deutschland illegal sind. Birgit Kelle ist über die Messe gegangen und hat pikante Angebote gefunden. Alles machbar, Herr und Frau Nachbar.

Und alles gleichermaßen ekelhaft. Um das Kind geht es nicht. „Babys sind der Goldstandard des Menschenhandels. Unverbraucht, leicht zu handhaben, vielseitig einsetzbar.“ Und Mietmütter haben den rechtlichen und moralischen Status von Prostituierten. Es werden Kinder ver- und gekauft, es werden Frauen ausgebeutet, es verdienen kriminelle Netzwerke. Und wer sich am wenigsten daran zu stören scheint, sind die Feministinnen, die das alles offenbar unter „Toleranz“ und „Antidiskriminierung“, als „Geschlechtergerechtigkeit“ und das „Recht auf ein Kind“ abheften.

Birgit Kelle wittert hinter alledem, was man auch hinter der Transideologie ver-

muten darf: eine Attacke auf das, was Frauen auszeichnet – sie sind die einzigen, die Leben geben können. Doch neuerdings wird bereits das Wort „Mutter“ als diskriminierend erachtet – ebenso die Frau, die nunmehr „Vulvaträgerin“ oder „Uterusbesitzer“ oder „Menstruierende“ oder gar „Nicht-Mann“ heißen soll, während die Männer, die sich als Frauen verkleiden, zur „Frau mit Penis“ avancieren.

Kelle nennt all das den „feministischen Supergau“: Frau feierte die Pille und das Recht auf Abtreibung und kann jetzt schlecht widersprechen, wenn im Namen des Fortschritts Frauen ausgebeutet werden. Frau ist für LGBT-Rechte und kann nichts dagegen einwenden, wenn schwule Paare die neue Möglichkeit nutzen. Im Genderdiskurs soll die Biologie überwunden werden – na bitte, jetzt ist es so weit.

Hinzu kommt die von Medien und Politikerinnen immer wieder geäußerte Überzeugung, für Frauen sei die berufliche Karriere wichtiger als „Mutterschaft“, diese irgendwie dubiose Angelegenheit, hinter der gar noch ein ermöglichender Mann steckt. Frauen schieben also den Kinderwunsch nach hinten, zugunsten des Arbeitsmarkts und auf Kosten ihrer Fruchtbarkeit. Es gibt ja doch die Mietmütter.

Manche Frauen bekunden den Verzicht auf Mutterschaft sogar des Klimas wegen. Sie können ja später schadlos ihre Meinung ändern. Dabei ist das Mieten ein Gesundheitsrisiko, nicht nur für die „Bauchmutter“, auch für das Kind; etwas, das die Bunteweltgeschichten nicht erwähnen. Vor allem: Ist es wirklich so „easy“ für das Kind, wenn es nach der Geburt einer Frau weggenommen wird, mit der es neun Monate lang das Leben geteilt hat?

Doch wer weiß, demnächst gibt es die künstliche Gebärmutter. Dann sind die

Frauen das mühsame Geschäft des Gebärens los – doch verlieren sie damit auch ihre Macht, denn bislang bekommen nur sie Kinder, egal, ob sich dieser oder jener biologische Mann als Frau identifiziert. Er wird damit nicht zur „Mutter“. Wer weiß, wer schließlich die Vorherrschaft über die künstliche Gebärmutter reklamiert. Die Abhängigkeit vom Kindsvater ist demgegenüber unter Garantie vorzuziehen.

Diese Macht der Frauen übrigens sorgte früher dafür, dass nur Männer in den Krieg zogen – sie waren mehrheitlich entbehrlich für den Fortbestand der Gattung, den es ohne Frauen nicht gab. Das Erstaunliche ist, dass gerade die Feministinnen diese Macht weder erkannt noch sich zunutze gemacht haben.

Kelles Zorn ist in jedem Kapitel zu spüren. Sie hat die ganze Szene und ihre Propagandisten bis ins letzte schauerliche Detail untersucht. Das Buch ist nichts für schwache Nerven. Während die Leihmutterschaft als Privileg der Reichen gelten kann, denn so ein durchdesigntes Baby kostet einiges, können die Mietmütter von Glück sagen, wenn sie auch nur einen Bruchteil dessen bekommen, was die mafiosen Vermittler kassieren.

„Man kann Mietmutter nicht gesetzlich regeln, sondern nur international ächten und verbieten. Alles andere ist Heuchelei und Selbstbetrug.“



Birgit Kelle: „Ich kauf mir ein Kind. Das unwürdige Geschäft mit der Leihmutterschaft“, FinanzBuch Verlag 2024, Softcover, 256 Seiten, 18 Euro

MARY ASTOR

Von Heilsberg nach Hollywood

Wie aus Lucile Langhanke, der Urenkelin eines ostpreußischen Schumachers, ein erfolgreicher Filmstar wurde

VON BETTINA MÜLLER

Humphrey Bogart als Detektiv Sam Spade lässt sich nicht bluffen. Da kann seine Klientin ihm noch so schöne Augen machen, er ist ein beinhardter Realist und ahnt daher, dass sie es nicht ernst meint. Und dass sich alles im Grunde nur um den schnöden Mammon dreht, in diesem Fall um eine angeblich wertvolle Statue, die bereits mehrere Menschen zum Äußersten getrieben hat, auch zum Mord. Am Ende kommt es, wie es in diesem Genre kommen muss: Humphrey Bogart liefert seine temporäre Flamme Mary Astor ans Messer. Abspann und Licht an, zurück ins grelle Tageslicht und in die bittere Wirklichkeit des Jahres 1941, nachdem die Kinogänger den ersten „Film Noir“ der amerikanischen Filmgeschichte zu sehen bekommen haben.

Die Zutaten für diese dunklen Filmsüppchen waren in der Regel immer gleich: Mord und Totschlag, oft auch begangen von schönen, aber antarktischen Frauen, die mit ihren High Heels über Leichen tänzelten. Gescheiterte Existenzen, die sich als Privatdetektive in schäbigen Absteigen versuchten, und das auch noch „Büro“ nannten. Polizisten waren korrupt, überall herrschte trostlose Düsternis. Keiner konnte dem anderen trauen. Auch Mary Astor fügte sich in dieser Rolle nahtlos in das Trauerspiel-Puzzle, auch sie war nicht, was sie schien, das galt für „Die Spur des Falken“, aber auch für ihr richtiges Leben. Das fing schon bei ihrem Namen an, der aristokratisch klang. Dass sie eigentlich Lucile Vasconcellos Langhanke hieß und ihre väterlichen Vorfahren aus Ostpreußen stammten, wussten die wenigsten.

Der amerikanische Traum

1890 ist ihr Vater Otto Langhanke von Berlin nach Amerika ausgewandert und dem amerikanischen Traum gefolgt. Der 18-Jährige ist ambitioniert und ehrgeizig, zudem extrem fleißig und willens, alles für seinen Traum zu tun, der mit zunehmendem Alter zur Obsession wird. Nach seiner Ankunft in Amerika hat er sich in Kansas niedergelassen, wo Freunde wohnen, die es ihm leichter machen, sich zurechtzufinden. Eigentlich ist er Schaufenstergestalter, hat in Berlin eine Lehre gemacht, doch das reicht ihm nicht. So fängt er in Lawrence in Kan-



Lucile Langhanke alias Mary Astor: An der Seite Humphrey Bogarts im Film „Die Spur des Falken“ Foto: imago/Everett Collection

sas ein Studium an und arbeitet in seiner knappen Freizeit im 40 Kilometer entfernten Topeka als Dekorateur. Vom Tod seines Vaters Carl – 1828 als Sohn des Schuhmachermeisters Johann Langhanki (so im evangelischen Kirchenbuch geschrieben) im ermländischen Heilsberg geboren –, erfährt er 1897 aus Briefen aus der Heimat. 1904 heiratet er Helen Vasconcellos, eine Arbeitskollegin in Topeka.

Zwei Jahre später kommt am 3. Mai 1906 in Quincy, Illinois, ihr einziges Kind, Lucile, zur Welt. Und in das setzt das Ehepaar Langhanke nun seine ganze Hoffnung, denn der „American Dream“ ist für sie noch nicht so richtig Wirklichkeit geworden. Das liegt auch an der volatilen Persönlichkeit Ottos, der zum Jähzorn neigt und dessen Schlägereien auf offener Straße es schon mal in den Regionalteil der örtlichen Zeitung schaffen, er deshalb entlassen und kurz darauf wieder eingestellt wird. Schließlich findet er Anstellung als Deutschlehrer an einer High School, doch zufrieden ist er nicht.

Und so wird Lucile zunehmend zur Projektionsfläche der Wünsche ihrer Eltern, die massiv Einfluss auf ihr Leben nehmen. Die Eltern schirmen sie ab, unterrichten sie zu Hause, und als sie älter wird, kontrollieren sie ihre Finanzen und bestimmen ihre Freunde. Die Tochter ist eigentlich immer eine andere als die, die sie wirklich sein will. Und als sie dann tatsächlich Schauspielerin wird, beraubt man sie endgültig ihrer Identität: aus Lucile Langhanke wird Mary Astor.

1924 ist das Jahr, in dem sie schließlich an der Seite von John Barrymore in dem Stummfilm „Beau Brummel“ den Durchbruch als Schauspielerin schafft. Als eine gebrochene Persönlichkeit, die den legendären Dandy „Beau Brummel“ liebt, aber einen anderen heiratet und somit den Rest ihres Lebens eine Lüge lebt. Eine Blaupause auch für das Leben Mary Astors. „Beau Brummel“ markierte den Beginn einer langen und trotz aller Skandale und einer Vielzahl von B-Movies sehr beständigen Filmkarriere, während ihr Privatleben zu-

meist ein Scherbenhaufen war. Als 17-Jährige ist sie die erste Beziehung mit dem wesentlich älteren John Barrymore eingegangen, streng von den Eltern kontrolliert, bis Barrymore sie deswegen verließ.

Marys Leben wird zur Hölle auf Erden, vor allem, als die Eltern von ihrem Geld in der Nähe von Los Angeles ein prunkvolles Anwesen namens „Moorcrest“ kaufen, sie darin fast wie eine Gefangene halten und auch ihre Finanzen verwalten. Das Ehepaar Langhanke lebt in Saus und Braus, bedient sich dabei aber des Geldes, das seine Tochter mit ihrer Arbeit als Filmschauspielerin verdient und aus der sie somit einen „Goldesel“ gemacht haben. 1926 macht die Familie Schlagzeilen, als Mary eines Tages von ihrem Balkon einen Baum hinunterklettert und in Richtung eines Hollywooder Hotels entflieht. Eine gute Freundin bewirkt, dass sie wieder zurückkehrt und die vermeintlich geläuterten Eltern ihr endlich mehr Freiheiten gestatten. 1928 flüchtet sie erneut, und zwar in ihre

erste Ehe – von insgesamt vieren, die alle unter keinem guten Stern stehen. Skandale pflastern ihren Weg, darunter auch ein Sorgerechtsstreit um ihre Tochter von ihrem zweiten Ehemann, der zuvor ihr Psychiater gewesen war. Und schließlich wird sie 1934 sogar von ihren eigenen Eltern verklagt, die angeblich am Hungertuch nagen, weil Mary sie nicht unterstützt habe. Eine glatte Lüge, mit der sich die Langhankes endgültig selber diskreditieren.

Von den eigenen Eltern ausgenutzt

1941 gewinnt Mary Astor den Oscar für die beste Nebendarstellerin in „The Great Lie“ (Die große Lüge) an der Seite von Bette Davis. Doch es ist nicht dieser Film, mit dem sie in die Filmgeschichte eingegangen ist, es ist und bleibt „Die Spur des Falken“ nach dem Roman „Der Malteser Falke“ von Dashiell Hammett. Zunehmend plagten sie diverse Krankheiten und vor allem ihre Alkoholsucht. Bis sie ihrer wahren Bestimmung – der Schriftstellerei – folgt und in der Folge ihr wahres Ich freilegt. Das Schreiben wird für sie auch zu einer therapeutischen Aufarbeitung ihrer problematischen Beziehung zu ihren Eltern. Zwei Autobiographien und fünf erfolgreiche Romane können zwar nicht vollständig über ein durch die eigenen Eltern massiv beeinflusstes Leben hinwegtrösten, sie sind aber das Vermächtnis einer starken Frau, die nicht völlig an diesem Schicksal zerbrochen ist.

Otto Langhanke stirbt am 3. Februar 1943 in Los Angeles, seine Ehefrau sechs Jahre später, zu einer Zeit, als Mary Astor nach wie vor gut im Geschäft ist. In den 1950er Jahren überwindet sie ihre Alkoholsucht vollständig und beendet 1964 nach insgesamt 123 Filmen ihre Karriere. 1971 geht sie in ein Altersheim in Hollywood, wo sie am 25. September 1987 mit 81 Jahren an einem Herzinfarkt verstirbt. Auf der Leinwand lebt sie weiter. Und Sam Spade weiß am Ende des Films, dass er sich in die Mörderin seines ehemaligen Partners verliebt hat. Das kann nicht gut gehen, also kann sie schluchzen, so lange sie will, während die Polizei sie abführt, nachdem Spade sie verraten hat, und es für sie mit dem Fahrstuhl nur noch eine Richtung gibt: Abwärts. Otto Langhanke hingegen wollte seinen Aufstieg um jeden Preis. Für seinen amerikanischen Traum bezahlte jedoch eine andere.

OSTPREUSSISCHE BRÄUCHE

Wünsche beim Osterwasserholen, die in Erfüllung gingen

Auszug einer im „Ostpreußenblatt“ erschienenen Erzählung aus dem Jahr 1955

Es gab für uns Kinder der Großstadt Königsberg nur eine Seligkeit, und die lag in einem alten Pfarrhaus mit allen ländlichen Offenbarungen beschlossen. Zu diesen gehörte die Teilnahme an dem geheimnisvollen Gang zum Osterwasser. Nur eine Quelle konnte Wunder wirken, und diese Quelle musste gen Osten entspringen. Im tiefsten Schweigen musste der Weg hin- und zurückgelegt werden; jedes Wort hätte die Wirkung unserer „Wallfahrt“ gefährdet. Natürlich gab's stets ein paar ketzerische Gemüter, die mit Fratzenschneiden und gliederverrenkenden Veitstänzen die von einer fast andächtigen Erwartung verdichtete Atmosphäre zu sprengen sich bemühten.

Ich selbst war bebend und glühend in einem Wunsch: alle Sehnsucht gipfelte in einem Fahrad! Dieser Wunsch war zu ver-

messen – das wusste meine kindliche Überlegung –, um ihn jemals meiner Mutter gegenüber zu äußern, die übergenuß schwere Verpflichtungen hatte. Aber als ich mich dann in der Mitternachtsstunde über die Quelle beugte, um Gesicht und Hände zu netzen, fragte ich in kindischem Begehren nicht nach Rücksicht und gegebener Möglichkeit, da verkrampten sich alle meine Gedanken geradezu schmerzhaft auf dies einzig und allein seligmachende Ziel, – und das Wunder geschah!

Eine Freundin meiner Mutter wollte studienhalber nach Paris gehen. Meine Mutter ermöglichte ihr unter mancherlei Opfern diese Reise. Ich aber erbte das für Paris nicht benötigte recht vorsintflutliche Vehikel. Diese Erbschaft war einzig und allein auf die selbstlose Freundschaft meiner Mutter zurückzuführen, jedenfalls war

niemand seliger als ich. Oder ein Jahr später: Mit dem Wechsel in die andere Schulklasse stand uns eine 50-jährige Klassen-

lehrerin bevor, die ich so unverfälscht hasste, wie man als Dreizehnjährige nur hassen kann. Sie hatte niederträchtig kal-

te Augen und harte Fingerknöchel, die sie uns mitsamt ihren vielen blitzenden Ringen oft ins Gesicht schleuderte. Aufgeputzt wie ein Pfau, verdrehte sie die Augen, sofern nur ein männlicher Schritt hörbar wurde, und kokettierte in albernem Gehabe mit allen unseren jüngeren und älteren Lehrern.

Ob ich ihr in jener Osternacht überhaupt etwas Abgrundböses wünschte, ich weiß es nicht. In mir war nur ein einziges Flehen: dass dieser Kelch vorübergehen möge – und er ging! Sie verlobte sich, und ihre alternden Liebesgefühle tilgten meine kindischen Hassgelüste: Aus ehrlich überglücklichem Herzen konnte ich ihr meine Glückwünsche sagen. Osterwasser hin, Osterwasser her!

G. Sch.



Osterbrauch: Kinder mit Schmackosterrouten in Annafeld, Kreis Rastenburg

Aus: „Ostpreußenblatt“ v. 9. April 1955

● AUFGESCHNAPPT

Wenn SPD und Grüne vor „Generalverdacht“ warnen, hat irgendjemand eine unbequeme Wahrheit angesprochen. Jetzt haben sie vor einer Äußerung von Sahra Wagenknecht gewarnt: Die Parteigründerin hat Innenministerin Nancy Faeser (SPD) aufgefordert, ihre Länderkollegen zu einem Kanzleramtsgipfel an einen Tisch zu holen, um dringend gebotene Maßnahmen gegen die überbordende Ausländerkriminalität auf den Weg zu bringen. „Wenn die Kriminalstatistik zeigt, dass Straftaten überproportional von Menschen aus bestimmten Einwanderungsmilieus begangen werden, darf eine Innenministerin dieses Problem nicht tabuisieren und herunterspielen“, so Wagenknecht zur dpa. Damit liefert die Ex-Linkspartei-Politikerin, was sie mit der Gründung des Bündnisses Sahra Wagenknecht versprochen hatte: Sie verbindet eine linkssozialistische Sozial- und Wirtschaftspolitik mit Positionen zu Einwanderung und Sicherheit, die ansonsten eher von Unionspolitikern, vor allem aber von der AfD vertreten werden. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Dorothea Siems weist in der „Welt“ (21. März) auf einen möglichen Grund für den rasanten Geburtenrückgang in Deutschland hin, der nur ungern diskutiert wird:

„Für Kinder braucht man Zeit. Die Vereinigten Staaten oder Frankreich haben traditionell auch deshalb höhere Geburtenraten, weil dort alle Mütter wertgeschätzt werden: die Karrierefrau ebenso wie die Frau, die jahrelang ‚nur‘ eine große Familie managt. Rigorose Gleichstellungspolitik vertreibt die Lust auf Kinder.“

Auto-Experte Ferdinand Dudenhöffer wirft der Ampel in der „Jungen Freiheit“ (16. März) Sprunghaftigkeit und falsches Spiel bei der Automobilmolitik vor:

„Man tischt den Menschen Versprechen auf, von denen die Spatzen von den Dächern pfeifen, dass sie nicht einhaltbar sind. 2030, so die Ankündigung, sollen 15 Millionen Elektroautos auf deutschen Straßen rollen. Vor ein paar Tagen hat Minister Habeck im Interview ‚erklärt‘, dass bei linearer Fortschreibung das Ziel 15 Millionen nicht erreicht werden kann – um dann nichtlineares Wachstum zu assoziieren. Er hält die Menschen für naiv.“

In der Talk-Sendung „Stimmt!“ (23. März) bei „Nius.de“ berichtet Wolfgang Büscher, Sprecher des Projekts „Arche“, das bundesweit Tausende Kinder und Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen betreut, über seine Erfahrungen mit Politikern:

„Wir haben sie alle in der Arche gehabt. Den Bundeskanzler, Ricarda Lang, sie haben alle fleißig zugehört und dann sind sie nach Hause gegangen und von keinem haben wir je wieder was gehört ... Das aller schlimmste Beispiel war, als Lisa Paus bei uns war ... Sie hat sich nicht über die Kinder informiert, hat nicht mit Kindern gesprochen, wollte ein paar Fotos für ihre PR-Zwecke machen“

Der Kanzleramtschef von Helmut Schmidt und spätere Bertelsmann-Manager Manfred Lahnstein macht sich im „Hamburger Abendblatt“ (23. März) Luft über die Debatte-Moden unserer Tage:

„Ehrlich gesagt: Ich kann das Geschrei der ‚Aktivisten‘ nicht mehr hören. Rassismus, Kolonialismus, Kapitalismus, Imperialismus und ihre Spätfolgen: Alles, aber auch alles wird dem vermaledeiten ‚Westen‘ angelastet. Intellektuelle und solche, die sich dafür halten, selbstgerechte Moralisten und Besserwisser bestimmen lautstark die Debatte.“

Oliver Bierhoff kontert Habecks Kritik an der Nike-Entscheidung des DFB auf „LinkedIn“:

„Wo ist der Standortpatriotismus der deutschen Wirtschaftspolitik? Ich hätte mir gewünscht, dass sie mehr zum Standortpatriotismus beiträgt. Stattdessen verlassen uns Unternehmen wegen hoher Energiekosten, hoher Steuern und zu viel Bürokratie.“

● WORT DER WOCHE

„Die Deutsche Bischofskonferenz darf nicht als Wahlhelfer der Ampel auftreten.“

Kardinal Gerhard Ludwig Müller, ehemaliger Chef der obersten katholischen Glaubensbehörde und früherer Bischof von Regensburg, in der „Tagespost“ vom 20. März zur Anti-AfD-Erklärung der deutschen Bischöfe

DER WOCHENRÜCKBLICK

Nur raus hier!

Was Kubicki zu Merz wirklich gesagt hat, und warum sich ein Blick nach Dresden lohnt

VON HANS HECKEL

Er machte keinen Mucks. Nicht einmal ein Flüstern war zu hören, was zu denken gibt. Dabei gab es für den FDP-Chef ganz schön was klarzustellen – nach dem, was Friedrich Merz da rausgehauen hatte: Noch diesen Sommer würden die Liberalen die Ampel verlassen, und dann hätten wir Neuwahlen. Der CDU-Chef schickte sogar ein konkretes Datum für den vorgezogenen Urnengang mit, den 22. September. Da wären ja ohnehin Landtagswahlen in Brandenburg und daher könnten wir an dem Tag gleich auch den Bundestag neu sortieren.

Aber Christian Lindner schwieg dazu, tagelang. Nur Wolfgang Kubicki wollte das Wasser nicht halten und knallte Merz vor den Latz, dieser wolle „in einem Anflug von Größenwahn selbst bestimmen, wann der Bundestag neu gewählt werden soll“. Völliger Quatsch, weiß Kubicki selbst. Aber was der Schleswig-Holsteiner sagt, ist ohnehin meist nur in Sachen Unterhaltungswert von Belang. In dieser Hinsicht liefert das lustige Nordlicht stets mit großer Zuverlässigkeit, weshalb man ihm immer gern zuhört.

Inhaltlich schieben Kubickis pointierte Ausbrüche so gut wie nie etwas an. Oder ist es diesmal anders? Hören wir dem Mann mal ganz genau zu, vorbei an dem verbalen Böllerknall mit dem „Größenwahn“. Er sagte, „abgesehen davon, dass die FDP keinen Ausstieg plant, wäre sie selbstverständlich für einen solch unwahrscheinlich Fall vorbereitet“. Aha, man ist also „vorbereitet“ – so, so!

Also, jetzt mal Tacheles! Was Kubicki wirklich gemeint hat, ist Folgendes: Natürlich „planen“ wir Liberale den Ausstieg aus der Ampel längst, denn Merz hat ja vollkommen recht, wenn er sagt: „Die FDP weiß: Wenn sie in der Koalition bleibt, fliegt sie bei der nächsten Bundestagswahl wieder aus dem Parlament.“ Das dürfen wir, die FDP, nur nicht offen zugeben, denn Merz liegt ebenfalls richtig mit der alten Weisheit, „das Volk liebt den Verrat, aber nicht den Verräter“. Das vor Augen müssen wir dafür sorgen, dass nicht der FDP, sondern den ungeliebten Koalitionspartnern die Schuld zugewiesen wird am Bruch der Ampel. Daher müssen wir jetzt ein bisschen pöbeln gegen Merz. Und wer wäre dafür besser geeignet als ich, der Wolfgang?

Das ist es, was Kubicki wirklich im Kopf herumgeht. Es ist wie früher im Eherecht, als

die Frage, wer schuld ist am Zerwürfnis, noch ganz wichtig war. Wir können uns auf einen monatelangen Nervenkrieg in der Ampel freuen, in dem die Schuld munter hin und her geschoben wird. Mal sehen, wer gewinnt.

Wie fertig diese Koalition bereits ist, wird auch an der Hektik deutlich, mit der einige Protagonisten da fuhrwerken. Die Ministerinnen Paus und Faeser scheint Torschlusspanik gepackt zu haben, weshalb sie ihre Pläne für die Zementierung einer auf Dauer linken Republik (egal, was der Wähler will) nun im Turbogang durchboxen wollen, Stichwort „Demokratiefördergesetz“ und anderer linksautoritärer Kram. Und Minister Habeck greift nach jedem Strohalm, wobei er nun sogar den Patriotismus zu fassen bekommen hat.

Den fand er nach eigenem Bekunden doch „zum Kotzen“! Jetzt dagegen hat er sich vom DFB „ein Stück mehr Standortpatriotismus gewünscht“, weil der Fußballbund von Adidas zur US-Marke Nike gewechselt ist, wie Sie sicherlich mitbekommen haben. Himmel, muss der Mann verzweifelt sein! DFB-Präsident Bernd Neuendorf erscheint etwas verwirrt. Auf Habecks Vorwurf des mangelnden Patriotismus hat der doch tatsächlich geantwortet: „Das hat mich fassungslos gemacht, was da gesagt wurde – ohne Kenntnis von Fakten, ohne Kenntnis von Hintergründen.“

„Brandmauer“? Nur gegen die CDU!

Wie bitte? Hat der Fußballchef dem Grünen nur mal eine Minute beim Regieren zugeguckt? Kenntnis von „Fakten“? Von „Hintergründen“ gar? Um solches Zeug hat sich Habeck noch nie geschert, weil er von Natur aus recht hat, egal was die Fakten und deren Hintergründe dazu meinen. Selbst, als Fakten und Hintergründe ihn in Form der berüchtigten „Wirklichkeit“ komplett „umzingelt“ hatten, wie er es ausdrückte, hielt Habeck stand in seiner ideologischen Trutzburg.

Dabei sind die Fakten im vorliegenden Fall schnell erzählt. Laut Neuendorf hatte Nike dem DFB ein Angebot gemacht, welches derart viel besser gewesen sei als die aller Mitbewerber, dass er gar nicht nein sagen konnte, ohne sich den Vorwurf der Verbandschädigung einzuhandeln. Dass dem „Es ist ja nur Geld“-Minister diese simple Logik verschlossen bleibt, wundert uns allerdings nicht. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft läuft unter seiner Fuchtel entsprechend: Während er den Partnerwechsel des DFB gewissermaßen zum Vaterlandsverrat

hochjazzt, prügelt Habeck mit Elan ein deutsches Unternehmen nach dem anderen ins Ausland. Dieser Elan gehört zu den Gründen für die FDP, einen Fluchtweg aus der Koalition zu suchen.

Also Neuwahlen noch in diesem Jahr. Aber was kommt dann? Da können wir nur von den aktuellen Umfragen ausgehen. Die Ampel ist dann weg, klar soweit. Aber für Schwarz-Gelb wird es auch nicht reichen. Da sich die Union mit dem Hintern an die „Brandmauer“ geklebt hat, wird Merz die Grünen oder die SPD (oder beide?) ins Boot holen müssen, um Kanzler zu werden.

Die Deutschen werden Augen machen, wenn Paus oder Faeser ihr freiheitszerbröselndes Gruselprogramm unter einem CDU-Kanzler einfach weiter durchziehen, während Habeck die Reste der deutschen Wirtschaft plant. Hinter der „Mauer“ bei den Blauen würden dann die Korken knallen, denn die ganze Wut, die sich derzeit gegen die Ampel richtet, schösse nun der Union ins Gesicht. Aber was soll Merz da nur machen?

In Dresden ist etwas Interessantes passiert. SPD, Grüne und Linkspartei ereifern sich gerade fürchterlich, dass CDU, FDP und Freie Wähler dort gemeinsam mit der AfD gestimmt haben. Dabei vergessen sie zu erwähnen, dass Linke und SPD das dort auch schon getan hatten. Ganz so unflexibel ist die „Brandmauer“ also gar nicht. Sie muss nur stehen, wenn sie der Union schadet oder bürgerliche Mehrheiten verhindert. Steht die Mauer dagegen dem linken Lager im Weg, wird sie kurz mal beiseitegeschoben.

Irgendwie scheint Merz sein strategisches Dilemma erkannt und das falsche Spiel des linken Lagers durchschaut zu haben. Der CDU-Chef kündigte lauwarm an, man werde sich den Dresdner Vorgang „genau anschauen“. In der Politikersprache bedeutet „genau anschauen“ soviel wie: Wir machen gar nichts. Was will er sich da auch „anschauen“, was nicht sowieso jeder gesehen hat?

Das Manöver könnte mit den bevorstehenden Landtagswahlen in drei neuen Bundesländern zu tun haben. Dort zeichnen sich interessante Konstellationen ab, die unter strikter Einhaltung der „Brandmauer“ eine Regierungsbildung recht schwierig erscheinen lassen. Und dann? Ich ahne es: Ein episches Drama voll von Lüge und Heuchelei, von dreisten Tricks und wüsten Beschimpfungen wird uns den Herbst versüßen – aufgeführt in den Ruinen einer Brandmauer.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de